Nummer 2 | Stuttgart, 13. Januar 1906 | 24. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltenen Kolonelzeile 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 266200 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Internationale Sozialpolitik.

In dem Artikel über die deutsche Sozialpolitik im Jahre 1905 in Nr. 52 v. J. wiesen wir nach, daß das Deutsche Reich einzig eine Verordnung zum Schutze der Maler und Anstreicher gegen Bleivergiftung erließ, sonst aber auf dem weiten sozialpolitischen Gebiet nicht das mindeste geleistet hat. Trotzdem wird in dem Hauptorgan des kapitalistischen Scharfmachertums, der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung und in der übrigen Geldsackspresse sowie in den Versammlungen der Unternehmer beständig von dem „sozialpolitischen Übereifer" der Regierung geschwindelt und endlicher Halt gefordert, da für die Arbeiter bereits genug, ja viel zu viel getan und die „Industrie", zu der natürlich nicht allein die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter gehören, schwer belastet worden sei. Das bringen die Scharfmacher mit der gewohnten Gewissenlosigkeit fertig angesichts des völligen Stillstandes der Sozialpolitik des Reiches und inmitten einer blühenden Wirtschaftsprosperität, die dem Unternehmertum Unsummen an Gewinnen, Dividenden und Tantiemen mühelos in den Schoß wirft und die fast progressive Vermehrung seiner Reichtümer um Millionen und Milliarden bedeuten. Nirgends ist eine Spur von Schmälerung der Unternehmerprofite zu erkennen, die sich in Dividenden bis zu 75 Prozent ausdrücken.

Etwas mehr als in dem großen, wirtschaftlich blühenden Deutschen Reiche ist in manchen anderen Staaten auf sozialpolitischem Gebiet doch geleistet worden. Doch sei zunächst der im Mai 1905 in Bern abgehaltenen internationalen Arbeiterschutzkonferenz, auf der auch Deutschland vertreten war, gedacht. Sie beschäftigte sich nur mit zwei Fragen: der Abschaffung der gewerblich-industriellen Nachtarbeit der Frauen und des Verbots der Verwendung des giftigen Phosphors zur Fabrikation von Zündhölzchen, und sie beschloß auch demgemäß, aber die Beschlüsse sind trotzdem nicht befriedigend. Sie sind sehr schwächlich, namentlich wird das Phosphorverbot erst noch von der Zustimmung Japans abhängig gemacht, die bis heute noch nicht vorliegt. Sehr beachtenswert ist gegenwärtig noch und namentlich angesichts der gespannten Beziehungen zwischen der deutschen und englischen Regierung und der Völkerverhetzung durch Leute, die an Völkerkriegen interessiert sind, die Friedensrede, die in der Schlußsitzung der Konferenz der Vertreter der englischen Regierung, Cunynghame, hielt. Er sagte unter anderem: „Man hat in letzter Zeit viel von einer gütlichen Verständigung gesprochen und hat recht getan! Meine Herren, wozu der Krieg? Wozu die Beleidigungen, Vorwürfe und Injurien, die erhitzte Gemüter nur zu geneigt sind, in der Presse — und ich muß gestehen — in der englischen Presse und manchmal auch in der Presse anderer Länder, einander zuzuschleudern? Glauben Sie mir, Herr Präsident, die vernünftigen Leute in unserem Lande verurteilen diese groben Zeitungsartikel, die ruhmreiche Länder Europas beschimpfen und Haß und Neid statt Freundschaft und gegenseitige Achtung säen möchten. Konferenzen, wie die gegenwärtige, beweisen, daß es möglich ist, verschiedener Meinung und doch Freunde zu sein, von seinem Nächsten die beste Meinung zu haben, statt ihm böse Absichten zuzuschreiben, edle Gesinnung zu pflanzen, statt sich in Egoismus zu verschanzen. Ich erinnere mich der Worte in Schillers Wilhelm Tell: „Wer ist der Mann, der hier um Hilfe ruft?" und wie edel ist derselbe diesem Rufe gefolgt! Heute sind es die Arbeiter Europas, die um Hilfe rufen und von der Schweiz aus wird die Stimme ertönen, die ihnen die Befriedigung ihrer Wünsche verspricht. Möge doch die Bewegung, die sich die Besserstellung der arbeitenden Klassen zum Ziele gesetzt hat, fortfahren, sich auszudehnen, bis zu dem Tage, wo die zivilisierten Nationen, weit entfernt, sich mit mörderischen Waffen zu bekämpfen, nur dafür ringen werden, dem internationalen Brudersinn zur Herrschaft zu verhelfen."

Das sind treffliche Worte, und sie sind jetzt noch genau von derselben aktuellen Bedeutung, wie vor acht Monaten, da sie gesprochen wurden. Es sind aber nicht die Regierungen und die von ihnen vertretenen herrschenden und besitzenden Klassen, die die mörderischen Waffen durch den Brudersinn verdrängen und ersetzen, sondern es ist die moderne Arbeiterbewegung, das gesamte arbeitende Volk, das nicht das mindeste Interesse an einem blutigen Kriege hat, den es nicht will, den es nicht verschuldet, den es aber führen und mit seinem Blut und Gut bezahlen muß; es ist daher nur das arbeitende Volk, das die mörderischen Waffen bekämpft und dem Brudersinn zum Siege verhelfen will.

Die erste Form dazu ist die Sozialpolitik. Was ist nun in dieser Beziehung im verflossenen Jahre geschehen? Voran steht Frankreich, das mit seinem neuen Bergarbeitergesetz wieder an die Spitze der europäischen Staaten getreten ist. Dasselbe hat mit dem 1. Januar 1906 die Neunstundenschicht eingeführt, die am 1. Januar 1908 der 8½- und am 1. Januar 1910 der 8stündigen Schicht weichen wird. Vergleicht man mit diesem neuen französischen Bergarbeitergesetz das ungefähr um die gleiche Zeit geschaffene preußische Bergarbeitergesetz mit seinem umfaßbaren „sanitären Maximalarbeitstag" und anderem Unternehmertrutz, so erscheint dieses um so kläglicher und jenes um so bedeutender und wertvoller. Und verfolgt man den Vergleich weiter, so erscheint die französische Republik himmelhoch erhaben über der preußisch-königlichen Monarchie mit ihrem Dreiklassenparlament der Kraut- und Schlotjunker, wobei namentlich auch der seit fast zwei Jahren in Frankreich bestehende gesetzliche Zehnstundentag für die Frauen und jugendlichen Arbeiter sehr zu ihrem Vorteil spricht, während in Deutschland der seit 1848 von der Arbeiterschaft geforderte gesetzliche Zehnstundentag noch immer nicht erreicht ist.

Dagegen ist im verflossenen Jahre der gesetzliche Zehnstundentag für die Frauen und jugendlichen Arbeiter auch in Belgien und Bulgarien sowie im schweizerischen Kanton Basel eingeführt worden, hier durch Revision des Arbeiterinnenschutzgesetzes, das bis dahin den Elfstundentag enthielt. Zu erwähnen ist ferner der von den schweizerischen Fabrikinspektoren ausgearbeitete Entwurf für die Revision des bestehenden Fabrikgesetzes, der den Zehnstundentag enthält. Mit dem 1. Januar 1906 ist in der Schweiz auch das neue Gesetz in Kraft getreten, das für alle unter dem Fabrikgesetz stehenden Betriebe die Arbeitszeit an den Tagen vor den Sonn- und Festtagen auf 9 Stunden und den Feierabend auf spätestens 5 Uhr nachmittags festsetzt. Der Kanton Zürich hat ein neues Lehrlingsgesetz mit dem Zehnstundentag geschaffen, das jedoch noch der Volksabstimmung unterliegt. Nicht befriedigend ist dagegen das neue Lehrlingsgesetz des Kantons Bern mit den 66 Stunden pro Woche, das natürlich vollkommener Kautschuk ist. Für die Lehrmädchen enthält allerdings auch dieses Gesetz den Zehnstundentag. Gegen den Schluß des Jahres hat in der Schweiz die Bewegung der Unternehmer der Maschinenindustrie für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden täglich oder auch Einführung des freien Samstagnachmittag unter Festhaltung der zehnstündigen Arbeitszeit an den ersten fünf Wochentagen eingesetzt, der sich bisher ungefähr ein Dutzend der größten Fabriken mit etwa 10000 Arbeitern angeschlossen hat. In dem einen wie im andern Falle wird die wöchentliche Arbeitszeit um 3 bis 3½ Stunden auf 57 Stunden reduziert. Diese Arbeitszeitverkürzung ist ein schöner indirekter Erfolg der mächtig erstarkenden schweizerischen Metallarbeiterbewegung.

In Belgien und Österreich ist die Sonntagsruhe verbessert, in ersterem Staate auch die Sitzgelegenheit für die Verkäuferinnen in den Ladengeschäften, in dem andern die 9½stündige Arbeitszeit in den Staatseisenbahnwerkstätten eingeführt worden.

In England ist die tägliche Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter in den Bergwerken von 10 auf 8 Stunden reduziert und das Schutzalter derselben von 16 auf 18 Jahre erhöht worden. Ferner wurde in England ein Gesetz über die Arbeitslosenfürsorge geschaffen, durch das Gemeinde und Staat zur planmäßigen Beschaffung von Notstandsarbeiten angehalten und Arbeitslosenunterstützungen nicht als Armenunterstützungen mit den bekannten Folgen der Entrechtung qualifiziert werden sollen. Reaktionär ist das neue Einwanderungsgesetz, das die Einwanderung ausländischer Arbeiter in England erschwert.

Das französische Budget für 1906 enthält die Summe von 100000 Franken zur Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen und die französische Altersversorgung der Arbeiter scheint der parlamentarischen Erledigung nahe zu sein. In die französische Fabrikinspektion sind nun ebenfalls Arbeiter eingetreten und die Staatsarbeiter stehen am Schlusse des Jahres in einer Bewegung für die Einführung des Achtstundentags in allen Staatsbetrieben, Lohnerhöhung, alljährlichen vierzehntägigen Ferienurlaub unter Fortzahlung des Lohnes. In einer Lohnbewegung stehen am Schlusse des Jahres auch die Arbeiter der schweizerischen Staatseisenbahnwerkstätten mit dem Reglement der badischen Staatseisenbahnwerkstätten, das den Neunstundentag enthält.

In Schweden ist ein negativer sozialpolitischer Erfolg mit der Ablehnung der Zuchthausvorlage, die nach dem Muster der verschärften deutschen Zuchthausvorlage den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben wollte, erzielt worden.

Auch in verschiedenen amerikanischen Staaten ist die Arbeiterschutzgesetzgebung weitergeführt worden. Doch weiß man nie, ob nicht eines schönen oder schlechten Tages das Bundesgericht auf Grund der versteinerten, aus 1787 datierten Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika das neue Gesetz als verfassungswidrig erklärt und aufhebt. Insofern ist diese Verfassung zum Hemmnis des Fortschritts und ihre zeitgemäße Revision zu einem dringenden Bedürfnis geworden.

Selbstverständlich erschöpft sich die Sozialpolitik nicht in der Arbeiterschutzgesetzgebung. Ihr weites Gebiet erstreckt sich auch auf das Schulwesen mit der Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und Schreibmaterialien, der Ernährung und Bekleidung der Kinder schlechtgestellter Eltern, der unentgeltlichen ärztlichen Behandlung, insbesondere der Geburtshilfe, der Wöchnerinnenfürsorge, der Förderung des Wohnungswesens, der öffentlichen Gesundheitspflege u. s. w. Auch in dieser Richtung werden ja fortwährend da und dort kleine Fortschritte gemacht, indessen ist ein großer Zug, eine durchgreifende Reform nirgends wahrzunehmen.

Die kommunale Sozialpolitik hat im verflossenen Jahre auch im Ausland manche Verbesserung geschaffen, die Umgestaltung aller Verhältnisse zugunsten des arbeitenden Volkes bleibt jedoch noch überall durchzuführen. Die Erringung von Macht und Einfluß in Staat und Gemeinde kann allein der Arbeiterschaft die für ihr Wohl notwendigen sozialpolitischen Fortschritte herbeiführen.

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung.

II.

= Unter der Überschrift „Die heutigen amerikanischen Gewerkschaften" wird ein sehr interessantes Kapitel geboten. Viele Leute glauben, meint Mitchell einleitend, alle Arbeitervereinigungen hätten gleiche Ziele und Organisation. „Es gibt aber so viele Arten und Abarten von Gewerkschaften, wie Zweige in der Industrie. Zwischen einer Vereinigung von Schriftsetzern und einer solchen von Straßenarbeitern besteht kaum größere Ähnlichkeit, als zwischen diesen beiden Berufen, und selbst die Unterscheidung zwischen Vereinigungen gelernter und ungelernter Arbeiter, zwischen solchen mit straffer oder nur loser Zentralleitung, erschöpft noch nicht alle Unterschiede. Inländer und Eingewanderte, Männer oder Frauen, Zulassung oder — was allerdings ziemlich selten ist — Ausschluß von Negern, ja sogar in einzelnen Ausnahmen eine aristokratische und exklusive Gebahrung der Mitglieder geben der Gewerkschaftspolitik eine äußerst verschiedene Färbung! Man denke ferner an Gewerkschaften von Staatsbeamten, wie der Briefträger, der Drucker und Setzer in der Staatsdruckerei; solche von Gemeindebeamten, wie Schullehrern. Für manche von diesen kommt die Möglichkeit eines Streiks gar nicht in Frage und manche hängen in ihren Erfolgen ganz vom Label (Kontrollmarke) ab. Ob das Gewerbe von den Unternehmern monopolisiert oder ob innerhalb desselben eine scharfe Konkurrenz besteht, ob die Vereinigungen Unterstützungskassen haben oder nicht, ob sie zur Aufnahme die Ablegung einer Lehrzeit fordern oder jeden Mann aufnehmen, der den Durchschnittslohn verdienen kann, ob sie ihre Mitgliederzahl beschränken und endlich, ob sie ein einzelnes oder mehrere Gewerbe vertreten: all das bringt eine Mannigfaltigkeit der Interessen und auch gewisse Gegensätze mit sich." Solche formelle und taktische Verschiedenheiten weist natürlich die Gewerkschaftsbewegung aller Länder auf, nicht bloß die amerikanische. Worauf es ankommt, und das ist das gemeinsame und einigende, das ist das gleiche Bestreben aller Gewerkschaften, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die ganze Lebenslage aller Arbeiter zu heben und diesem Ziele dienen, ja müssen alle Gewerkschaften dienen. Dabei mag es ja wohl sein, daß die eine oder andere amerikanische Gewerkschaft noch mancherlei Rückständigkeiten aufweist und keine moderne Arbeiterorganisation nach unserer Auffassung ist. Die fortschreitende Entwicklung wird und muß allerdings auch damit aufräumen. Die Gewerkschaft muß eine demokratische Organisation sein, in der der Geist der Weitherzigkeit herrscht.

Nicht ohne Interesse ist die Darlegung Mitchells, daß manche Leute die Arbeitervereinigungen in drei Klassen einteilen: in ehrbare, halbehrbare und verwerfliche. Diese Leute stellen zum Beispiel die Buchdrucker- und Lokomotivführerorganisation als Muster hin und bedauern, daß andere diesen nicht folgen. „Das ist wie eine Teilung der Menschen in Erwachsene, Jünglinge und Kinder; wie aus dem Kinde ein Mann wird, so werden mit der Zeit die heute als radikal bezeichneten Vereinigungen reifen und im Ansehen steigen. Die heute als Muster hingestellten Vereinigungen hatten auch eine Zeit, in der sie wegen ihrer Heftigkeit angegriffen wurden und so hat jede derselben ihren eigenen Weg des Kampfes zurückzulegen." Sehr richtig meint Mitchell, man müsse sich nur wundern, daß überhaupt Arbeiter, die noch keine Erfahrung in diesen Dingen haben, durch alle die Angriffe ihrer Feinde sich zu dieser Ruhe durchringen und nicht noch viel mehr Handlungen begehen, die ihnen selbst zum Schaden gereichen. Jeder Zuwachs an Macht wird ein solcher an Klugheit, wie größere Klugheit zu mehr Macht führt. Ein gewonnener Streik bessert nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern gewinnt frühere Gegner für sich, bringt also Ansehen und ruhigeres Vorgehen.

Die stärksten Gewerkschaften sind heute die, die am straffsten zentralisiert sind. Wie in der Politik des Landes, so besteht auch hier immer der Gegensatz zwischen Freunden einer starken Zentralverwaltung und einer Dezentralisation, bei der den Ortsgruppen mehr Macht überlassen wird. Eine der bestzentralisierten Gewerkschaften ist die der Vereinigten Bergarbeiter. Diese größte Arbeitervereinigung der Welt — das war sie damals, heute ist sie vom Deutschen Metallarbeiter-Verband eingeholt — hat 260000 eingeschriebene Mitglieder, ohne 60000 bis 70000, die mit ihren Beiträgen im Rückstand — also auch nur papierene Mitglieder — sind. Sie umfaßt eine ganze Industrie, nicht einen einzelnen Zweig. Jeder Mann oder Bursche, der in oder auf den Zechen arbeitet, mag er Heizer, Maschinist, Kutscher, Schmied, Tischler, Torwächter, Öler, Inspektor, Handlanger oder Bergmann sein, kann Mitglied werden. Alle Nationalitäten und Rassen sind in der Vereinigung vertreten. Farbige haben die gleichen Rechte wie andere Mitglieder und Vertreter von 20 verschiedenen Völkern und Sprachen stehen in den Listen. Bei der straffen Zentralisation besteht natürlich ein Vetorecht (Veto: ich verbiete!) gegen die Veranstaltung von Streiks durch die Ortsgruppen. Verträge sind mit den Unternehmern geschlossen auf der einen Seite in dem Konkurrenzgebiet Illinois-Indiana-Ohio-West-Pennsylvanien, auf der anderen Seite im Missouri-Kansas-Arkansas-Indianagebiet; dagegen Sonderverträge mit Unternehmern in Java, Michigan, Alabama, Kentucky, Tennessee, Montana, Mittelpennsylvanien und einem Teil von Westvirginien. Die Beiträge sind niedrig und betragen durchschnittlich 1,60 Mk. monatlich, wovon 40 Pf. an die Zentrale weitergehen, die aber darüber hinaus Umlagen auferlegen kann. Knaben unter 16 Jahren haben nur halbe Beiträge zu zahlen, haben aber auch nur halbe Stimme. In jedem kohlenfördernden Staate bestehen Ortsgruppen und mehr als zwei Drittel von den 500000 Kohlenarbeitern der Vereinigten Staaten sind Mitglieder. Die Streiks, die sich meist über große Gebiete erstreckt haben, gehören zu den besten Erfolgen der Arbeiterbewegung. Die Organisation hat heute einen Verteidigungsfonds von vier Millionen Mark, dagegen keine Unterstützungs- oder Versicherungskassen.

Es werden dann noch nähere Mitteilungen über die Verbände der Schneider, der Zigarrenarbeiter und Schreiner gemacht. Die Stärke der Schneiderorganisation ist die Kontrollmarke. Sie gibt ein Monatsblatt heraus, ihre Beiträge betragen monatlich 2 Mk. für die Zuschneider und 1 Mk. für die anderen Mitglieder; Ortsgruppen mit überwiegend weiblichen Mitgliedern haben besonders niedrige Eintrittsgelder. Die Internationale Zigarrenmachergewerkschaft erhebt ein Eintrittsgeld von 12 Mk. und einen Wochenbeitrag von 1,20 Mk. Ihre Ausgaben betrugen in den letzten 20 Jahren über 32 Millionen Mark. Die Arbeitslosenunterstützung hat der stetig wachsenden Vereinigung auch nach der Krise von 1893 ihre Kraft erhalten. Die Kontrollmarke hat das Sinken der Löhne infolge der Einwanderung verhindert. Die Anfänge der Vereinigten Brüderschaft der Tischler gehen auf 1867 und 1851 zurück, aber erst 1881 kam ein Verband mit 2000 Mitgliedern zustande, deren Zahl bis 1900 auf zirka 150000 in 679 Ortsgruppen stieg. Von diesen führen 40

ihre Geschäfte in deutscher, 6 in französischer, 2 in tschechischer, 2 in hebräischer und 1 in skandinavischer Sprache.

Von den vielen anderen Vereinigungen, die Besprechung und Studium verdienen, werden noch erwähnt die Internationale Typographische Gesellschaft mit ihrer über 50jährigen interessanten Geschichte; ferner die Internationale Vereinigung der Hafenarbeiter an den großen Seen, die Verträge mit den Schiffsbesitzern schließt; die verhältnismäßig neue Vereinigung der Straßenbahnangestellten, die rapid gewachsen ist; die **Nationale Vereinigung der Eisen-, Stahl- und Zinnarbeiter**, die 1901 einen Streit mit dem Stahltrust hatte; ferner die jährlich im Ansehen steigenden Eisenbahnbruderschaften, die Organisationen der Handlungsgehilfen, Kutscher, **Hufschmiede, Juwelierarbeiter**, Briefträger, Bühnenarbeiter und andere. Eine der interessantesten Formen ist die **gemischte Gewerkschaft**, die den vorübergehenden Zweck verfolgt, dauernde Vereinigungen zu gründen, sobald in einem Gewerbe genügend Mitglieder vorhanden sind, um eine Gewerkschaft bilden zu können. „Und wenn alle diese Organisationen mit ihren heute wohl über 2½ Millionen Mitgliedern die erwähnten mannigfaltigen Unterschiede aufweisen, so geht doch durch alle ein gleicher Geist, der Wunsch gemeinsamer Tätigkeit und ein mehr oder weniger klares Gefühl der Solidarität und Bruderschaft."

Es werden nun 112 Organisationen, die dem amerikanischen Arbeitsbund (American Federation of Labor) angehören, mit ihren ungefähren Mitgliederzahlen angeführt, die die Summe von 1069960 Mitgliedern ergeben, die weit hinter den im Texte erwähnten 2½ Millionen zurückbleiben. Nach der neuesten, in der Nr. 50 des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlichten Statistik wird die Gesamtsumme der in Amerika gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf 1513200 gegen 1646200 im Jahre 1904 angegeben, so daß im laufenden Jahre nicht weniger als 163000 verloren gegangen sind. Die verschiedenen Branchen der **Metallarbeiter** sind dabei folgendermaßen vertreten:

	1904	1905
Brücken- und Eisenkonstruktionsarbeiter	11500	10000
Blecharbeiter	15300	13000
Eisen- und Stahlarbeiter	13500	10000
Elektrizitätsarbeiter	21000	21000
Former	30000	30000
Hufschmiede	4200	4200
Installateure	16300	15000
Maschinenbauer	55700	48500
Metallpolierer und Drücker ꝛc.	12800	10300
Schmiede.	10500	10000
Schiffbauer	19000	13400
Zusammen	210000	185400

Die Zusammenstellung zeigt einmal die noch vorhandene Zersplitterung der amerikanischen Metallarbeiter in 11 verschiedenen Branchenorganisationen, sodann, daß ihr gesamter Mitgliederbestand mit 210000 im Jahre 1904 kein ungünstiger war, im Jahre 1905 aber leider um 24600 sich verminderte, an welchem Rückgang fast alle Verbände beteiligt sind. Es ermangelt also noch der inneren Festigkeit, der Organisationstreue der Mitglieder, woran der noch vielfach vorhandene Mangel an Unterstützungseinrichtungen wohl die Hauptschuld trägt. Deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit wird aber erfreulicherweise auch von den amerikanischen Gewerkschaften immer mehr eingesehen, so daß auch ihre allgemeine Einführung und die damit verbundene Befestigung und Stärkung der Gewerkschaften zu erwarten sind.

Die **Aufgaben der Gewerkschaften** werden in einem besonderen Kapitel besprochen. Als erste derselben wird die weitere Ausbreitung der Organisation, die Erreichung von sechs Millionen Mitgliedern bezeichnet; als zweite die Errichtung von geselligen und intellektuellen Zentren in Form von Gewerkschaftshäusern mit Klubräumen, Lesezimmern, Versammlungssälen ꝛc.; weiter die Förderung der Berufsbildung, Schaffung von Tarifgemeinschaften mit den Unternehmern, Erringung des Achtstundentags, des freien Samstagnachmittags, eines jährlichen Minimaleinkommens von 2400 Mk. für den ungelernten Arbeiter, Sonntagsruhe, Gesundheitsvorschriften und ihre Durchführung, Arbeiter-, Witwen- und Waisenversicherung.

„Die Gewerkschaften," sagt Mitchell in dem Kapitel „Die Ideale der organisierten Arbeit", „treten ein für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit; für die Freiheit des einzelnen, über sein eigenes Leben zu verfügen und zusammen mit seinen Kollegen Kollektivverträge zu schließen; für die Gleichheit, nicht des Reichtums, aber der Wirtschaftschancen, und für die Brüderlichkeit als Selbstzweck und Mittel zum wahren Fortschritt der Kultur." Und er schließt sein Buch mit den Worten Thomas Avigles: „Was die Leute Organisation der Arbeit nennen, das ist das allgemeine Lebensproblem der Welt."

John Mitchell ist kein Sozialdemokrat, er hält sogar eine besondere Arbeiterpartei in Amerika für überflüssig. Aber was er als Aufgaben der Gewerkschaft betrachtet, deckt sich in der Hauptsache mit dem Programm der Gewerkschaftsbewegung aller Länder. Wäre der bürgerliche Politiker und Gewerkschafter John Mitchell in Deutschland, die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung und mit ihr das ganze Scharfmachertum würde ihn ebenso wütend bekämpfen, hassen und verfolgen, wie dies allen Sozialdemokraten gegenüber geschieht. In Deutschland gilt jeder Mann, der für die Arbeiterinteressen ehrlich und entschieden eintritt, als Sozialdemokrat, er mag sich im übrigen zu den fundamentalen Grundsätzen der Sozialdemokratie bekennen oder nicht. Und so nimmt auch die amerikanische Gewerkschaftsbewegung trotz alledem den gleichen Gang wie die Gewerkschaftsbewegung in allen andern Industriestaaten. Der überall herrschende Kapitalismus zeitigt auch überall die gleichen Wirkungen, in der neuen wie in der alten Welt.

Die Lage der deutschen Gold- und Silberarbeiter.

ch. Während die deutsche Gold- und Silberwarenindustrie aus einem ehemals handwerksmäßigen Gewerbe, das zum größten Teil nur für den lokalen Markt arbeitete, sich zur tonangebenden Großindustrie dieser Branche auf dem Weltmarkt emporgeschwungen hat, ist die Lage der Arbeiter dieser Industrie nicht nur nicht im gleichen Maße gestiegen, sondern im Gegenteil von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Zum Ausdruck kommt diese Verschlechterung nicht allein in der Lohn- oder Verdiensthöhe, die, wie die vor kurzem vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zusammengestellten statistischen Erhebungen ergeben, keineswegs auf einer zufriedenstellenden Höhe sich bewegt, sondern in der Hauptsache in den Arbeitsverhältnissen und der Art der Produktion. Die gegenwärtig herrschende Arbeits- und Produktionsmethode ist der reinste Raubbau an der Arbeitskraft der Arbeiter dieser Industrie. Ist schon die Arbeitszeit eine sehr verschiedenartige — dieselbe schwankt doch nach der angeführten Statistik zwischen acht und elf Stunden in 232 beteiligten Betrieben —, so wirkt noch weit schädigender die überaus schwankende Geschäftskonjunktur. Die Gold- und Silberwarenindustrie ist zum reinen Saisongewerbe geworden. Während in den Monaten Oktober, November und Dezember die einlaufenden Aufträge mit den zur Verfügung stehenden Arbeitskräften und vorhandenen Betriebsmitteln kaum bewältigt werden können, flaut der Geschäftsgang nach Neujahr merklich ab, um erst vor Ostern wieder etwas anzuziehen; in den Monaten Mai, Juni und Juli tritt dann eine allgemeine Geschäftsstille ein. Dieser wechselnde Geschäftsgang hat zur Folge, daß in den Wintermonaten im Übermaß Überstunden gemacht werden müssen, während im Sommer entweder mit wesentlich verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wird, oder die Arbeiter einfach ganz aussetzen müssen. Durch die Statistik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist nun einmal zahlenmäßig festgestellt, wie dieses System überhand genommen hat. Besonders in den Hauptorten der Gold- und Silberwarenindustrie, in Pforzheim, Schwäb. Gmünd und Hanau haben die Arbeiter dadurch schwer zu leiden. 700, 800, ja 900 Überstunden, die ein Arbeiter dort pro Jahr zu machen hat, ist keine Seltenheit. Dafür setzen dann die nämlichen Leute im Sommer nicht nur die gleiche Zeit, sondern häufig noch länger aus. Von einer geregelten Arbeitszeit ist selbstverständlich nicht die Rede. Es wird eben gearbeitet, je nachdem die Aufträge einlaufen.

Welche Folgen eine solche Arbeitsmethode für die Gesundheit der Arbeiter haben muß, ist ohne weiteres klar. Neben der Schädigung der Gesundheit hält jedoch gleichen Schritt ein auffallend vorzeitiger Verbrauch der Arbeitskraft. Schon Fabrikinspektor Fuchs hat, wie er in seinem Buche „Die soziale Frage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter" bemerkt, beobachtet, daß bei den Bijouteriearbeitern mit über 40 Jahren ein auffallend rasches Sinken der Verdienste zu verzeichnen ist. Das gleiche Ergebnis ist aus den Lohntabellen der Statistik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes herauszulesen. Das ist kein Zufall, sondern das Resultat der ungeregelten Arbeitszeit mit maßloser Überzeitarbeit. Die Herstellung der Produkte der Gold- und Silberindustrie, besonders feinerer Schmuckwaren, stellt an sich hohe Anforderungen an die **Sehkraft** der beschäftigten Arbeiter. Zerstörend muß aber eine Arbeitsmethode auf die Augen wirken, wenn, wie dies durchwegs der Fall, sieben und mehr Stunden pro Tag bei künstlicher Beleuchtung gearbeitet wird. Dies ist von den Arbeitern schon längst erkannt worden und die Einsichtigeren unter ihnen streben deshalb schon längst die Durchführung einer geregelten und angemessenen Arbeitszeit als das wichtigste an. Auch die am 18. und 19. August 1905 zu Stuttgart abgehaltene Konferenz der deutschen Gold- und Silberarbeiter stellte sich auf den gleichen Standpunkt durch den Beschluß, daß zunächst anzustreben sei:

1. Die Durchführung einer geregelten und angemessenen Arbeitszeit;
2. Die Einschränkung der Überzeit- und Sonntagsarbeit und, wo diese absolut nötig ist, die Gewährung eines entsprechenden Lohnzuschlags;
3. Die Gewährung eines den örtlichen Verhältnissen entsprechenden auskömmlichen Lohnes.

Man sollte nun meinen, daß in einer Industrie, in der wie wohl in keiner andern das Überstundenwesen eingerissen ist, auch die Bezahlung dieser Überzeitarbeit entsprechend höher sei. Aber weit gefehlt. In Pforzheim und Schwäb. Gmünd ist es bis auf den heutigen Tag den Unternehmern noch nicht eingefallen (von einigen Ausnahmen abgesehen) Zuschläge für Überstunden zu bezahlen, in Hanau ist es erst vor kurzem gelungen, die Bezahlung von Zuschlägen für Überstunden allgemein durchzusetzen. In der Statistik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist festgestellt, daß von sämtlichen beteiligten Betrieben nur ganze 61 Zuschläge für Überstunden bezahlten, darunter in Berlin allein 43, so daß für das übrige Deutschland fast nichts mehr übrig bleibt. Das mag vielleicht mit ein Grund gewesen sein, daß das Überstundenwesen in der Gold- und Silberwarenindustrie so einreißen konnte, weil eben den Unternehmern die in den Überstunden geleistete Arbeit scheinbar nicht teurer zu stehen gekommen ist. Wir sagen ausdrücklich „scheinbar", da, wie allgemein bekannt und längst nachgewiesen, die Leistungsfähigkeit der Arbeiter um so mehr sinkt, je länger die Arbeitszeit ist. Da meist in Lohn gearbeitet wird, haben auch die Fabrikanten keinen Vorteil von den geleisteten Überstunden, denn je kürzer die Arbeitszeit, desto höher die Leistung pro Stunde. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß ein anderer Vorteil für den Unternehmer in Betracht kommt: daß es infolge der Überstunden möglich ist, kürzere Lieferungsfristen einzugehen, manchen Auftrag anzunehmen, der sonst dem Konkurrenten zufallen würde. Im großen und ganzen jedoch ist die Überzeitarbeit auch für den Fabrikanten nur problematischer Natur.

Ähnlich verhält es sich mit der Sonntagsarbeit. Fabrikinspektor Bittmann stellt in seinem Bericht für 1904 fest, daß für die Pforzheimer Bijouterieindustrie an 273 Firmen 175135 Überstunden, und zwar 2324 Stunden mehr als 1903 bewilligt worden sind. Auch auf dem Gebiet der Sonntagsarbeit, wie aus diesen Zahlen zu ersehen ist, wird das menschenmögliche geleistet. Davon haben die Fabrikanten keinen oder verhältnismäßig geringen Nutzen, die betroffenen Arbeiter aber den größten Schaden. Jede gemachte Überstunde bedeutet eine Extraleistung des Arbeiters an den Unternehmer, die einen höheren Aufwand an Arbeitskraft bedeutet. Es ist nicht mehr als recht und billig, daß für diese Extraleistung eine Extraentschädigung in Form von Zuschlägen gegeben wird. Sind die Unternehmer nicht gewillt, diese Extraentschädigung zu geben, so räume man im Interesse beider Teile mit dem Überstundenwesen überhaupt auf. Je früher dies geschieht, desto eher werden wir zu gesunden Zuständen gelangen. Jedoch darf nicht verkannt werden, daß nicht die Fabrikanten die alleinige Ursache an dem geradezu zum Mißstand gewordenen Überstundenwesen sind, sondern daß dies an den eigenartigen Zuständen der Industrie liegt. Dadurch, daß die Industrie abhängig von der Mode und dem jeweils herrschenden Geschmack ist, kann auf Vorrat nicht gut gearbeitet werden. Auch die Gepflogenheiten der Konsumenten, ihren Bedarf meist zu Weihnachten, Ostern oder während der Badesaison zu kaufen, beeinflußt die Geschäftskonjunktur. Ausschlaggebend ist jedoch die Abhängigkeit der Fabrikanten von den den Markt beherrschenden Großkaufleuten, in deren Händen der ganze Absatz liegt. Deren Wünschen und Anforderungen muß in den meisten Fällen der Fabrikant sich fügen, wenn er weiter auf Aufträge rechnen will. Und daß von den Grossisten häufig Unerfüllbares verlangt wird, ist zur Genüge bekannt.

Jedoch tragen auch die Arbeiter selbst einen guten Teil Schuld an dem eingerissenen Mißstand. Vielfach drängen sich die Arbeiter, in vollständiger Verkennung der aus der Überzeitarbeit für sie sich ergebenden Schäden, geradezu zu derselben. Auch läßt der Stand der gewerkschaftlichen Organisation an den Hauptorten der Gold- und Silberwarenindustrie noch sehr viel zu wünschen übrig. Die überaus mangelhafte Organisation der Gold- und Silberarbeiter aber ist die Hauptursache, daß neben dem Umsichgreifen der schon besprochenen Mißstände auch die Verdienste teilweise einen Tiefstand aufweisen, der äußerst betrübend ist. Die badische Fabrikinspektion gibt in ihrem Bericht für 1904 das durchschnittliche Wocheneinkommen eines männlichen Pforzheimer Bijouteriearbeiters auf 19 Mk., das einer Arbeiterin auf 10,60 Mk. an. Nach der vom Deutschen Metallarbeiter-Verband durchgeführten Statistik beträgt der durchschnittliche Jahresverdienst der an der Statistik beteiligten männlichen Arbeiter 1133 Mk., pro Woche 21,80 Mk., der Arbeiterinnen 650 Mk., pro Woche 12,30 Mk. Daß das Einkommen der Pforzheimer Ar-

Benjamin Franklin.

(Geboren 17. Januar 1706.)

Es ist noch nicht lange her, daß die Grundsätze, nach denen vor rund 150 Jahren Benjamin Franklin lebte, als höchste, heute noch von A bis Z geltende Lebensweisheit gefeiert wurden. Ganz besonders taten sich dabei die Manchestermänner hervor. Allmählich ist es aber selbst den Blödesten klar geworden, daß man die Grundsätze, die sich für Benjamin Franklin als gut erwiesen in einem halbkultivierten Lande, wo, wie Friedrich Kapp sagt, „es keine alten ständischen Unterschiede gab und die Keime zu neuen noch zu wenig entwickelt waren", nicht ohne weiteres übertragen kann auf moderne europäische Verhältnisse. Weil aber am 17. Januar gerade 200 Jahre seit seiner Geburt verstrichen sein werden, können wir erwarten, daß die bürgerliche Presse versuchen wird, seine Lebensweisheit, die sich für ihn durchaus bewährte, wieder aufgegraben und, wie früher, [illegible] auf die gegenwärtigen Verhältnisse zu übertragen — ein Verfahren, das Franklin sich höchstwahrscheinlich ganz energisch verbitten würde, wenn er noch lebte. Dies darf uns aber nicht hindern, des intelligenten, wenn auch längst überholten Forschers auf dem Gebiete der Elektrizität, des **Erfinders vom Blitzableiter**, des erfolgreichen, entsprechend den Verhältnissen seiner Zeit dem Fortschritt dienenden Staatsmannes Franklin mit der schuldigen Dankbarkeit zu gedenken.

Franklins Vater entstammte einer englischen Familie, die sich zur anglikanischen Kirche bekannte. Um den Drangsalierungen durch die Staatskirche zu entgehen, wanderte er in Gemeinschaft mit seiner aus drei Kindern bestehenden Familie und einigen Glaubensgenossen im Jahre 1682 nach der amerikanischen Kolonie Neu-England aus. In Boston betrieb er das Geschäft eines Seifensieders und Lichterziehers; hier wurde ihm auch Benjamin als das zweitjüngste Kind unter siebzehn Kindern geboren. Benjamin mußte erst in seines Vaters Geschäft mitarbeiten, da er aber einen zu großen Widerwillen gegen diese Tätigkeit hegte und große Vorliebe für Bücher zeigte, sah sein Vater sich veranlaßt, ihn im Alter von zwölf Jahren bei einem älteren Stiefbruder Benjamins, der Buchdrucker war, auf neun Jahre in die Lehre zu geben. Seine freie Zeit verbrachte er fast ausschließlich mit Lesen, um seinen leidenschaftlichen Wissensdurst zu stillen. In diese Zeit fallen auch seine ersten Dichtversuche, im Bänkelsänger-Manier gehaltenen Verse, die sein Bruder druckte und mit denen er selber hausierte. Nachdem sein Vater ihm das Unvorsichtige dieses Tuns mit Erfolg vorgehalten hatte, verfiel sein Ehrgeiz darauf, ein guter Prosaschriftsteller zu werden und er bemühte sich eifrig, seinen Stil zu verbessern. 1720 oder 1721 gab sein Bruder eine Zeitung heraus, die Benjamin erst setzen und drucken helfen und dann an die Abonnenten austragen mußte. Bald fühlte er sich versucht, über die Gegenstände, von denen in der Zeitung die Rede war, ebenfalls seine Meinung zu Papier zu bringen. Die fertigen, in verstellter Handschrift geschriebenen Artikel schob er nachts unter die Türe der Druckerei hindurch, wo sie morgens gefunden wurden. Es bereitete Benjamin die größte Genugtuung, daß sein Bruder und dessen literarische Mitarbeiter auf bedeutende Literaten des Landes rieten, als sie sich in Vermutungen über den Autor ergingen. Später bekannte er sich zur Autorschaft, was aber nicht zur Besserung des Verhältnisses zu seinem Bruder beitrug, so daß Benjamin sich sehnte, seine Lehrlingszeit abkürzen zu können. Eine Gelegenheit dazu fand sich, als sein Bruder wegen eines Artikels in der Zeitung zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Als er wieder frei war, wurde ihm verboten, die Zeitung weiter erscheinen zu lassen. Benjamins Bruder und dessen Freunde beschlossen darauf, daß die Zeitung unter Benjamins Namen weiter erscheinen solle. Aus diesem Grunde wurde es notwendig, den Lehrvertrag aufzuheben. Benjamin mußte jedoch einen neuen Kontrakt unterzeichnen, der während der noch übrigen Lehrzeit geheim bleiben sollte. Dieses neue Verhältnis dauerte aber nur wenige Monate. Benjamin konnte es seinem Bruder nicht vergeben, daß dieser ihn oft geschlagen hatte; es kam zu solchen Zwistigkeiten, daß Benjamin beschloß, aus dem Geschäft auszutreten unter der Zuversicht, daß sein Bruder von dem Geheimvertrag keinen Gebrauch machen würde. Sein Bruder wußte nunmehr sämtliche Druckereibesitzer von Boston zu bewegen, ihn nicht anzustellen. Da er bei den frommen Seelen der Stadt ebenfalls schon wegen seiner Freigeisterei Anstoß erregt hatte und obendrein sein Vater auf des Bruders Seite stand, sah er sich 1723 genötigt, zu fliehen.

Nach abenteuerreicher Reise kam er in Philadelphia an und fand in der kleinen, kümmerlich eingerichteten Druckerei von Keimer Arbeit. Dort gab es damals zwei Druckereien, deren Inhaber aber nicht das geringste vom Geschäft verstanden. Der Statthalter Sir William Keith machte deswegen Franklin den Vorschlag, dort eine eigene Druckerei einzurichten und erbot sich, ihm dazu 100 Pfund Sterling zu leihen. Ferner empfahl er Franklin, selber nach England zu reisen, um eine vollständige Druckereieinrichtung zu kaufen. Als Franklin indessen auf Ausstellung des dazu nötigen Kreditbriefes drang, wurde er so lange hingehalten, daß er sich ohne diesen an Bord begeben mußte, nachdem der Statthalter ihm hatte sagen lassen, er wolle ihm den Brief vor Abfahrt des Schiffes senden. Als kurz vor der Landung des Schiffes in England die von dem Statthalter aufgegebenen Briefschaften durchgesehen wurden, befand sich kein Kreditbrief für Franklin darunter. Es stellte sich heraus, daß dieser nicht der erste war, den der Statthalter auf solche Weise enttäuscht hatte. Es blieb ihm nunmehr nichts anderes übrig, als in England an den Setzkasten zu gehen. Er arbeitete darauf in mehreren Offizinen, machte verschiedene Bekanntschaften von Leuten, in deren Umgang sich sein Gesichtskreis bedeutend erweiterte, studierte fleißig und versuchte sich aufs neue in der Schriftstellerei. Da er außerdem sehr mäßig lebte, hatte er 1726 wieder soviel beisammen, daß er die Kosten der Rückreise bestreiten konnte. Nach annähernd vierteljähriger Reise kam Franklin wieder in Philadelphia an, wo er in Gemeinschaft mit einem Mr. Denham ein Kaufmannsgeschäft eröffnete. Beide erkrankten jedoch bald schwer. Während Franklin wieder gesund wurde, erlag Denham der Krankheit. Franklin wurde durch Mittellosigkeit gezwungen, zur Druckerei zurückzukehren und übernahm die Leitung der Druckerei Keimers. Er führte in dem Geschäft wesentliche Verbesserungen ein, merkte indessen bald, daß Keimer ihn nur dazu brauchen wollte, das Personal, worunter kein einziger gelernter Buchdrucker war, auszubilden, um dem Inhaber wohlfeile Arbeitskräfte zu verschaffen. Dann sollte er wieder entlassen werden. Als er mit Keimer in Streitigkeiten geriet und infolgedessen entlassen wurde, schlug Hugh Meredith, einer der Arbeiter im Geschäft, dessen Vater Vermögen besaß, Franklin vor, sich in Gemeinschaft mit ihm selbständig zu machen. Da Franklin obendrein eine Reihe einflußreicher Personen zu seinen Freunden zählen und von diesen Unterstützung erhoffen durfte, ging er auf den Vorschlag ein. Dies geschah 1728. Franklin entwickelte nun einen eisernen Fleiß, um das Geschäft in Flor zu bringen. Sein Zeitgenosse Dr. Baird sagte von ihm: „Der Fleiß dieses Franklin übersteigt alles, was ich je in der Art gesehen habe." Das Geschäft gedieh so, daß er 1729 ein Wochenblatt unter dem Titel: „Der allgemeine Unterrichter in allen Künsten und Wissenschaften und Philadelphia-Zeitung" herausgeben konnte. Es stellten sich jedoch Zahlungsschwierigkeiten ein, außerdem war Meredith ein unverbesserlicher Trinker. Unter der Bedingung, daß er sich diesen vom Halse schaffe, boten ihm zwei Freunde Darlehen an. Es gelang ihm, auf anständige, aber schlaue Weise

beiter seit der Zeit der gemachten Erhebungen, Mitte 1904, in dem Maße gesunken sein soll, wie dies bei dieser Gegenüberstellung der Fall ist, ist nicht gut anzunehmen. Vielmehr dürfte das zutreffen, was auch in der Broschüre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gesagt ist, daß der Durchschnittsverdienst nur deswegen so hoch ist, weil an der Statistik meist nur auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit befindliche Leute beteiligt sind. Nach den Altersangaben beträgt das Durchschnittsalter der Beteiligten 30 Jahre. Das erklärt alles. An sich ist der durchschnittliche Jahresverdienst aller beteiligten männlichen Arbeiter mit 1162 Mk. viel zu niedrig; zu niedrig besonders auch deshalb, weil an fast allen Orten der Gold- und Silberwarenindustrie unverhältnismäßig hohe Miet- und Lebensmittelpreise bezahlt werden müssen. Nach den Berechnungen der Halbmonatsschrift Der Arbeitsmarkt betrug der Aufwand für eine vierköpfige Familie im Jahre 1904: 1106,98 Mk. für Lebensmittel allein. Da nach der Statistik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die bedeutend günstigere Zahlen aufweist als der Bericht der Fabrikinspektion, der durchschnittliche Jahresverdienst des männlichen Arbeiters 1162 Mk. beträgt, auf jeden verheirateten Arbeiter aber im Durchschnitt 2,2 Kinder treffen, also 0,2 mehr als die Berechnung des Arbeitsmarkts vorsieht, auch noch 20 Prozent des Einkommens gleich 234 Mk. im Durchschnitt für Miete in Abzug gebracht werden müssen, so ergibt sich, daß für den Bedarf an Lebensmitteln eine erheblich niedrigere Summe übrig bleibt, als nach dem Arbeitsmarkt ausgegeben werden müßte. Für Heizung, Beleuchtung, Kleider, Möbel, Wäsche und sonstige Lebensbedürfnisse bleibt soviel wie nichts übrig. Da man nicht annehmen kann, daß dem deutschen Marinesoldaten das Nahrungsquantum im Überfluß zugemessen ist (nach den Berechnungen des Arbeitsmarkts trifft auf eine vierköpfige Familie, Mann, Frau und zwei Kinder die dreifache Ration eines Marinesoldaten), so steht fest, daß der deutsche Gold- und Silberarbeiter infolge niedrigen Einkommens an chronischer Unterernährung zu leben gezwungen ist. Die Begleiterscheinungen der Unterernährung: Krankheit, Siechtum, früher Tod, sind bekannte Tatsachen.

Auch die sonstigen Arbeitsbedingungen lassen, wie durch die Statistik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (die für alle Metallarbeiter sehr beachtenswertes Agitationsmaterial enthält) festgestellt wurde, sehr viel zu wünschen übrig. Dagegen hat die Organisation unter den Gold- und Silberarbeitern keineswegs den Umfang erreicht, den sie haben müßte. Jedenfalls ist durch die mangelhafte Organisation manches so geworden wie es jetzt ist. Auf alle Fälle wäre vieles durch eine kräftige, auf der Höhe stehende Organisation zu vermeiden gewesen. Die Gold- und Silberarbeiter sind also selbst zum größten Teil mit schuld an den ungesunden Zuständen der Industrie und ihrer eigenen Lage. Nach dem Inkrafttreten der Handesverträge am 1. März 1906 wird zweifellos eine abermalige Verteuerung aller Lebensmittel und dazu noch eine wesentliche Verschlechterung der Arbeitsgelegenheit eintreten. Wie wollen die Gold- und Silberarbeiter gegen eine abermalige Verschlechterung ankämpfen? Nur durch die Organisation ist es möglich, Verschlechterungen abzuwehren und durchgreifende Verbesserungen herbeizuführen. Während in allen anderen Berufen der Metallindustrie die Organisation gewaltige Fortschritte gemacht hat, ist seit einer Reihe von Jahren bei den Gold- und Silberarbeitern völliger Stillstand zu verzeichnen. Das muß anders werden, und scheint sich nun diese Ansicht auch bei den Gold- und Silberarbeitern durchzuringen. In Pforzheim und Schwäb. Gmünd haben stark besuchte Versammlungen beschlossen, ihre Unternehmer zu ersuchen, Zuschläge für Überstunden zu bezahlen oder mit dem Überstundenwesen überhaupt aufzuräumen. Eine gründliche Änderung der gegenwärtig herrschenden Zustände wird jedoch erst dann eintreten, wenn die Gold- und Silberarbeiter, besonders die der Hauptorte: Pforzheim Schwäb. Gmünd und Hanau vollzählig mittels der Machtmittel der Organisation für die Verbesserung ihrer Lage eintreten.

„Gehet hin und tuet desgleichen."

Gar oft wird intelligenten Arbeitern, die mit ihrer Lage unzufrieden sind, der mehr oder weniger heuchlerische Rat gegeben, ihre freie Zeit zu theoretischen und praktischen Studien zu verwenden und sich auf diese Weise so sehr in ihrem Fach zu vervollkommnen, daß sie eine leitende Stellung als Meister, wohl gar als Techniker oder Ingenieur einnehmen können. Da den Inhabern dieser Stellungen teilweise eine „vollere Kompottschüssel" serviert wird, wäre für diese Leute dann ja auch die „soziale Frage" gelöst. Den in unserer Überschrift erhaltenen Rat gab die in Remscheid erscheinende Deutsche Metallindustrie-Zeitung sogar wörtlich „den unzufriedenen Arbeitern" in einem Artikel: „Vom Arbeiter zum Geheimen Rat", worin von dem in letzter Zeit mehrfach genannten, als self made man gefeierten Geheimrat Kirdorf die Rede ist. Das genannte Unternehmerblatt unterläßt aber Mitteilungen darüber, unter welchen Verhältnissen Kirdorf aufgewachsen ist, so daß man immer noch nicht weiß, in wie hohem Grade er seine Stellung wirklich seiner eigenen Kraft verdankt.

Besonders oft werden unsere Kollegen und Leser den Rat gehört haben, daß sie sich auf solche Weise „emporarbeiten" sollen. Auch wir haben zwar unseren Kollegen stets empfohlen, keine Gelegenheit zu weiterer Ausbildung unbenutzt zu lassen, konnten es aber nicht mit unserem Gewissen vereinbaren, ihnen zu versprechen, daß sie dann auch über kurz oder lang gutbesoldete Stellungen einnehmen werden. So sehr die Ausbreitung und Vervollkommnung der Fachschulen und sonstigen Gelegenheiten zur Erweiterung der Kenntnisse zu begrüßen ist, so haben sie doch vorläufig etwas recht ungünstiges zur Folge gehabt. In einem Zirkular des Bundes der technisch-industriellen Beamten heißt es darüber:

„So hat sich die Zahl der Studierenden an technischen Hochschulen in den letzten zehn Jahren mehr als verdreifacht, desgleichen die Zahl der Studierenden der naturwissenschaftlichen Abteilungen der philosophischen Fakultäten. Die Besuchsziffer der preußischen Fachschulen für Metallindustrie hat sich in den letzten zehn Jahren um mehr als vervierfacht, die der privaten Technika, Ingenieurschulen, Gewerbeakademien u. s. w. um mehr als verfünffacht. Dieser unglaubliche Zuzug zum technischen Studium steht in gar keinem Verhältnis zum Wachsen der Industrie. Die Folge dieses Mißstandes ist ein sonst nicht wiederzufindender Wettbewerb bei der Anstellung von Ingenieuren und Beamten. Die Gehälter werden auf einen beschämenden Stand herabgedrückt. Heute ist es einem jungen Diplomingenieur, also einem Techniker mit Abiturientenexamen und abgeschlossener Hochschulbildung nicht möglich, gegen Bezahlung anzukommen; er ist froh, wenn er nach etwa einem Jahre ein Monatsgehalt von 100 Mk. erhält. Daß diese beschämenden Gehaltsverhältnisse auch herabdrückend auf die gesellschaftliche Stellung wirken, ist selbstverständlich; diese Wirkung erweist sich um so empfindlicher in einer Zeit, in der alle Berufe nach besserer Lebenshaltung streben und man aufs eifrigste bemüht ist, auch die unteren sozialen Schichten an den Errungenschaften der Kultur teilnehmen zu lassen. Die Folge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Ingenieure ist aber weiterhin die, daß die Kinder derselben aus der gesellschaftlichen Stufe, welche die Eltern durch Herkunft und Erziehung einnehmen, herabsinken."

In diesen Tagen, wo jedenfalls wieder recht viel von Benjamin Franklin als einem self made man geschrieben werden wird, werden wir auch wohl wieder das Wort hören: „Gehet hin und tuet desgleichen." Wer dies ohne Erfolg tut, soll sich dann damit trösten, daß „nicht jeder Fähnrich General werden kann", wie die Deutsche Metallindustrie-Zeitung so schön sagt. Es geht diesem Unternehmerpapier natürlich über den Horizont, daß nicht immer die Intelligentesten und Besten „das Lebens Höhen erreichen", sondern recht oft nur die Brutalsten und Rücksichtslosesten, die lange nicht immer die Klügsten sind. Immer größer wird deswegen die Schar der geistigen Proletarier, von denen auch ein immer größerer Teil allmählich zum Klassenbewußtsein erwacht. Dieses „soziale Beruhigungsmittel" verliert also auch immer mehr von seiner Kraft.

Vom Schiffbau.

Die Firma Frerichs in Osterholz errichtet eine Werft bei dem auf der anderen Seite der Weser gelegenen Einswarden. Obwohl die Werft noch gar nicht fertig ist, steht bereits ein für Amerika bestimmter Schleppdampfer auf der Helling. Ein weiteres Beispiel von der guten Konjunktur im Schiffbau: Sogar die alte Cassens'sche Werft in Emden, von der es schon hieß, daß sie mit den modern eingerichteten Nordseewerken nicht konkurrieren könne, hat einen neuen Auftrag erhalten. Sie soll der neugegründeten Heringsfischerei-Aktiengesellschaft in Leer einen Dampflogger liefern. Die Werft von R. C. Rickmers Aktiengesellschaft in Geestemünde arbeiter gegenwärtig hauptsächlich für den Reedereibetrieb der eigenen Firma. Sie baut mehrere Frachtdampfer von 7000 bis 8000 Tons.

Ein Bild reger Tätigkeit bietet die Werft von G. Seebeck, Aktiengesellschaft in Geestemünde. Kürzlich abgeliefert sind der Fischdampfer „Gustav Platzmann" für die Hamburger Hochsee-Fischdampfer-Gesellschaft, der 150000 Pfund Fische in seinem Raum aufnehmen kann, ferner der besonders für die Fahrt in den Tropen eingerichtete Fracht- und Passagierdampfer „Präsident" von 1950 Tons und 1500 Pferdestärken für den westindischen Dienst der Hamburg-Amerika-Linie. In Bau sind noch ein Rhein-Seedampfer von 1000 Tons und 500 PS. für Hamburger Rechnung und zwei Frachtdampfer von je 300 Tons und 1100 PS. Dann hat die Werft noch einen Auftrag auf neun neue Dampfer für die Dampffischereigesellschaft „Nordsee" erhalten. Um so merkwürdiger kommt es einem vor, wenn in dem Geschäftsbericht über die „mißliche Lage des Schiffbaugewerbes" gejammert wird.

Bei Joh. C. Tecklenborg in Geestemünde lief am 15. November der für die neue australische Frachtdampferlinie des Norddeutschen Lloyd bestimmte 7300 Tons große Dampfer „Westfalen" vom Stapel.

Die Aktiengesellschaft Bremer Vulkan, Schiffbau und Maschinenfabrik in Vegesack, hat in ihrer letzten Generalversammlung beschlossen, das Aktienkapital von 6 auf 7,5 Millionen Mark zu erhöhen. Das Gesamtkapital besteht gegenwärtig aus 6 Millionen Mark Aktien, 2,5 Millionen Mark in Anleihen und einem Reservefonds von 1139000 Mark. Der Ausgabekurs der neuen Aktien soll nicht unter 125 betragen. Die Gesamttonnage der Bestellungen beträgt 36000, so daß für das Jahr 1906 schon jetzt keine neuen Aufträge mehr angenommen werden können. Es wird eine „sehr befriedigende Dividende" in Aussicht gestellt. Vom Stapel gelaufen ist der für die Bremer Dampferlinie „Atlas" bestimmte Frachtdampfer „Anatolia", Tragfähigkeit 3000 Tons. Seine Probefahrten erledigt hat der für die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa" bestimmte Dampfer „Wartburg".

In Hamburg plant man die Errichtung einer neuen Werft, die mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Mark ausgestattet werden soll. — Bei Blohm & Voß lief der Doppelschraubendampfer „Gertrud Woermann" am 8. November vom Stapel. Es ist ein Schiff von 7200 Netto-Registertons. Abgeliefert ist der Dampfer „Negada" für die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Kosmos". — Die Firma Heinrich Brandenburg hat von der Vereinigten Bugsier- und Frachtschiffahrtgesellschaft einen Auftrag auf drei Seeleichter erhalten. — Am 25. November ist bei Janssen & Schmilinsky der für die Deutsche Ostafrikalinie bestimmte Schleppdampfer „Adjutant" abgelaufen. Abgeliefert sind der Dampfer „Jupiter" und ein Hafenschleppdampfer für eine Hamburger Ewerführerfirma. An neuen Aufträgen für diese Firma sind zwei Fischdampfer und zwei Schleppdampfer zu verzeichnen. — Die Reiherstiegwerft hat den 7000 Tonsdampfer „Santa Rita" abgeliefert und von der Woermannlinie einen Auftrag auf einen Doppelschraubendampfer von 7200 Tons erhalten. — Die Werft von H. C. Stülcken Sohn hat für die Firma Kunst & Albers in Hamburg-Wladiwostok einen Eisbrecher geliefert, der für Wladiwostok bestimmt ist. — Bei J. H. N. Wichhorst sind von der neugegründeten Hafenrundfahrt-Aktiengesellschaft in Kiel zwei Personenfährdampfer von 23,5 Meter Länge, 5,9 Meter Breite und mit Maschinen von 150 Pferdestärken bestellt worden. Vom Stapel gelaufen ist das vom Hamburger Staat in Auftrag gegebene Desinfektionsschiff. — Auf der Eiderwerft in Tönning lief Nr. 64, der für die Flensburger Reederei A. Hansen bestimmte Dampfer „Mars" vom Stapel. An neuen Aufträgen hat die Firma zu verzeichnen: für die Reederei von Leonhardt & Blumberg in Hamburg einen Frachtdampfer von 3500 Tons Tragfähigkeit, für die Chinesische Küstenfahrtgesellschaft in Hamburg und die Reederei von H. Schuldt in Flensburg je einen solchen von 4000 Tons. Ferner bestellte die Reederei von Zerßen & Co. in Rendsburg einen Frachtdampfer von 3100 Tons.

Die Flensburger Schiffbaugesellschaft hat in der letzten Zeit abgeliefert: den für die Flensburger Dampfschiffahrtsgesellschaft von 1869 bestimmten Dampfer „Septima" (Tragfähigkeit 1850 Tons), den Frachtdampfer „Taurus" (1950 Tons) an die Leith and Flensburg Shipping Company Limited in Leith und den ebenso großen Dampfer „Diana" an die Flensburger Reederei von H. Schmidt. Vom Stapel gelaufen ist am 18. November der von der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa" bestellte Dampfer „Gutenfels" (8100 Tons). An neuen Aufträgen sind zu verzeichnen: ein Frachtdampfer von reichlich 4000 Tons Tragfähigkeit für die Reederei von H. Schuldt in Flensburg und zwei transatlantische Dampfer von je 7000 Tons Tragfähigkeit für die Deutsch-Australische Dampfschiffahrtsgesellschaft in Hamburg. Im ganzen hat die Werft gegenwärtig 44000 bis 45000 Brutto-Registertons in Bau und Auftrag.

Die Werft „Howaldtswerke" in Dietrichsdorf bei Kiel hat den für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft bestimmten Doppelschraubendampfer „Venus" abgeliefert, desgleichen den für die Reederei von Jebsen in Apenrade bestimmten Fracht- und Passagierdampfer „Marie" (3000 Tons). Fertig sind ferner der für die brasilianische Küstenfahrtsgesellschaft Companhia de Navegaçao Cruzeiro do Sul in Santos bestimmte Doppelschraubendampfer „Sirio". Die Baunummer 416, der für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft bestimmte Dampfer „Patagonia" ist in „Presidente Quintana" umgetauft worden. Von den Arbeitern der Werft hat der Dampfer den Namen „Hurraschiff" erhalten, weil bei seiner Erbauung eine Antreiberei geherrscht hat, die unseres Wissens beispiellos dasteht. Am 6. September wurde der Kiel gestreckt und bereits am 16. Dezember konnte der Dampfer seine Probefahrt

---

seinen Kompagnon loszuwerden, worauf die Darlehen der Freunde ihn vor dem Ruin bewahrten.

Immer mehr entfaltete Franklin die bei ihm in besonders hohem Maße vorhandene smartness des Amerikaners. Als sich Mangel an Papiergeld bemerkbar machte, veröffentlichte er anonym eine Flugschrift unter dem Titel: „Die Natur und Notwendigkeit des Papiergeldes." Die Schrift fand so großen Beifall, daß die Assembly (die gesetzgebende Körperschaft der Kolonie) die Herausgabe von mehr Papiergeld beschloß. Franklins Freunde sorgten dann dafür, daß ihm der Druck der Noten übertragen wurde. Er sagt darüber in seiner Selbstbiographie: „Dies war ein gewinnreiches Geschäft und für mich eine merkliche Hilfe: wiederum ein Vorteil aus meiner mir erworbenen Fähigkeit in schriftlichen Abfassungen." Weiter sagt er daselbst: „Um meinen Kredit und Ruf als Geschäftsmann zu sichern, führte ich nicht allein ein wirklich tätiges und mäßiges Leben, sondern hütete mich auch vor jedem Schein des Gegenteils. Ich kleidete mich einfach und wurde nie an einem öffentlichen Vergnügungsorte gesehen, fischte und jagte nicht. Höchstens hielt mich dann und wann ein Buch von der Arbeit ab, aber doch nur selten, und dann geschah es so heimlich, daß kein Anstoß dadurch erregt wurde. Und um zu zeigen, daß ich mich nicht über meinen Stand dünke, fuhr ich bisweilen das vom Kaufmann erhandelte Papier selbst in einem Schiebkarren nach Hause. So erhielt ich den Ruf eines fleißigen, strebsamen und in seinen Zahlungen sehr pünktlichen jungen Mannes."

Um diese Zeit faßte Franklin auch Heiratspläne. Seine Versuche, als smarter Amerikaner eine Geldheirat zu machen, schlugen fehl; er kehrte darauf zu seiner Jugendgeliebten zurück, mit der er sich vor seiner Abreise nach England verlobt hatte, die aber bereits mit einem anderen verheiratet war, als er zurückkam. Da ihr Gatte sie aber verlassen hatte, nahm sie Franklins erneute Werbungen an und heiratete ihn 1730. Sie erwies sich ihm als eine gute Gefährtin und im Geschäft sehr nützlich. Aus dieser Zeit stammt auch ein Schema, wonach Franklin seine Zeit einteilte. Interessant ist es, daß er nach diesem Schema zu der eigentlichen Erwerbsarbeit acht Stunden täglich brauchte. Einen Teil seiner Mußezeit verwendete er zu Sprachstudien.

Allmählich fing Franklin an, sich auch am öffentlichen Leben der Kolonie zu beteiligen. Er gab Anregungen zu verschiedenen gemeinnützigen Einrichtungen, die sich aufs beste bewährten und ihm viele Ehren eintrugen. Hervorzuheben ist die schlaue Art, wie er seine Ideen zu propagieren und, wenn es ihm nützlich erschien, andere Personen vorzuschieben verstand, unbekümmert darum, daß die eine oder andere von diesen zu Ehren gelangte, die eigentlich ihm gebührten. Er wußte, daß er selber dabei durchaus nicht zu kurz kam. Sein Geschäft wurde immer einträglicher, so daß er um das Jahr 1749 in der Lage war, sich ganz daraus zurückzuziehen und es gegen einen Anteil vom Gewinn einem vier Jahre vorher angenommenen Kompagnon überlassen zu können.

Franklin konnte sich nun unbekümmert um geschäftliche Rücksichten öffentlich betätigen. Er tat dies auch in der vielseitigsten Weise und bekleidete eine ganze Anzahl von öffentlichen Ehrenämtern. Diese umfangreiche Tätigkeit hielt ihn aber nicht ab, sein Interesse den Wissenschaften zuzuwenden. Besonders war es die damals noch in den Kinderschuhen steckende Elektrizitätslehre, die ihm Interesse einflößte. Franklin stand auf der Seite der Unitarier, das heißt derer, die annehmen, daß in jedem Körper eine bestimmte Menge eines „elektrischen Fluidums" vorhanden sein muß. Ein Überschuß dieses Fluidums ruft den positiv-elektrischen Zustand und ein Mangel den negativ-elektrischen hervor. Dieser Ansicht der Unitarier stand die der Dualisten gegenüber, die an zwei verschiedene elektrische Fluida glaubten. Die Dualisten behielten lange die Oberhand, bis man auf Grund neuerer Forschungen auch deren Theorie ins alte Eisen geworfen hat. Franklins Theorie hat nur mehr historischen Wert, aber sein Bestreben, das Erforschte praktisch anzuwenden, führte ihn zu einem der höchsten Triumphe des Menschengeistes, zur Erfindung des Blitzableiters, der im wesentlichen heute noch in der Form ausgeführt wird, die Franklin ihm gegeben hat.

Franklin erntete für seine Forschungen und Experimente großen wissenschaftlichen Ruhm. Die königliche Gesellschaft ernannte ihn zu ihrem Mitglied und verlieh ihm 1753 ihre goldene Medaille. In demselben Jahre wurde er zum Generalpostmeister aller nordamerikanischen Kolonien ernannt. Während des Krieges zwischen England und Frankreich um den Besitz der nordamerikanischen Kolonien betätigte Franklin sich auch militärisch. Diese Tätigkeit dauerte jedoch nicht lange. Er wurde bald zurückberufen, da man ihn in der Politik besser verwenden konnte. Zu diesem Zwecke machte er noch zwei Reisen nach England. Besonders wichtig war Franklins politische Tätigkeit, als die Kolonien 1776 ihre Unabhängigkeit von England erklärten und es infolgedessen zum Kriege kam. Trotz seines Alters von 70 Jahren unterzog Franklin sich den damals nicht geringen Unbequemlichkeiten einer vierten Reise über den Ozean, um Frankreich zum Verbündeten gegen England zu gewinnen.

Die folgenden acht Jahre seines Lebens spielten sich in Paris ab, wo er am Hofe Ludwig XVI. die Geschäfte der im Kampfe mit England befindlichen Kolonien führte. Franklin und seine Gefährten erregten in der verweichlichten, von Luxus übersättigten Pariser Gesellschaft wegen ihrer großen Einfachheit ungeheures Aufsehen; man empfand ihren Gegensatz zu dem verrotteten Wesen der französischen Lebewelt sehr wohltuend und verglich ihr Wesen und Auftreten mit dem der Römer aus den Zeiten Catos. Besonders Franklin wurde enthusiastisch gefeiert. Er wußte den günstigen Eindruck, den er hervorgerufen hatte, in wahrhaft raffinierter Weise zugunsten seiner Auftraggeber auszunutzen. Er machte alle ihm zu Ehren veranstalteten Festlichkeiten mit, obwohl er im Stillen oft genug über die überschwänglichen Huldigungen gespottet und obwohl ihm bei der mitunter verzweifelten Lage der Kolonien zuweilen die Lust dazu gefehlt haben mag. Es gelang ihm endlich, ein Bündnis mit Frankreich abzuschließen. Als sich dann das Geschick zugunsten der Kolonien wendete, war es wieder Franklin, der mit England die Friedensverhandlungen führen mußte, in denen die Unabhängigkeit der Kolonien anerkannt wurde. Nach dem 1783 erfolgten Friedensschluß blieb er noch bis 1785 in Europa, um mit verschiedenen Mächten Verträge abzuschließen.

Als fast achtzigjähriger Greis kehrte Franklin nach Amerika zurück, wo er mit den höchsten Ehren empfangen wurde. Einstimmig wurde er darauf drei Jahre nacheinander zum Gouverneur des Staates Pennsylvanien gewählt, bis ihn Alter und Krankheit nötigten, sich 1788 vom öffentlichen Leben zurückzuziehen. Noch kurz vor seinem Tode, der am 17. April 1790 eintrat, unterzeichnete er als Vorsitzender eines Vereins zur Abschaffung der Sklaverei eine Denkschrift an den Kongreß.

So verlief das Leben eines der erfolgreichsten Menschen, die je gelebt haben. Von sich selber sagte Franklin: „Ich war in Wirklichkeit nicht demütig und bescheiden, aber ich tat wenigstens so." Wir haben uns hier — namentlich im letzten Teile — reichlich kurz fassen müssen. Wer mehr zu erfahren wünscht, möge sich seine immer noch lesenswerte Selbstbiographie (Reclams Universalbibliothek 2247, 2248, Preis 40 Pf.) anschaffen. Leider reichen seine Aufzeichnungen aber nur bis zu seiner zweiten Reise nach England.

Franklin, ein Kind seiner Zeit, hat mächtig in seine Zeit eingegriffen. Wir dürfen annehmen, daß man sich seiner noch mit Dankbarkeit erinnern wird, wenn der Glanz unserer heutigen Machthaber und „Helden" längst verblaßt ist.

machen. Das Schiff ist für die Fahrt an den Küsten Patagoniens bestimmt. Es handelte sich darum, den Bau in so kurzer Zeit zu vollenden, damit die nächste Fahrsaison noch ausgenutzt werden kann. Freilich konnte die Werft nur aus dem Grunde die Verpflichtung eingehen, in reichlich drei Monaten einen Dampfer von nahezu 4000 Tons Wasserverdrängung vom Kiel bis zum Flaggenknopf fertigzustellen, daß ihr eine Arbeiterschaft zu Gebote steht, die sich bei einer so unerhörten Antreiberei größtenteils damit begnügt, die Faust in der Tasche zu ballen. Von Kopenhagener Reedereien hat die Werft Aufträge auf zwei Dampfer von je 4000 Tons und vier Dampfer von je 2050 Tons erhalten. — Auf der Kaiserlichen Werft ist am 14. November der kleine Kreuzer „Ersatz Meteor" vom Stapel gelaufen. — Die kleine Werft von Stocks & Kolbe hat von der neugegründeten Hafenrundfahrt-Aktiengesellschaft in Kiel einen Auftrag auf drei Hafendampfer erhalten, die je 200 Personen fassen können. Der Baupreis pro Dampfer beträgt 50000 Mk.

Bei Henry Koch in Lübeck lief der für die Firma Ed. Blumenfeld in Hamburg erbaute Dampfer „Helene Blumenfeld" vom Stapel. Das speziell für den Kohlentransport bestimmte Schiff hat 2600 Tons Tragfähigkeit und wird mit den neuesten Einrichtungen zum Laden und Löschen versehen, die es ermöglichen sollen, in der kurzen Zeit von acht Stunden die ganze Ladung zu löschen. Die Werft tritt an den Lübecker Staat einen Teil ihres Terrains ab, der zu Hafenanlagen für den Verkehr auf dem Elbe-Travekanal benutzt werden soll und erhält dafür ein anderes Terrain, das der Werft die Möglichkeit bietet, die Hellinge zu vergrößern und somit größere Schiffe bauen zu können als bisher.

Bei Rüscke & Co. in Stettin wurden die Dampfer „Gladiator" und „Martha" fertig. Die Werft verteilte nach Abschluß des Geschäftsjahres eine Dividende von 3 Prozent. Außerdem ist ein großer Teil der Einrichtungen modernisiert worden. — Die Oderwerke haben den von der Hamburger Reederei L. F. Mathies & Co. bestellten Frachtdampfer „Rudolf" (Tragfähigkeit 1125 Tons) abgeliefert. Bestellt sind bei dieser Werft je ein Dampfer von 3200 und 2100 Tons. — Auf der Vulkan-Werft lief der für die Hamburg-Amerika-Linie bestimmte Dampfer „Navarra" vom Stapel. Bestellt ist vom Reichs-Marine-Amt der kleine Kreuzer „Ersatz-Wacht". Das Schiff soll mit Turbinen ausgerüstet werden.

Bei Johanssen & Co. in Danzig sind in letzter Zeit an Aufträgen eingegangen: vier Dampflogger für die Heringsfischerei-Aktiengesellschaft in Leer und ein Schlepp- und Eisbrechdampfer für die Hafenverwaltung von Aarhus. Die Werft ist für das Jahr 1906 vollständig mit Aufträgen versehen. — Auf der Werft von F. W. Klawitter sind die Spuren des Schadenfeuers vom vergangenen Sommer beseitigt, so daß der Vollbetrieb mit modernen Einrichtungen wieder aufgenommen werden konnte.

Die Firma Ewald Berninghaus in Duisburg lieferte den Reedschleppdampfer „Hugo Stinnes I" ab. Bei diesem Schiff waren besondere Bedingungen zu erfüllen. Es sollte bei möglichst geringem Tiefgang imstande sein, einen Schleppzug von 5000 Tons in fünf Schleppkähnen innerhalb 17 Stunden von der Hochfelder Brücke nach der Kölner Brücke zu schleppen. Um dieser Aufgabe genügen zu können, war es notwendig, den Dampfer mit einer Maschine von 1300 bis 1400 Pferdestärken auszurüsten. Dabei wurde von den bisher für solche Kräfte gebräuchlichen Dreizylindermaschinen abgegangen und die Maschine als schrägliegende, zweizylindrige Heißdampfverbundmaschine konstruiert. Die bisherigen Schleppreisen haben ergeben, daß der Dampfer die an ihn gestellten Anforderungen erfüllt.

Zum erstenmal ist auf einer hessischen Werft ein Dampfer erbaut worden. Die Firma Christoph Ruthof in Kastel bei Mainz hat für die Aktiengesellschaft für Handel und Schiffahrt H. A. Disch in Mainz den Reedschleppdampfer „Eleonore, Großherzogin von Hessen und bei Rhein" fertiggestellt. Die Bedingungen waren: Schleppfähigkeit von 5000 Tons in vier Kähnen innerhalb 18 Stunden von Hochfeld bis Köln bei einem Kohlenverbrauch von 17 Zentnern in der Stunde. Die Maschinenanlage ist von Escher, Wyß & Co. in Zürich geliefert worden.

Die Firma H. Panckisch in Landsberg a. W. hat den für den Zektow-Kanal bestimmten Doppelschraubenschleppdampfer „Müggel" abgeliefert. Die Maschinen leisten bis zu 120 Pferdestärken. Der Dampfer wird mit Teeröl geheizt.

* * *

Am 23. und 24. November v. J. tagte in Berlin die 7. Hauptversammlung der Schiffbautechnischen Gesellschaft. Die Tagesordnung enthielt verschiedene interessante Punkte. Professor Kübler aus Dresden sprach über die vermeintlichen Gefahren elektrischer Anlagen. Der Redner führte aus, daß man allgemein sich dessen wenig bewußt sei, was gefährlich ist und was nicht. In Deutschland passieren jährlich 27000 Unfälle durch Fallen von Treppen u. s. w. und 14000 infolge Überfahren durch gewöhnliche Fuhrwerke. Wenn davon in der Öffentlichkeit nicht mehr gesprochen wird, so liegt das lediglich daran, daß diese Unfälle des sensationellen Reizes entbehren. Nach diesen Zahlen verschwinden völlig die paar Unfälle durch Berührung elektrischer Leitungen, zumal bei diesen nur ein einzelner Mensch zu Schaden kommt, niemals aber, wie etwa bei Explosionen, gleich alle im Wirkungskreis befindlichen. Die Gefahr bei der Berührung elektrischer Leitungen ist übrigens auch nur eine mögliche, aber keine unbedingte. Selbstverständlich muß trotzdem dafür gesorgt werden, daß auch diese mögliche Gefahr ausgeschlossen wird. Was die Feuergefährlichkeit anbelangt, so haben die Statistiken der Feuerversicherungsgesellschaften bewiesen, daß auch diese lange nicht so hoch ist, wie mancher annimmt. Dr. Wagner aus Stettin sprach über die auf dem „Vulkan" angestellten Versuche mit verschiedenen Arten von Schiffschrauben. Es handelte sich bei diesen Versuchen darum, zu ermitteln, auf welche Weise man den Kraftverlust an der Schiffschraube so weit wie möglich reduzieren kann. Das Bestreben, die Geschwindigkeit der Schiffe immer höher zu steigern, führt eben dazu, jeden erreichbaren Vorteil auszunutzen. Professor Laas aus Berlin sprach über die Messung der Meereswellen. Der Redner führte Photogramme von Meereswellen vor, die er mit einer besonders konstruierten Stereo-Kamera aufgenommen hat und die dann mittels eines Zeißschen Stereokomparators genau ausgemessen worden sind. Die praktische Bedeutung der Frage liegt darin, daß die Gesetze der Wellenbewegung die Grundlage bilden für wichtige Probleme des Schiffbaues, für das Schlingern, das Stampfen und die Stabilität. Vom wirtschaftlichen Interesse war der Vortrag, den der Generalsekretär des Deutschen Vereins zur Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt, Sympher a. T. Jagorzy aus Berlin über Binnenschiffahrt und Seeschiffahrt hielt. Der Redner stellte folgende Thesen auf: A. Für die See- und Binnenschiffahrt: 1. weiterer Ausbau des Zahlenwesens; 2. weitere Vervollkommnung der Häfen- und Umschlageeinrichtungen für den Umschlag von Seeschiff, Binnenschiff und Eisenbahn untereinander; 3. vorsichtige Bemessung der ihnen auferlegten Abgaben; 4. vorsichtige Prüfung der zulässigen Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit durch sozialpolitische Maßnahmen, und 5. Bemühung der Landesregierung durch die Maßnahmen der Eisenbahnen. B. Für die Binnenschiffahrt im besonderen: 1. eine Gleichstellung mit der Seeschiffahrt in bezug auf finanzielle Unterstützungen und steuerliche Anforderungen, und 2. eine Gleichstellung mit den Seeplätzen und Eisenbahnstationen in bezug auf die Gültigkeit der Ausnahmetarife." Im großen und ganzen wird man dem Redner zustimmen können, ausgenommen die Forderung A 4, woraus die Angst spricht, daß die dringend nötige Verbesserung des Arbeiterschutzes in der Schiffahrt den Schiffsreedern ein wenig den Profit kürzen könnte. Dabei herrschen auf vielen Schiffen noch ganz haarsträubende Zustände.

* * *

Dem Hamburger Echo entnehmen wir folgenden Auszug aus dem Jahresbericht der Hamburger Handelskammer:

„Die Schiffbauindustrie hat auch noch im vergangenen Jahre unter der Depression zu leiden gehabt, von der die Reederei in den Vorjahren betroffen war. Soweit die Werften mit Neubauten beschäftigt waren, konnten für diese nur wenig lohnende Preise erzielt werden. Im Laufe des Jahres hat eine regere Beschäftigung wieder eingesetzt, die hoffentlich von Bestand bleibt. Ganz besonders unangenehm hat sich im Schiffbau — so heißt es in dem Bericht — der Mangel an brauchbaren Arbeitern, vornehmlich an Eisenschiffbauern, sowie die besonders bei jüngeren Leuten beobachtete Wanderlust bemerkbar gemacht. Für die hiesige Schiffbauindustrie sind von besonderer Bedeutung die Vergrößerung der Werft von Blohm & Voß, die in einer beträchtlichen Ausdehnung der Gesamtanlagen, sowie in dem Bau eines gigantischen Schwimmdocks von über 35000 Tonnen Tragfähigkeit bestehen wird, und der Beschluß des Stettiner „Vulkan", eine umfangreiche Filiale in Hamburg zu errichten. Durch diese Neuanlagen wird Hamburg sich seinem Rang als bedeutendster deutscher Schiffbauplatz erhalten, vorausgesetzt, daß es gelingt, genügend Arbeitskräfte zu angemessenen Löhnen (?) heranzubilden. Die Kriegsmarine wird sich im Ernstfall in noch größerem Maße als bisher der hiesigen Werften und Docks als zuverlässiger Basis für Reparaturzwecke bedienen können, und es bleibt zu hoffen, daß diese großen Erweiterungen dazu beitragen, sowohl für die Kriegs- als auch für die Handelsmarine Aufträge für Neubauten in erhöhtem Maße nach Hamburg zu ziehen."

Unsere Kollegen an der Waterkant werden sich zu diesem Getute schon selber einen Vers machen können. Es spricht nur die Angst daraus, daß die Arbeiter sich die Konjunktur zunutze machen werden, um auch etwas für sich herauszuschlagen. Der „Mangel an brauchbaren Arbeitern" und die „Wanderlust" haben einzig und allein ihre Ursachen in den miserablen Arbeitsverhältnissen auf den meisten Werften.

Zur Verhandlungsfrage.

Unter dieser Überschrift berichtet die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung in ihrer Nr. 53 vom 31. Dezember 1905:

„In Sachen der Verhandlungsfrage hat der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller eingehend beraten. Das Ergebnis dieser Beratung bildet die Versendung eines Rundschreibens an die Bezirksverbände des Gesamtverbandes, das wir hiermit zum Abdruck gelangen lassen:

Die sogenannte Verhandlungsfrage hat den Vorstand in mehreren Sitzungen beschäftigt und hat sich aus den Beratungen ergeben, daß über diese Frage sowohl im ganzen Gesamtverband, wie auch in einzelnen Bezirksverbänden, starke Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind.

Von den beiden äußersten Richtungen will die eine grundsätzlich nur Verhandlungen zwischen dem einzelnen Arbeitgeber und dem einzelnen Arbeiter zulassen, während die andere grundsätzlich Verhandlung zwischen Arbeitgeberorganisationen und Arbeiterorganisationen bevorzugt. Dazwischen stehen eine Reihe von Meinungen, welche teils der einen, teils der anderen äußersten Richtung nahestehen.

Der Gesamtverband muß unter diesen Umständen alle aufgetretenen Meinungen als gleichberechtigt ansehen und es den Bezirksverbänden überlassen, in welcher Form sie verhandeln wollen.

Für den Gesamtverband ist aber wichtig zu erfahren, wie die Bezirksverbände tatsächlich verhandelt haben in Fällen, wo Forderungen der Arbeiter an die einzelnen Firmen oder an die Bezirksverbände herangetreten sind. Es handelt sich dabei nicht um Forderungen einzelner Arbeiter, noch um Forderungen einzelner Gruppen von Arbeitern um eine Lohnaufbesserung, welche von vornherein im guten Verhältnis zum Arbeitgeber gestellt worden sind, sondern um Forderungen, mit welchen eine Streikandrohung offen oder versteckt verbunden war.

Über Verhandlungen, welche durch Streiks oder Aussperrungen hervorgerufen worden sind, ist ebenfalls zu berichten.

Der Gesamtverband ersucht die Bezirksverbände, über die gepflogenen Verhandlungen in der Weise zu berichten, daß gesagt wird, unter welchen Formen die Verhandlungen stattgefunden haben.

Hierbei sind alle Erörterungen über die prinzipielle Stellung des Bezirksverbandes zur Verhandlungsfrage tunlichst zu unterlassen, auch über die Streikfrage ist kein eingehender Bericht zu geben, dagegen ist aber über die Form, in welcher verhandelt worden ist, ein ganz ausführlicher Tatsachenbericht zu erstatten. Der Bericht wird für Anfang Januar 1906 erbeten, und zwar wird um einen Bericht über die innerhalb des Bezirksverbandes im Jahre 1905 vorgekommenen Verhandlungen ersucht.

Es ist in Aussicht genommen, ebenfalls diese Berichte alljährlich auf neue zu erbitten!

Die für das Jahr 1905 eingehenden Berichte werden in der ersten Ausschußsitzung des Jahres 1906 durch ein Referat zur Kenntnis des Ausschusses gebracht werden, eine Drucklegung der Berichte und des Referats ist aber nicht in Aussicht genommen."

Dieses Rundschreiben des Metallindustriellenverbandes läßt wirklich nicht „tief blicken". Wir ersehen daraus mit Genugtuung, daß man in den Kreisen der Metallindustriellen der Gewaltpolitik doch nicht mehr so allgemein huldigt. Auch wissen die organisierten Metallarbeiter nun endlich, an welche Stelle der Unternehmerorganisation sie sich bei Differenzen zu wenden haben. Bisher war die Praxis des Metallindustriellenverbandes die, die Vertreter der Arbeiter von Pontius zu Pilatus und umgekehrt zu schicken, mit anderen Worten: Der Gesamtverband in Berlin verwies sie an die Bezirksverbände, die Bezirksverbände verwiesen sie an den Gesamtverband. Nun geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die meisten Bezirksverbände sich gegen die bisherige Praxis des Gesamtverbandes: mit den Arbeiterorganisationen nicht zu verhandeln, ausgesprochen haben. Es wird sich nun auch bald herausstellen, welche Bezirksverbände auf dem bisher vom Gesamtverband eingenommenen Standpunkt zu verharren gedenken. Bedauerlich ist es, daß die Berichte der Bezirksverbände und das Referat darüber der Öffentlichkeit vorenthalten werden sollen. Hat nun an leitender Stelle wohl gar besondere Gründe zur Geheimhaltung? Weiß man vielleicht schon, daß die Bezirksverbände, die zu den Forderungen der Arbeiter einen entgegenkommenden Standpunkt eingenommen haben, über günstigere Resultate zu berichten haben werden als die unentwegten Scharfmacher?

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt daß mit Sonntag dem 14. Januar der **3. Wochenbeitrag** für die Zeit vom **14. bis 20. Januar** 1906 fällig ist.

* * *

Von dem **Inhaltsverzeichnis** der Metallarbeiter-Zeitung, Jahrgang 1905, werden den Verwaltungsstellen demnächst je zwei Exemplare für ihre Bibliotheken zugestellt.

Die Verbandsmitglieder, die ein Inhaltsverzeichnis wünschen, ersuchen wir, dies sofort bei ihrem Bevollmächtigten zu melden. Letztere ersuchen wir, bis spätestens **23. Januar 1906** die benötigte Zahl von Exemplaren bei uns zu bestellen.

* * *

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Einzelmitgliedschaft in **Kronenberg** pro Woche 5 Pf.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

* * *

Ausgeschlossen aus dem Verband werden, nach § 3 Abs. 8 a des Statuts:

Auf Antrag der Einzelmitglieder in **Leipzig:**

Der Schlosser Friedrich Ernst Schlegel, geb. am 2. September 1887 zu Knautkleeberg, Buch-Nr. 716590, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Nürnberg:**

Der Schmied Adam Eiselein, geb. am 11. Juli 1863 zu Hopferstadt, Buch-Nr. 16625, wegen unkollegialem Verhalten.

* * *

Nicht wieder aufgenommen werden darf:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Berlin:**

Der Schlosser Joseph Böhm aus Spandau, wegen unkollegialem Verhalten;

die Arbeiterin Martha Ratzlaff, geb. am 11. Januar 1862 zu Danzig, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Durlach:**

Der Maschinenformer Karl Huck aus Jöhlingen, wegen unkollegialem Verhalten.

Wieder aufgenommen wird:

Der Schleifer Heinrich Gruß in Velbert.

* * *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluß aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Aachen:**

Der Schornsteinfeger Ernst Peuckert, geb. am 30. Mai 1869 zu Schiblow, Buch-Nr. 449348, wegen Mitnahme eines wertvollen Buches aus der dortigen Bibliothek.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Dortmund:**

Der Metallarbeiter Friedrich Loos, geb. am 22. Oktober 1874 zu Wanne, Buch-Nr. 768221, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken und Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Potsdam:**

Der Dreher Karl Müller, geb. am 15. April 1881 zu Hamburg, Buch-Nr. 635327, wegen Denunziation von Verbandskollegen und unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Stuttgart:**

der Mechaniker Hermann Hinderberger, geb. am 15. Juli 1878 zu München, wegen unkollegialem Verhalten.

* * *

Alle für den Verband bestimmten **Geldsendungen** sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Straße 16 b

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Dezember 1905 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Von: Aachen Mk. 1200. Altenburg 2000. Altötting 80. Altwasser 320. Arheilgen 5. Artern 100. Aschersleben 300. Aue 3300. Augsburg 3000. Barmen-Elberfeld 7500. Bergedorf 400. Berlin 76377,05. Bernburg 500. Biberach 100. Bieber 370. Bielefeld 15300. Bissingen-Bietigheim 200. Blankenburg 200. Bochum 1000. Bockwitz 120. Brandenburg 2000. Braunschweig 6000. Bremen 6000. Bremerhaven 2200. Breslau 3500. Bürgel 400. Burg 400. Burgstädt 404. Chemnitz 10000. Crimmitschau 400. Danzig 200. Darmstadt 1000. Dassel 100. Dessau 700. Dietzenbach 402,70. Differdingen 600. Döbeln 600. Dortmund 500. Dresden 20000. Dülken 80. Düsseldorf 7800. Durlach 1400. Düren 50. Edigheim-Oppau 323,40. Eilenburg 250. Eisenach 1200. Elbing 550. Elmshorn 200. Elsterwerda 100. Emden 720. Erfurt, Allgemeine 1600, Klempner 467,06. Erbach 200. Erlangen 400. Esch 155,70. Essen 6000. Eßlingen 2500. Fechenheim 350. Feuerbach 900. Flensburg 1600. Frankenberg 200. Frankenthal 1200. Frankfurt a. M. 12000. Frankfurt a. O. 300. Freiburg i. B. 350. Freiburg i. Schl. 350. Fürstenwalde 600. Fürth 1956,20. Furtwangen 100. Gassen 350. Gelsenkirchen 400. Gera 1500. Gevelsberg 1000. Gießen 300. Glauchau 350. Gleiwitz 58. Gmünd 1100. Goldlauter 195,50. Golzern 134. Göppingen 800. Gotha 600. Greiz 200. Groitzsch 100. Größschönau 150. Grießheim 100. Hagen 1600. Hainichen 100. Halle 4900. Hamburg 15000. Hamm 150. Hanau 500. Hannover 10000. Harburg 1300. Harzgerode 400. Heidelberg 600. Helmstedt 100. Hennigsdorf 150. Hildesheim 700. Hirschberg 100. Höchst 400. Ingolstadt 200. Iserlohn 500. Jever 100. Jena Allg. 500. Mechaniker 500. Kaiserslautern 800. Karlsruhe 4000. Kassel 3700. Kattowitz 100. Kelsterbach 180. Kiel 5000. Kirchheim 32,40. Koblenz 140. Kolmar 200. Köln 7250. Königsberg 1200. Königshütte 230. Konstanz 200. Köslin 200. Kottbus 350. Krefeld 200. Kronenberg, Schleifer 150. Kulmbach 100. Lägerdorf 100. Landrecht 300. Landshut 150. Langenberg 136,30. Lauf 300. Leer 350. Leipzig 11100. Leisnig 200. Liegnitz 450. Limbach 400. Löbau 130. Lörrach 100. Lübeck 1600. Luckenwalde 1500. Lüdenscheid 300. Ludwigshafen 500. Lugau 200. Luxemburg 150. Magdeburg 20000. Mainz 2400. Mannheim 7000. Marburg 100. Markranstädt 852,33. Martinkamitz 250. Meerane 200. Meißen 3000. Merseburg 1100. Metzingen 126,58. Mittweida 100. Mögeldorf 542,50. Mügeln 200. Mühlhausen i. Th. 1000. Mühlheim a. M. 910. Mühlhof 317,32. München 12000. Münster 200. Mundenheim 300. Naumburg 100. Neckargartach 180. Neckarsulm 450. Neugersdorf 420. Neumarkt 100. Neumünster 230. Neusalz 100. Neustadt i. S. 165. Neustadt i. Schwarzw. 120,70. Norden 300. Nordenham 150. Northeim 200. Nauroth Neuendorf 1000. Nürnberg Allg. 40000. Feingoldschläger 1065,52. Flaschner 2223,74. Obernissel 200. Olsnitz 150. Offenbach 2300. Oggersheim 250. Ohrdruff 100. Olbernhau 144,40. Oschatz 100. Osterholz-Scharmbeck 200. Osterode 200. Osterwieck 55. Penig 400. Pforzheim 1000. Pfungstadt 200. Pirmasens 500. Plauen 800. Posen 300. Potsdam 400. Quedlinburg 300. Radolfzell

zell 198,96. Rastenburg 60. Rathenow 600. Ratingen 150. Ravensburg 100. Reichenbach 500. Reichenhain 600. Remscheid 800. Rendsburg 400. Reppen 50. Reutlingen 600. Riesa 325. Rosenheim 100. Roßlau 400. Roßwein 350. Rostock 600. Roth 150. Rudolstadt 100. Saalfeld 1300. Salzungen 40. Sangerhausen 200. Siegen 60. Siegmar 600. Solingen 2369,89. Suhl und Umgegend 600. Swinemünde 30. Schmiedeberg i. S. 919,25. Schmölln 100. Schönebeck 1200. Schramberg 700. Schweidnitz 200. Schweinfurt 300. Schwenningen 500. Schwiebus 200. Straßburg 800. Straubing 170. Striegau 16,92. Stuttgart 5500. Tilsit 324,75. Tönning 600. Torgau 67. Torgelow 600. Triberg 250. Trossingen 111,50. Tuttlingen 300. Ulm 600. Vegesack 2000. Velbert 3000. Veitschau 100. Villingen 108,80. Waltershausen 100. Warstein 200. Weißenfels 200. Werder 200. Wiesbaden 800. Wilhelmshaven 1800. Wittenberg 200. Wittenberge 350. Wolgast 131,90. Wriezen 90. Würzburg 300. Wurzen 300. Zeitz 400. Zerbst 208,30. Zittau 200. Zorge 400. Zussenhausen 742,72. Zweibrücken 300. Zwickau 2000. Zwötzen 200. Einzelmitglieder der Hauptkasse 520. Überwiesen vom übergetretenen Fachverein der Goldarbeiter in Hanau 6498,61. Vom übergetretenen Werkarbeiter-Verband 5466,46. Für Goldarbeiterstatistiken 109,90. Jahrbücher 372,60. Feilenhauerstatistiken 56,25. Formerstatistiken 41,92. Protokolle der Formerkonferenz 435. Protokolle der VII. Generalversammlung 895,71. Verlagswerke 319,35. Zurückbezahlte Schuld von Reimann, Altwasser 30. P. Schwarz, Freiburg 21. Przybilla, Jauer 48,40. W. Birsner, Konstanz 5. P. Arlt, Schweidnitz 3,50. A. Julius, Perleberg 25. Zinsen von Darlehen 190. Sonstige Einnahmen 45,80.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch **dringend gebeten**, vorstehende Quittung **genau zu prüfen**, und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

von Drahtziehern nach Sinn bei Wetzlar (Neuhoffnungshütte) D.;
von Drehern, Formern und **Schlossern** nach Norden D.;
von Drehern, Drückern, Gießern, Gürtlern, Monteuren, Schleifern und **Ziseleuren** nach Turg-Vogelsang, Kanton Argau, Schweiz (Firma Egloff & Cie.) D.;
von Drehern, Gießern, Gürtlern, Polierern, Schleifern und **Ziseleuren** nach Zürich und Hochdorf, Schweiz (Firma Stranich) M.;
von Formern, Eisengießereiarbeitern und **Kernmachern** nach Erfurt (Schumann & Küchler) M.; nach Osnabrück (H. W. Ortmann); nach Tangermünde (Hermann Bensing & Co.) St.; nach Wittenberge (R. Kirchner) St.;
von Graveuren nach Stuttgart (Vereinszeichen und Prägeanstalt Schwerdt, Inh. W. Volk) D.;
von Gürtlern, Drückern, Schleifern und **Stanzern** nach Erfurt-Ilversgehofen (Lampenfabrik Töbelmann & Grimm) Mi.; nach Oberursel (Thüringer Metallwarenfabrik);
von Klempnern, Blechemballagearbeitern und **-Arbeiterinnen** nach Braunschweig (Unger u. S. & Runge) M.; nach Stuttgart (Gasmesserfabrik Braun & Co.) St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Bautzen (Firma Butter) St.; nach Basel, Schweiz (besonders Maschinenfabrik Mertz) St.; nach Brugg, Kanton Aarau, Schweiz (Maschinenfabrik Müller & Co.); nach Oberstein a. N. (Firma H. Hammel) D.; nach Rellinghausen b. Essen (Firma R. W. Dinnendahl, Aktiengesellschaft) M.; nach Rostock (Neptun-Werft); nach Schwenningen (Reinhard & Maier, Maschinenfabrik) D.; nach Solingen; nach St. Blaise, Schweiz, (Automobilfabrik A.-G. vormals Martini & Co.); nach Thun, Schweiz (Metallwerke Selve) St.; nach Töß bei Winterthur (Maschinenfabrik Rieder & Co.); nach Werdau D.; nach Wetter a. d. R. (Gußstahlwerk Schulte) Mi.; nach Wismar (Maschinenfabrik Raulf & Sohn) A.; nach Zwickau (Firma Ditter) M.;
von Schlägereiarbeitern nach Solingen St.;
von Schlossern nach Spremberg (Reparaturschlosser) D.; nach Stuttgart (Kunst- und Bauschlosserei von Stäbler) D.; nach Zürich (Firmen Kassen-Bauer, Kassen-Schwyzer, Schäppi-Schweizer und Pünter & Cie., Ofenfabrik);
von Ziseleuren nach Stuttgart (Hafis & Hahn) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **die überhaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streik in Aussicht: L.: Lohnbewegung: A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Villingen (Schwarzwald). Wir sehen uns veranlaßt, die Kollegen, die auf die Inserate der Firma Ad. Beck hin Arbeit nehmen wollen, von den Verhältnissen zu unterrichten. Genannte Werkstatt ist eine Jammerbude und ein Taubenschlag im wahrsten Sinne des Wortes. Trotzdem glaubt Herr Beck, daß bei ihm alles in bester Ordnung und nirgends eine bessere Bude anzutreffen sei. Daß dies jedoch nicht der Fall ist, beweist zur Genüge der stete Wechsel, denn kaum ist ein Kollege eingetreten, schüttelt er auch den Staub von den Füßen. Beck glaubt allerdings, daß dies reiner Übermut der Kollegen sei und es diesen viel zu gut gehe. Vor kurzem schrieb Beck einem Kollegen nach Küstrin und teilte ihm mit, daß bei ihm die Arbeiter jahrelang aushielten und sehr zufrieden seien. Bei dem Eintritt merkte jedoch der Kollege, daß die Sache sich nicht so verhielt. Obwohl der Kollege die Reisekosten aus seiner Tasche bezahlt hatte, kehrte er Villingen nach einigen Wochen wieder den Rücken. Auch der Tarif, den Herr Beck hat, ist sehr verbesserungsbedürftig. Wenn hie und da ein Kollege auch einen ordentlichen Wochenlohn verdiente, so war dies nur möglich, wenn er gehörig schuftete.

Former.

Hannover-Linden. Am 6. Januar stellten alle Former (26 Mann) bei Koch & Kassebaum die Arbeit. Grund: Akkordabzüge bis zu 30 Prozent.

Magdeburg. Der Ausstand bei Koch, Bantelmann & Paasch ist am Sonnabend vor Weihnachten beendet worden. Die Firma hat die Lohnforderungen der Ausständigen fast vollständig zugestanden und will auch Verbesserungen in sanitärer Beziehung schaffen. Diese Einsicht hätte schon früher eintreten können. Es bedurfte aber auch hier wieder des nachdrücklichsten Beweises dafür, daß die Arbeiterschaft es ablehnt, sich derart behandeln und bezahlen zu lassen, wie das von einzelnen Werkstatt- und Betriebsleitern immer noch versucht wird. Die Arbeit wurde von sämtlichen Beteiligten am 28. Dezember wieder aufgenommen. Hoffentlich ziehen andere Meister dieser Fabrik eine Lehre aus dem Verlauf dieses Konfliktes. Auch die Aussperrung bei G. Schulze ist beendet durch Wiedereinstellung der Leute am 2. Januar.

Offenbach a. M. Die Former und Gießereiarbeiter der Firma **Fredenhagen** (früher Seebaß) haben die Arbeit eingestellt. Zuzug ist fernzuhalten.

St. Georgen (bad. Schwarzwald). Die Differenzen in der Eisengießerei von Hölzle, Hakenjos & Cie. sind, wie im Nachtrag in Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung bereits mitgeteilt wurde, beigelegt. Die verhängte Sperre wird hiermit aufgehoben. Die Firma hat eingesehen, daß sie mit ihrem strikt ablehnenden Standpunkt gegenüber den berechtigten Wünschen der Arbeiter keinen Vorteil erzielt. Sie erklärte sich zu Unterhandlungen bereit und das Resultat derselben war folgender Vertrag: Vereinbarung zwischen der Firma Hölzle, Hakenjos & Cie., Eisengießerei in St. Georgen im Schwarzwald, und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. 1. Die über die Firma verhängte Sperre wird aufgehoben. 2. Die Firma verpflichtet sich, bei Vergebung von Akkordarbeiten den Preis mit den Arbeitern vor Inangriffnahme der Arbeit zu vereinbaren. Die Preise werden dermaßen festgesetzt, daß bei ordnungsgemäßer Arbeitsleistung Arbeiter unter 21 Jahren nicht unter 35 Pf., Arbeiter über 21 Jahren nicht unter 50 Pf. die Stunde verdienen. Die Preise von anzufertigenden Arbeiten werden mit Tinte in ein Verzeichnis eingetragen, das für jeden Arbeiter zur Einsicht beim Meister aufliegt. Eine Reduzierung der Preise ist nur auf Grund technischer Verbesserungen im gegenseitigen Einverständnis mit den Arbeitern zulässig. 3. Überstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden, müssen solche in dringenden Fällen geleistet werden, so erfolgt für die beteiligten Arbeiter ein Zuschlag von 25 Prozent. An den Gießtagen verspricht die Firma für möglichst pünktlichen Feierabend bedacht zu sein. 4. Bei Ausbruch von Differenzen verpflichten sich die beiden Parteien durch gegenseitige Verhandlungen eine gütliche Beilegung vorerst zu versuchen. 5. Diese Vereinbarung wird an sichtbarer Stelle in der Werkstätte ausgehängt. Für die Firma Hölzle, Hakenjos & Cie.: gez. Müller. Für den Deutschen Metallarbeiter-Verband: gez. K. Vorhölzer. — Gewiß ein schöner Erfolg für die Organisation. Er ist aber auch den Kollegen in den Gießereien der Umgegend zu empfehlen, für die Stärkung der Organisation ebenfalls bedacht zu sein, damit auch in diesen Buden Verhältnisse geschaffen werden können, die zeitgemäß sind. Auch die Uhrenarbeiter, hauptsächlich die von St. Georgen, sollen sich ein Beispiel daran nehmen und endlich einmal begreifen, daß nur durch eine starke und kräftige Organisation Vorteile errungen werden können. Denn auf dem Schwarzwald gilt das gleiche was überall gilt: solange sich die Arbeiter nicht selbst helfen, hilft ihnen niemand. Die Unternehmer haben nichts wie schöne Worte und Abzüge bereit für die Arbeiter, erst wenn sich die Kollegen organisieren, gewerkschaftlich und politisch zu denken und zu handeln anfangen, dürfen sie auf eine Besserung ihrer traurigen Lage hoffen. Deshalb, Arbeiter des Schwarzwaldes, aufgewacht, bringt Opfer, damit ihr ernten könnt.

Metallarbeiter.

Ahlen. Vor einigen Jahren wußte man hier von einer Firma Winkelmann & Pannhoff nichts zu erzählen. In einer Wohnstube eines alten Gebäudes in der Lükkenwegstraße wurde sie unter ärmlichen Verhältnissen geboren. Als man aber dazu überging, einige Arbeiter zu beschäftigen, hatten es diese in wenigen Jahren schon so weit gebracht, daß aus dem alten Wohnhaus ein neues wurde und hinter diesem ein Fabrikgebäude und Fabrikschornstein hervorragte. In diesem Betrieb bleibt nun viel zu wünschen übrig. Wascheinrichtungen und Schränke fehlen. Auch beklagen sich die Kollegen über Mangel an Werkzeug. Von der Firma steht ihnen ein Hammer, mehrere unbrauchbare und eine einzige brauchbare Planierrolle zur Verfügung. Das übrige Werkzeug ist Eigentum der Kollegen. Die Planierbänke sind alter Konstruktion und nicht wie in einem modernen Betrieb befestigt, sondern sie stehen lose auf dem Boden, so daß die Kollegen befürchten müssen, sie fallen ihnen auf die Beine. Die Arbeit wird in Akkord vergeben, der so gestellt ist, daß in elf Stunden täglich bei anstrengender Arbeit 2,50 Mk. bis 3 Mk. verdient werden. Nun hat die Firma einen Posten neuer Artikel anzufertigen und die Akkorde so gestellt, daß dabei nichts zu verdienen ist. Als einige Kollegen bei der Firma vorstellig wurden und erklärten, unter diesen Bedingungen nicht arbeiten zu können, versprach die Firma einen höheren Preis zu zahlen. Es wurde das Preisverzeichnis zwar geändert, jedoch so, daß von dem alten Akkord, bei dem bisher schon nichts zu verdienen war, abgezogen und auf die neuen Artikel zugelegt wurde. Daß damit die Kollegen nicht zufrieden sein konnten, ist selbstverständlich. Sie erklärten, unter diesen Bedingungen nicht arbeiten zu können. Es wurde ihnen darauf gesagt: „Dann werden wir einmal sehen, wer die größte Macht hat — und wer sie hat, der siegt.“ Am Löhnungstag wurde bekannt gemacht, daß mit der nächsten Löhnung die neuen Akkorde in Kraft treten. Darauf reichten sämtliche Kollegen die Kündigung ein. Herr Winkelmann meinte nun: „Es ist gut, daß der alte Morast einmal aus der Bude rauskommt.“ Und Herr Pannhoff meinte: „Sollen wir die Leute nicht gleich entlassen?“ Die Kollegen waren damit einverstanden, wenn ihnen für 14 Tage der Lohn ausbezahlt werde. Am nächsten Tage wußte Herr Winkelmann nicht, wer gekündigt hatte und fragte deshalb noch einmal an. Ganz erstaunt war er, daß alle Kollegen gekündigt hatten. Er war nun der Meinung, daß das wieder ein „Hetzer“ verschuldet haben muß. Er versuchte, mit einigen Kollegen Verhandlungen anzuknüpfen, aber sein Versuch scheiterte. Als ein Kollege an seiner losen Bank etwas in Ordnung bringen wollte, meinte Herr Winkelmann, ob er denn keine Lust mehr hätte zu arbeiten. Als ihm der Kollege antwortete: Unter solchen Umständen nicht, erwiderte Winkelmann, wenn er wolle, könne er gleich aufhören, ihm sei es gleich, wenn sie alle aufhörten. Als sich der Kollege nicht weiter unterhalten wollte und seiner Arbeit nachging, wurde er von Winkelmann nicht in Ruhe gelassen, sondern fortwährend in seiner Arbeit unterbrochen. „Was sind Sie nicht für eine Person, was nehmen Sie nicht für eine Statur ein; werfen Sie mir nicht die Brocken hin, sonst übergebe ich Sie dem Staatsanwalt, Sie haben Mißmut in meinem Betrieb verübt, die Leute haben Sie mir aufgehetzt. Die roten Brüder müssen alle raus, da wollen wir einmal sehen, ob der Fabrikantenverein nicht mehr Macht hat als der Metallarbeiter-Verband.“ Der Kollege fühlte sich in seiner Ehre verletzt, so daß er die Arbeit niederlegte. Seine Papiere wurden ihm gleich gegeben, aber kein Geld. Als der Kollege am nächsten Tage vorstellig wurde und nochmals seinen Lohn verlangte, wurde ihm gesagt: Wenn Löhnung sei, werde er seinen Lohn bekommen. Nun versuchte Herr Winkelmann mit dem Kollegen einen Kuhhandel einzugehen. „Sehen Sie, nun sind Sie doch der Dumme, alle arbeiten und Sie wollen aufhören. Ich habe immer zu Pannhoff gesagt: Sieh bloß mal den . . . . an, bei dem geht alles wie gedrechselt und geschmiert.“ Man wollte diesem Kollegen so etwas auf die Backe schmieren, aber er zog es vor, nicht mehr in dieser Quetschbude zu arbeiten. Der Firma Winkelmann & Pannhoff möchten wir erwidern, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband denn doch noch eine größere Macht hat als der Fabrikantenverein. Den Kollegen aber rufen wir zu, an der Organisation festzuhalten. Die Firma und kein Staatsanwalt ist in der Lage, die roten Brüder zu vertreiben. Darum haben sich schon ganz andere Leute vergeblich bemüht. Wir erinnern nur an Bismarck, der die roten Brüder mit eisernem Besen vertreiben wollte. Auch er hatte damit kein Glück.

Augsburg. (Aus der Praxis der christlichen Gewerkschaftsführer.) Die Christlichen haben vor wenigen Wochen überall Hetzversammlungen abgehalten, um angeblich die Angriffe gegen sie und ihre unfehlbaren Führer abweisen zu können. Auch unsere alte Augusta ist mit einer solchen Hetzversammlung traktiert worden. Die Apostel Bergmann und Schwarzer aus München haben bei dieser Gelegenheit in salbungsvollen Reden das Blaue vom Himmel heruntergeschwafelt. Es muß konstatiert werden, daß gerade hier in Augsburg zu einer solchen Versammlung auch nicht der mindeste Grund vorhanden war, daß kein Mensch gegen die Christlichen Vorwürfe erhoben hatte und daß die drei vorhandenen Organisationsrichtungen bei jeder größeren Frage zusammengearbeitet haben. Dies war vielleicht gerade den Organisationszersplitterern Bergmann und Schwarzer ein Dorn im Auge und daher die blinde Wut und das öde Hetzgeschrei in der Versammlung. Bergmann mußte zwar wegen eines anderen Zersplitterungsversuchs anläßlich der vorjährigen Aussperrung schon einmal schandvoll das Lokal verlassen, er durfte nicht mehr weiter reden, da der Masse der Anwesenden seine jesuitischen Zersplitterungsversuche nicht gefielen. Er ist also ohnehin auf Augsburg nicht gut zu sprechen. Da uns nun von dieser christlichen Seite der Kampf in der denkbar frivolsten Weise aufgezwungen wurde, müssen wir ihn aufnehmen, und deshalb werden wir uns einmal mit den Augsburger christlichen Helden befassen. Die famose Gründung der Augsburger Arbeitswilligen, der Werkverein, hat die Fähigkeiten und die Standhaftigkeit dreier famoser christlicher Führer in äußerst ekelerregender Weise dargetan. Die Neue Augsburger Zeitung, ein sehr frommes Zentrumsblatt, schreibt bei jeder Gelegenheit aus unseren Versammlungen u. s. w. in der ihr eigenen Bildung von „maßlosen Hetzreden“, „schwulstigen Phrasen“, „kindischer Selbstüberschätzung“, „wahrheitswidrigen Unsinn“ u. s. w., gewiß alles lauter harmlose Wörter, die durchaus anständig sind. Auch der kleine Kläffer, Der deutsche Metallarbeiter, wirft mit „Hetzapostel“ und „Phrasendrescher“ herum. Nun wollen wir einmal untersuchen, auf wen diese famosen Schmeichelnamen alle anwendbar sind. Am 25. November vorigen Jahres hielt das christliche Ortskartell eine Versammlung gegen die Gründung des Werkvereins ab und in dieser Versammlung ist geradezu großartig aufgetischt und geschrieen worden. Die Arbeitswilligen wurden „dumme, stupide, verächtliche Kerle“ genannt. Der zweite Vorsitzende des christlichen Transportarbeiter-Verbandes Osterhuber schrie wie ein Löwe in den schlecht besetzten Saal: „Die 100000 Mk. des Direktors sind doch nicht aus seinem Geldbeutel, sondern sie sind aus den Taschen der Arbeiter herausgestohlen. Es ist ein Diebstahl an dem verdienten Lohn der Arbeiter!“ Diese Rede ließe uns unberührt, wenn nicht der gleiche Osterhuber — der christliche Gewerkschaftsführer — einige Tage nachher, als darüber in der bürgerlichen Presse berichtet wurde, eine Kehrtwendung, bauchrutscherische Erklärung abgegeben hätte, in welcher er bittet und bettelt, doch nicht so verstanden zu werden. Das hat ein „christlicher Führer“ getan. In der gleichen Versammlung wurde auch unter anderem dem christlichen Arbeiterführer Bauer, der von der Direktion der Maschinenfabrik gemaßregelt worden ist, eine Ovation dargebracht. Bauer war Mitglied des ominösen Arbeiterausschusses und hatte schon seit März Kenntnis, daß die Direktion die Gründung eines solchen Arbeitswilligenvereins wünschte. Endlich, als er hinausgeworfen war, redete er davon, er hat also seiner eigenen Gewerkschaft dreiviertel Jahre lang den Plan des Werkes verheimlicht. Noch mehr! In der Versammlung der Arbeitswilligen vom 2. Dezember erklärte der Prokurist Pfeiffer der Maschinenfabrik Augsburg mit Nachdruck zum Falle Bauer: „Dieser Mann, der heute von den Gewerkschaften als Märtyrer hingestellt wird, hat sich wiederholt an die Firma mit dem Ersuchen gewandt, wieder aufgenommen zu werden, er hat vor Zeugen erklärt, er wolle **sofort** aus der Organisation, in welcher er heute Vertrauensmann ist, austreten und **in den Arbeiterverein eintreten**, wenn er nur wieder an seine Arbeitsstelle komme.“ Dabei spielt Bauer in den hiesigen christlichen Gewerkschaften die erste Geige. Was dies für eine Handlungsweise ist und was Bauer für einen Wert hat, überlassen wir dem Urteil der Leser. Bemerkt sei noch, daß Bauer bis heute sich wegen dieser Anschuldigung nicht verteidigt hat. Warum tut er dies nicht? Weil er nichts kann! Die Neue Augsburger Zeitung hat wohlweislich noch kein Wort darüber geschrieben, sie schweigt den Fall tot. Selbst der Arbeitswillige Chatelet, der Vorsitzende des Arbeitswilligenvereins, hat sich in der Versammlung am 2. Dezember äußerst abfällig über das Verhalten Bauers geäußert. Nun kommt noch eine Glanznummer. Der Vorsitzende des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes in Augsburg, Seitler, hat noch zu allem Überfluß im Auftrag der christlichen Gewerkschaften an den Arbeitswilligen Chatelet einen Brief gerichtet, in dem geradezu um die Gunst der Arbeitswilligenliga gebuhlt und somit eine ganze Organisation an die Arbeitswilligen ausgeliefert wurde. Das betreffende Schreiben strotzt von Anreden an die Arbeitswilligen wie: „Arbeitskollegen“, „Kameraden“ u. s. w. Wie stimmt dies mit der christlichen Versammlung zusammen? Es ist der reine Hohn, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. In dem Briefe steht wörtlich: „Ihre Vorstände (damit sind die Christlichen gemeint) stehen nicht mehr im Arbeitsverhältnis zur Maschinenfabrik — aus welchen Gründen, tut nichts zur Sache — können also das Wort in der morgigen Versammlung nicht ergreifen. Anderen Anhängern der Gewerkschaft aber zuzumuten, unseren Standpunkt in derselben aussichtslos zu vertreten, können wir nicht.“ Ist das nicht köstlich? Die Herrschaften haben also vor den Arbeitswilligen gewinselt. An anderer Stelle heißt es: „Arbeitskollegen! Wir appellieren an Euer Solidaritätsgefühl und an Euer Verantwortlichkeitsgefühl! Sollte aber trotzdem der Versuch der Erdrosselung der Organisationen auf diesem Wege zum Beschluß erhoben werden, so legen wir nicht in unserem Interesse, nein, im Interesse der wichtigsten Rechte des arbeitenden Standes, hiermit feierlich Protest gegen eine solche Vergewaltigung ein, Protest gegen einen Beschluß, den wir niemals als bindend anerkennen werden. Arbeitskollegen! u. s. w.“ Solche Stilübungen leisten sich die Augsburger christlichen Arbeiterführer an Arbeitswillige! In dieser Weise vertreten jene Leute den Gewerkschaftsstandpunkt. Solche Vorkommnisse sind aber durchaus nicht vereinzelt. Was mögen sich wohl die Arbeitswilligen über die christliche Organisation für Vorstellungen gemacht haben? Und solche Leute berufen dann ohne allen Grund Hetzversammlungen gegen die freien Gewerkschaften ein und wollen über sie zu Gericht sitzen. Pfui Teufel! Solchen Morast hat überhaupt keine andere Gewerkschaft vor der Türe wie gerade die Christlichen, diese berufsmäßigen Gewerkschaftszersplitterer. Wie lange brauchen die christlichen Arbeiter noch, um ihre Lage einmal richtig zu erfassen? Fort mit solch kopflosen Führern, stärkt die Reihen der freien Gewerkschaften!

Berlin. In der außerordentlichen Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle, die am 17. Dezember vorigen Jahres im Saale der Brauerei Lips tagte, wurde die Diskussion über die Aussperrung in der Elektroindustrie zu Ende geführt. Möhl als erster Diskussionsredner führte aus, daß, wie nach Beendigung eines jeden Streiks, so auch jetzt es den Anschein hat, als wolle man den Leitern der Bewegung die Schuld am Mißlingen desselben beimessen. Es sei dies eben nur scheinbar, und trifft insbesonders unsere Organisation, soweit sie an der Leitung beteiligt war, kein Vorwurf. Cohen habe sich die größte Mühe gegeben, etwaige Schwierigkeiten zu beheben, doch habe er in der Streikleitung mit Vertretern von noch acht Organisationen zu rechnen gehabt. Zu bedauern sei, daß der Antrag auf Erhebung doppelter Beiträge vom Vorstand abgelehnt wurde. So wie Berlin für Isierlohn gesammelt hat und auch jederzeit seine Schuldigkeiten tun wird in ähnlichen Fällen, sei es Pflicht des Vorstandes gewesen, hier bei diesem Kampfe durch Erhebung doppelter Beiträge die Provinz zur Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Diese Unterlassung des Vorstandes kennzeichne jedoch die falsche Taktik unserer Verbandsleitung bei großen Kämpfen, dies sei in dem System begründet, deren Träger insbesondere die Beamten der Organisation sind, wonach ohne genügend Geld kein Kampf zu führen sei. Diese Ansicht sei irrig, denn wenn nur Geldmittel entscheidend wären, so könnte niemals ein Kampf gewonnen werden, da die Unternehmer uns jederzeit mehr Gelder entgegensetzen werden, als es uns bei der größten Sparsamkeit und Entbehrung zusammenzubringen möglich wäre. Solche Summen, wie bei einem großen Kampfe notwendig sind, seien von einer Organisation nie zusammenzubringen. Das habe auch dieser Kampf wieder gezeigt, und wäre es daher angebracht gewesen, die Hilfe der Generalkommission, die das Vertrauen von ganz Deutschland besitze, anzurufen. Des weiteren polemisiert er gegen den Artikel über die Aussperrung in der Metallarbeiter-Zeitung. Der Kollege Schlicke kenne die Fabrik nur noch von außen, daraus resultiere auch seine Ansicht, daß es ein Kampf um die Ehre gewesen, „der zur Genüge ausgefochten ist“. Die Entscheidung über Weiterführung eines Streiks nicht allein den Streikenden zu überlassen, wie laut Anmerkung zu dem Artikel die Redaktion verlangt, sei durchaus falsch, es bedeute dies sonst, den Beamten zu viel Rechte geben. Es sei dies eine Ansicht von Kollege Scherm, die nicht weiter verwunderlich sei, da er bereits 22 Jahre in der Redaktion sitze und die Stimmung unter den Kollegen in der Werkstatt nur noch vom Hörensagen kenne. Bei der Aussperrung hätte man nicht so lange zögern sollen mit einzelnen Maßnahmen. Wären sämtliche Arbeiter aus den Betrieben herausgezogen worden, wäre die Niederlage auch nicht größer gewesen, die Unternehmer hätten

aber größeren Schaden gehabt. Für die Zukunft müsse mehr der Generalstreikgedanke propagiert werden, nachdem endlich heute Generalstreik nicht mehr als Generalblödsinn bezeichnet werde. Bei einem derartigen Vorgehen mit allen gesetzmäßigen Mitteln werden wir dann auch zu einem Erfolg kommen, den wir anstreben. **Ramsbrock**: Während die Kämpfe vor Jahren um Aufbesserung von Löhnen und Verkürzung der Arbeitszeit geführt wurden, handle es sich bei den heutigen Kämpfen um die Ehre und das Ansehen der Organisation. Von diesem Gesichtspunkt aus müsse auch die letzte Aussperrung betrachtet werden. Heute müsse ein Kampf schnell zugunsten oder ungunsten erledigt werden. Schlicke habe Recht in seinem Artikel mit dem Vorwurf der Selbstüberschätzung. Das immerwährende Hervorkehren der Neutralität sei zu verwerfen, Hand in Hand mit der Partei gehen, sei für die Zukunft notwendig. **Wegner**: Noch andere Vorkommnisse als die Lohnforderungen haben den Anlaß zu der Aussperrung gegeben. Die Bewegung habe gezeigt, daß die große Masse noch nicht genügend reif ist, derartige Kämpfe erfolgreich durchzuführen. Das Verhalten der Kollegen sei nicht so gewesen, wie man es hätte erwarten müssen und daher konnte auch beim besten Willen die Streikleitung nicht immer ihre Maßnahmen treffen, wie es notwendig gewesen wäre. Man solle doch nicht gleich einen jeden, der in die Streikleitung berufen wird, für einen schlechten Menschen halten. Gegen die Beamten mit Schimpfworten und Phrasen aufzutreten sei leicht, und habe ja leider derjenige, der das tut und nebenbei noch einige radikalen Reden vom Stapel läßt, heute die größte Anwartschaft auf einen Posten, wohingegen derjenige, der korrekt vorgeht, als Bremser verschrien wird. Man solle von den Unternehmern lernen, die nicht so mit offenen Karten spielen und interne Angelegenheiten nicht in aller Öffentlichkeit beraten und ausschlachten, wie es die Arbeiter stets tun. **Klein** will den größten Teil von Schuld am Mißlingen der Bewegung den Führern beimessen, so auch Cohen, der sich nicht gescheut habe, einige Tage, nachdem zirka 10000 Mann ausgesperrt waren, seinen Posten niederzulegen. Es müßten andere Männer zur Leitung berufen werden, die mehr dem Generalstreik huldigen. **Robinson** wendet sich gegen das Unterstützungswesen, das zu weit bei uns ausgebaut wäre, das Geld, welches hierfür ausgegeben wird, wäre zu Kampfeszwecken besser zu verwenden. **Stricker** wundert sich über die Ansichten von Wegner und Ramsbrock. Letzterer, der früher so radikal bei jeder Gelegenheit der Leitung und dem Vorstand unseres Verbandes entgegengetreten sei, habe heute durch seine Ausführungen den Vorstand geradezu an die Brust gedrückt. Wir seien vollständig besiegt worden. Für die Zukunft müssen die Kollegen so erzogen werden, daß ihr Wille entscheidend ist und dem Vorstand gezeigt wird, daß nicht mehr die einzelnen Bureaukollegen die Marschroute zu bestimmen haben. Er empfiehlt die von ihm eingebrachte Resolution. **Hartmann** verteidigt die Bureaukollegen. Die Kollegen sollten sich freuen, Leute an der Spitze zu haben, die sich nicht scheuen, entgegen der Ansicht der großen Anzahl von Kollegen auch ihre Meinung zu sagen. Ein gewissenloser Beamter könne sich ja allerdings leicht durch radikales Gebahren in die Gunst der großen Masse setzen. Doch sei dies frivol und gehe auch nur eine zeitlang. Lediglich mit radikalen Reden würden die Arbeitsverhältnisse auch nicht verbessert. Die Kampftaktik werde nicht allein von den Bureaukollegen festgelegt, sondern von der Ortsverwaltung, die zirka 70 Personen stark ist, Kollegen, die mit Ausnahme der 16 Beamten sämtlich in der Werkstatt tätig sind. Wie man angesichts dieser Sachlage davon sprechen könne, die Verwaltung habe die Fühlung mit den arbeitenden Kollegen verloren, sei ihm unerfindlich. Das ständige Hervorkehren des Idealismus hilft auch keinen derartigen Kampf gewinnen, sondern Idealismus und Materialismus seien die beiden Faktoren, die in Betracht gezogen werden müssen. Alles auf eine Karte setzen, tue nur ein leichtsinniger Spieler. **Nords** und **Wittenberg** wenden sich gegen die Verwaltung. In seinem Schlußwort wendet sich **Cohen** zunächst gegen die Ausführungen von Klein. Es sei eine Unwahrheit, daß er während der Aussperrung seinen Posten niedergelegt habe. Daran habe er gar nicht gedacht. Zur Sache selbst erklärt er, die Neutralität so zu verstehen, wie sie von Bebel aufgefaßt wird, der erklärt hat, die Gewerkschaften müssen **neutral** sein, wollen sie ihrer Aufgabe gerecht werden. Wohl wünsche auch er (Cohen), daß alle unsere Mitglieder Sozialdemokraten wären, aber **deshalb** dürfen wir keinen Metallarbeiter zurückweisen, weil er vielleicht nicht Sozialdemokrat ist. Wenn aber schließlich alle unsere Mitglieder Sozialdemokraten wären, hörten wir doch nicht auf, eine neutrale Gewerkschaft zu sein. Eine Gewerkschaft sei darum noch keine sozialdemokratische Gewerkschaft, weil alle ihre Mitglieder Sozialdemokraten sind. Würden wir die Bedingung an die Neueintretenden stellen, daß sie sozialdemokratisch gesinnt sein müssen, dann würden wir uns den Weg, den wir uns vorgezeichnet haben, selbst versperren. Die zu uns Kommenden sind noch nicht klassenbewußte Arbeiter, aber wir haben die Möglichkeit, sie in unserer Organisation dazu zu erziehen. Diese Möglichkeit, die unerläßliche Lebensbedingung für die Entwicklung unserer Organisation, ist nur gegeben, wenn wir so wie bisher eine neutrale Gewerkschaft bleiben. Allerdings dürfe Neutralität der Gewerkschaft nicht so verstanden werden, als ob die Mitglieder als Personen im politischen Tageskampf neutral bleiben sollen. Im Gegenteil! Von unseren Mitgliedern erwarten wir, daß sie als Person ganz entschieden im politischen Kampf Stellung nehmen. Welche Stellung sie nehmen, darüber besteht bei denkenden Arbeitern kein Zweifel. Ein weiteres Argument für die Neutralität unserer Organisation ist, daß wir Tausende weiblicher Mitglieder haben, auf die wir verzichten müßten, wenn wir unseren bisher eingenommenen Standpunkt verlassen würden. Wer die von Tag zu Tag wachsende Bedeutung der weiblichen Arbeitskraft für die Metallindustrie kennt, weiß, daß wir das nicht dürfen. Jeder, der unter all diesen Umständen gegen unsere Stellung als neutrale Gewerkschaft etwas sage, sei ein Mann, der ohne Überlegung spricht. Was nun den Idealismus und den Vorwurf der schlechten Erziehung anlange, so gebe er zunächst denen, die diesen Vorwurf erheben, zu bedenken, sich einmal zu fragen, was sie denn schon zu dieser Erziehung beigetragen haben. Durch Phrasendreschen erziehe man doch die Mitglieder nicht, sondern täusche sie höchstens über ihre wirkliche Stärke. Wer inhaltslose Phrasen drischt, erziele wohl einen augenblicklichen Beifall, wollte man aber auf Grund dieses Beifalls den Kampf führen, würde man arge Enttäuschungen erleben. Inwieweit ist denn von einem großen Teil unserer Mitglieder die Aufforderung zum Abonnement auf die Arbeiterpresse befolgt worden? In welch hohem Maße werde denn nicht immer noch der Lokalanzeiger und die Morgenpost gelesen? Organisierter Arbeiter und Abonnent der Morgenpost und des Lokalanzeigers seien zwei unvereinbare Gegensätze. Die geistige Nahrung, die ein großer Teil unserer Mitglieder aus diesen Blättern erhält, sei zum größten Teil schuld an der mangelhaften Erziehung. Mit Abonnenten der Morgenpost und des Lokalanzeigers seien keine prinzipiellen Kämpfe zu führen. Mit dieser Masse lasse es sich wohl in Versammlungen beim Anhören radikaler Reden sehr gut aushalten, weniger gut aber im wirklichen Kampf. Wer als praktischer Gewerkschaftsführer die Masse kennen gelernt habe, der wisse, daß noch sehr viel zu tun sei, um den Idealismus in ihr zu erzielen, der zur Führung solcher gewaltigen Kämpfe notwendig sei. Mit diesen Faktoren müßten die Gewerkschaftsführer eben rechnen, was die radikalen Redner leider nicht täten. Man tue den Beamten einfach Unrecht, wenn man ihnen immer die Schuld an der mangelhaften Erziehung der Massen zum Klassenbewußtsein in die Schuhe schiebe. Alles habe seine realen Grenzen, auch der Idealismus. Nur wenige gäbe es, die aus reinem Idealismus sich und ihre Familien hungern lassen würden; die Menschen seien eben aus Fleisch und Blut und keine Übermenschen. Deshalb könne man das Unterstützungswesen in den Gewerkschaften auch nicht entbehren. Ja er behaupte: Seit der Einführung des Unterstützungswesens sei die Organisation erst eine wirkliche Kampfesorganisation geworden. Die letzten Zahlen bewiesen es auch, daß für Streiks und Aussperrungen ungleich größere Summen ausgegeben sind wie für sonstige Unterstützungen. Was nun die Kampftaktik anlange, so werde sie doch [illegible] nicht von den paar Beamten bestimmt. Nur ein Zehntel der Verwaltungsmitglieder seien Beamte, neun Zehntel aber seien als Arbeiter in den Betrieben tätig. Genau so verhalte es sich auch mit dem Vorwurf gegen den Hauptvorstand. Gerade die am schärfsten Angegriffenen, Schlicke und Reichel, seien für die Aussperrung der doppelten Beiträge zugunsten der Ausgesperrten gewesen; die in den Fabriken tätigen Beisitzer aber hätten die Ausschreibung abgelehnt. Wo bleibe denn da die berechtigte Unterlage zu den Vorwürfen gegen die Beamten? Freilich, die Beamten müßten dann schließlich alles ausbaden; die Kritik an den Beamten sei ja auch die bequemste. Nun hätten ja öffentliche Ausschreibungen immer etwas Bedenkliches, weil dadurch gleich das ganze Unternehmertum zusammengeschweißt würde. Redner verweist auf Crimmitschau. Er selbst habe bereits früher die Einführung eines Umlageverfahrens befürwortet, wodurch mit Leichtigkeit die Gelder selbst für die größten Kämpfe herbeigeschafft werden könnten. Die ganze Belastung der Mitglieder würde sich in solchen Kampfzeiten nur auf **10**, höchstens 20 Pf. pro Woche belaufen, zudem böte es die **Sicherheit**, daß die Unternehmer nicht mehr wie jetzt mit mathematischer Genauigkeit ausrechnen könnten, wann die Kassen leer seien. Aber der gerühmte Idealismus reiche ja nicht einmal so weit, diese paar Dreier zu opfern; sein Vorschlag sei abgelehnt worden. Ganz entschieden müsse er sich gegen den Vorwurf verwahren, den Vorwärts während der Aussperrung nicht genügend informiert zu haben. Der Gewerkschaftsredakteur des Vorwärts sei doch fast jeden Abend nach dem Bureau gekommen und habe sich dort die gewünschten Informationen persönlich geholt. Eine innigere Verbindung mit dem Vorwärts könne es doch wohl kaum geben. Gegen den damaligen Vorwärtsartikel aber habe er sich gewandt, weil die Veröffentlichung desselben zu jenem Zeitpunkt völlig unangebracht gewesen sei. Und nun wolle er der Versammlung auch mitteilen, daß es kein anderer als der Genosse **Bebel** war, auf dessen persönliche Anregung hin er, Cohen, dann seinen bekannten Gegenartikel im Vorwärts geschrieben habe. (Bewegung.) Auf seine Rücksprache mit Bebel wegen des Redaktionsartikels habe dieser zu ihm gesagt: „Lassen Sie sich das nicht gefallen.“ So sei er denn auch an die Abfassung des Gegenartikels gegangen. Wenn nun in der Streikleitung nicht alles so geklappt habe, wie es sollte, so bitte er doch, nicht immer nach einer Seite zu hauen. Ihm werde stets die ganze Schuld allein aufgebürdet, während doch der Metallarbeiter-Verband, obwohl er am meisten engagiert war, nicht mehr Vertreter im Streikkomitee hatte wie die übrigen Gewerkschaften, die nur mit wenigen hundert Mitgliedern an der Aussperrung beteiligt waren. Für die Beschlüsse des Streikkomitees seien also auch jene mit verantwortlich, die jetzt in allen Versammlungen so über die Taktik der Streikleitung herziehen. Es sei eine Jämmerlichkeit und Feigheit von diesen Leuten, daß sie nicht einmal für die Beschlüsse geradestehen, die sie selbst mit gefaßt haben. Eine solche Spitzbubentaktik hätte er niemals erwartet, und soviel sei sicher: Bei zukünftigen ähnlichen Aussperrungen werde er solche Leute dreikantig zur Bude hinauswerfen, wenn sie je wieder kommen sollten, um „paritätisch“ an der Leitung des Kampfes mit teilzunehmen. Er aber trete jederzeit für die Beschlüsse des Streikkomitees ein, weil sie nach Lage der Sache gar nicht anders gefaßt werden konnten. Es konnte eben nicht mehr Energie ausgespielt werden wie vorhanden war. Übrigens vermöge er in dem Ausgang des Kampfes noch keineswegs eine so schimpfliche Niederlage zu erblicken, als welche sie immer hingestellt werde. Aber auch in Niederlagen werde die Organisation gestärkt. Die Taktik lasse sich auch in Zukunft nicht schablonisieren. Nicht das erstemal seien die Metallarbeiter im Kampfe unterlegen und doch werde die Organisation immer kräftiger und widerstandsfähiger, was die Unternehmer sehr wohl zu würdigen wissen. Daher solle man auch bei aller Kritik niemals vergessen, daß neue Kämpfe geeinte Scharen erfordern, damit die Organisation zukünftig nicht vielleicht noch weniger vorbereitet sei wie bei dieser Aussperrung. (Starker Beifall.) — Hierauf kam die von Stricker beantragte Resolution zur Abstimmung. Sie lautet: „Die Versammlung bedauert aufs lebhafteste die Engherzigkeit unseres Hauptvorstandes nebst seinem Beirat. Sie ist der Ansicht, daß durch eine energische Offensive der Kampf in der Elektrizitätsindustrie für die streikenden und ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen einen günstigeren Verlauf genommen hätte. Sie protestiert ganz entschieden gegen die Einseitigkeit des Hauptvorstandes in betreff der materiellen Frage, die als Hauptgrund der leitenden Personen für den schmählichen Abbruch des Kampfes angegeben wird. In Erwägung, daß in Zukunft derartige grobe Fehler nicht mehr vorkommen dürfen, wie sie bei diesem Kampfe zutage getreten sind, fordert die heutige Generalversammlung alle ehrlich denkenden Verbandskollegen Deutschlands auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln an unserer Organisationsarbeit mitzuwirken, um eine wirklich klassenbewußte Arbeiterschaft zu erziehen, die in Zukunft bei ähnlichen Kämpfen mit dem Unternehmertum sich ihrer Pflicht der Organisation gegenüber selbst bewußt ist. Die Versammlung protestiert ferner gegen den geradezu beleidigenden Leitartikel in Nr. 44 der Metallarbeiter-Zeitung, worin den Berliner Kollegen kleinliche Selbstüberschätzung zugeschrieben wird, die erfreulicherweise nicht vorhanden ist.“ Diese Resolution wurde gegen etwa 30 Stimmen angenommen. Die Beratung eines noch vorliegenden Antrags wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt.

Essen. In Nr. 51 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre hatten wir eine kurze Notiz über die Firma R. W. Dinnendahl in [illegible] gebracht, in der die Maßregelung des Kollegen Merz und die Stellungnahme der Arbeiter der Fabrik erwähnt wurde. Mit knapper Not wurde verhindert, daß die organisierten Arbeiter die Arbeit einstellten. Mit Recht betonten sie, es sei der Firma nur darum zu tun, die tüchtigsten Arbeiter hinauszuwerfen, um so die Organisationen zu vernichten. Sie hatten Recht, denn zwei weiteren Arbeitern wurde gekündigt und diesen Kündigungen waren Maßnahmen der Firma vorausgegangen, die die Erbitterung unter den Arbeitern aufs höchste gesteigert hatten. Als dem einen Arbeiter die Kündigung mitgeteilt und dem anderen der Rat gegeben wurde, sich um andere Arbeit umzusehen, reichten alle organisierten Arbeiter die Kündigung ein. Trotzdem wurde nochmals bei der Direktion vorgesprochen, doch vergeblich, die Firma hatte es auf den Streik abgesehen. Um nun kein Mittel unversucht zu lassen und der Firma an der Hand von Tatsachen zu beweisen, wo die Schuld zu suchen sei, reichten die beiden Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen folgendes Schreiben an die Direktion ein: „An die Direktion der Kunstwerkerhütte Dinnendahl, Aktiengesellschaft. Als Vertreter der beiden unterzeichneten Organisationen ist es unsere Pflicht, die Direktion über den wahren Sachverhalt, warum die Arbeiter Ihres Werkes die Kündigung eingereicht haben, aufzuklären. Die Fabrikbesprechung im Gasthof zur Kunstwerkerhütte sei hier nur kurz erwähnt. Aus dieser Versammlung gingen die Arbeiter mit einer gewissen Befriedigung nach Hause in dem Glauben, daß ein friedliches und schönes Verhältnis zwischen der Direktion und den Arbeitern geschaffen sei. Der Glaube an diese Harmonie war falsch. Der Schlosser Merz war der erste, der die Fabrik verlassen mußte. Nach Rücksprache mit der Direktion wurde uns der Bescheid zuteil, daß Merz nicht gemaßregelt sei, wir sollten die Arbeiter beruhigen und ihnen mitteilen, daß die Direktion an so etwas gar nicht gedacht habe. Trotz dieser Versicherung mußten die Arbeiter sehr schnell gewahr werden, daß dem nicht so sei, wie es ihnen versprochen ist. Am 15. Dezember ist der Schreiner W. (Krankenkassenmitglied) gekündigt, obwohl kurz vorher ein Schreiner eingestellt ist; dem Kernmacher K. wurde aufgegeben, sich um andere Arbeit umzusehen, obwohl auch hier kurz zuvor ein Kernmacher eingestellt wurde. Der Grund: „Arbeitsmangel“ kann doch nach logischem Denken in keiner Weise bei dieser Sachlage als stichhaltig gelten. Doch dieses nicht allein ist der Grund der Kündigung, sondern folgende Tatsachen, die durch Ihre eigenen Arbeiter befunden werden. Danach soll Herr Harnischmacher als Betriebsleiter bei den Akkordlöhnen folgende Praxis ausüben: Ist ein Akkordpreis zwischen genanntem Herrn und den Arbeitern erzielt, so trägt der Herr einen niedrigeren Preis als den, der vereinbart ist, in das Akkordbuch ein, eine Praxis, die **gegen Treu und Glauben** verstößt. Ferner kommt es nicht selten vor, daß Herr Harnischmacher Leute in den Akkordlohn führt, die niemals darin gearbeitet haben, und das zum Schaden des Arbeiters, der die Arbeit für den abgemachten Preis fertigstellen muß. Eine andere Praxis, die Herr Harnischmacher ausübt, ist die, daß er bei Neuanfängern halb fertig machen läßt, ohne persönlich mit den Leuten den Preis zu vereinbaren, also ihnen den Preis aus eigener Machtvollkommenheit diktiert, ob die Arbeiter damit auskommen, ist dem Herrn gleichgültig. Daß die Arbeiter bei dieser Sachlage mißmutig werden, die Arbeit hinpfuschen und dieselbe zwei- bis dreimal zum Schaden der Firma gemacht wird, entgeht dem Herrn Harnischmacher vollständig. Wie steht es denn unter dieser Praxis mit dem Akkordmachen überhaupt? Derjenige kann sich „glücklich“ schätzen, der eine Anzahl tüchtiger Lehrlinge mit in den Kauf bekommt, doch derjenige, der allein oder nicht mit genügend billigen Arbeitskräften arbeiten muß, fällt stets hinein. Dieses alles ist doch dem Herrn Harnischmacher nicht unbekannt, und mit Recht stimmen die Unterzeichneten den Arbeitern zu, daß hier Maßregelungen vorliegen. Herrn Harnischmacher sind die einzelnen Leute im Wege, deshalb **die Praxis**. Es ist dem Herrn gelungen, die Arbeiter zum letzten Schritt zu treiben, die Verantwortung dieses Schrittes lehnen die Organisationen ab und überlassen sie der Direktion. Sollte die Direktion besondere Wünsche oder eine nochmalige Aussprache wünschen, so sind die Unterzeichneten gerne bereit, dem Folge zu leisten. Einer baldigen Antwort entgegensehend, zeichnen Hochachtungsvoll: Für den Deutschen Metallarbeiter-Verband **Franz Gemoll**. Für den christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband **Heinrich Hirtsiefer**.“ — Eine Antwort ist noch nicht erfolgt, mithin wird stillschweigend eingestanden, daß es so ist, wie die Arbeiter angegeben haben. Die Firma hat bei diesen „paradiesischen“ Zuständen auch Ursache, zu schweigen, denn eine Fabrik, die bei nicht einmal hundert Handwerkern **85** Lehrlinge hat, ist schon mehr wie eine Zuchtanstalt. In der Schlosserei, wo 15 Schlosser arbeiten, sind **32** Lehrlinge. Was das zu bedeuten hat, noch gar bei der geschilderten Akkordpraxis, braucht wohl nicht weiter beschrieben zu werden. Die Firma geniert sich auch nicht, Lehrlinge unter 16 Jahren an Sonn- und Feiertagen zu beschäftigen. So haben am Sonntag vor Weihnachten und am zweiten Feiertag 4 Lehrlinge im Alter von unter 16 Jahren gearbeitet. Wir werden unser Augenmerk auf alles „Gute“, das von dort kommt, richten, um so die Arbeiter vor Schaden zu bewahren. Den Kollegen allerorts raten wir, die gastliche Stätte zu meiden.

Zinngießer.

München. Am 23. Dezember tagte im Restaurant Königsbauer die Generalversammlung der Sektion der Zinngießer. Den Bericht über das abgelaufene Jahr erstattete Kollege **Nackl**. Er führte aus, daß das vergangene Jahr geschäftlich nicht so gut war wie die früheren Jahre. Der Export hat bedeutend nachgelassen. Durch den überhandnehmenden Gebrauch von unbeschlagenem Trinkgeschirr habe das Gewerbe auch zu leiden. Unbeschlagenes Geschirr sei schon aus hygienischen Gründen nicht zu empfehlen. Durch den hohen Zinnpreis wurde es manchem Betrieb unmöglich gemacht, auf Vorrat arbeiten zu lassen, wodurch früher oft ein vorübergehender Arbeitsmangel ausgeglichen wurde. Die im allgemeinen noch ungünstige Geschäftskonjunktur hat bewirkt, daß in unserer Branche sogar im Sommer schon eine größere Anzahl von Kollegen unter Arbeitslosigkeit zu leiden hatte. In diesem Jahre unterblieb auch unser Sommerfest, dessen Reinertrag zur Unterstützung von arbeitslosen Kollegen verwendet wurde. Vom 1. Januar bis 1. Dezember 1905 hatten wir 19 Kollegen mit insgesamt 1134 Tagen arbeitslos. Dieselben wurden von unserer Lokalkasse mit 655,30 Mk. unterstützt. Zu bedauern ist, daß unsere ledigen Kollegen in der Provinz so schwer unterzubringen sind. Die Prinzipale haben sich auch geeinigt in dem Verein deutscher Zinngießereien und verwandter Berufe. Auch die Nürnberg-Fürther Zinnfigurenfabrikanten wollen einen Verein gründen. Von Provinzgruppen des Vereins deutscher Zinngießereien wurden des öfteren schon Eingaben gemacht, das Reichszinngesetz aufzuheben. Einige wollen 25 Prozent Blei und 75 Prozent Zinn, andere sagen wieder, 60 Prozent Zinn und 40 Prozent Blei sei genügend. Von einigen Herren wird behauptet, daß die Gehilfen die Schuld an der Einführung des Reichszinns hätten. Auch haben in den norddeutschen Provinzen Prinzipale um Verlängerung der Lehrzeit im unserem Beruf eingegeben. Grund dazu ist die Tagesfachschule. Es gibt in unserer Branche Prinzipale, die sich alle Jahre einen Lehrjungen nehmen, obwohl sie erst nach zwei Jahren einen neuen Lehrjungen aufnehmen sollen. Wir haben deshalb alle Ursache, fest zur Organisation zu halten, damit unsere Verhältnisse nicht noch mehr verschlechtert werden. — Da mit den auswärtigen Kollegen so wenig Fühlung vorhanden ist, wäre es sehr angebracht, wenn die Kollegen im kommenden Jahre im Deutschen Reiche auf mehr Verbindung unter einander bedacht wären. Auch sind sie nicht zahlreich genug organisiert, denn im vergangenen Jahre waren im Deutschen Metallarbeiter-Verband nur 261 Kollegen vorhanden. — Die Adresse des Vorsitzenden ist: **Franz Paintner**, München, Lilienstr. 58/0.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Das **Schuhmacher-Fachblatt** ist mit einer Auflage von 30000 Exemplaren ins neue Jahr eingetreten.

Die **Leipziger Maurer** haben, um die Arbeiterschaft gegen die ihnen durch das Bauschwindlertum drohenden Übervorteilungen, besonders die Lohnprellerei zu schützen, beschlossen, gegen die Bauschwindler mit Verhängung von Sperren vorzugehen, die eventuell, um so auch den eigentlichen Unternehmer besser zu treffen, auch auf die Besitznachfolger ausgedehnt werden sollen.

Die Lohnbewegung der **Zuschneider** in den **Herforder** Konfektionsgeschäften ist beendet worden. Es wurden Lohnaufbesserungen von 1 bis 2 Mk. wöchentlich gewährt. Der Mindestwochenlohn wurde auf 20 Mk. festgesetzt.

Die Aussperrung der **Hafenarbeiter in Emden**, die rund sechs Wochen gedauert hat und die Vernichtung der Organisation zum Ziel hatte, ist ohne den von den Unternehmern gewünschten Erfolg beendet worden. Trotz der ihnen von den Behörden gewährten Unterstützung haben die Unternehmer sich bequemen müssen, den Hafenarbeiterverband anzuerkennen und mit diesem aufs neue einen Tarif abzuschließen, der für die Arbeiter noch günstiger ist als der frühere. Nachdem die Unternehmer die Macht der Organisation gefühlt haben, werden sie den Tarif wohl besser innehalten wie bisher.

Nachspiel zur Velberter Formeraussperrung.

Am 23. Dezember hatte sich der Kollege **Röbel** vor den Schranken des Landgerichtes **Elberfeld** wegen **Vergehens gegen das Vereinsgesetz** zu verantworten. Bei der Aussperrung boten die Velberter Unternehmer alles auf, den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu vernichten. Sonderbar war es, daß bei der Gelegenheit auf einmal die Polizei das Mitgliederverzeichnis forderte, nachdem seit 1891 ein solches nicht eingereicht zu werden brauchte. Röbel, als Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Velbert, weigerte sich dem nachzukommen. Auch **Letzsch** vom christlichen Metallarbeiter-Verband und **Hansen** vom Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein, weigerten sich, es wurde **gemeinschaftlich beschlossen**, keine Mitgliederliste einzureichen. Darauf erfolgte Anklage. In einer Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde Röbel zu 60 Mk., Hansen zu 30 Mk. und der christliche Letzsch zu 15 Mk. verurteilt. Der christliche Letzsch hatte tags zuvor noch versichert, daß er keine Mitgliederliste einreiche, er war aber so hinterlistig, zu verschweigen, daß er lange zuvor schon die Mitgliederliste eingereicht hatte, was sich in der Gerichtsverhandlung herausstellte; weil er sie aber etwas zu spät eingereicht hatte, wurde er doch zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt. Nach der Verurteilung teilte Röbel der Polizeibehörde mit, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart die Verwaltungsstelle Velbert **aufgelöst** habe, ein Verein im Sinne des Gesetzes also nicht mehr bestehe. In einer bald darauf abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Einzelmitglieder für den Bezirk Velbert wurde auch dazu Stellung genommen. Die stark besuchte Versammlung befand die Anordnungen des Vorstandes für gut, es wurden auch sofort Revisoren gewählt, die die Abrechnung für das abgelaufene zweite Quartal zu prüfen hatten. Die Polizeibehörde schien jedoch klüger zu sein wie Röbel und der Vorstand in Stuttgart und wie sämtliche Mitglieder am Orte. Sie meinte, es bestehe doch ein Verein, die Auflösung sei nur zum Schein erfolgt. Röbel wurde aufgefordert, nunmehr die Mitgliederliste innerhalb drei Tagen einzureichen. Dem kam Röbel nicht nach. Er bekam darauf einen richterlichen Strafbefehl über 75 Mk.; dagegen wurde Einspruch

erhoben, der am 7. November vor dem Schöffengericht in Velbert verhandelt wurde. Durch die Polizeibehörde wurde hervorgehoben, daß die Auflösung nur zum Scheine erfolgt sei, um die Polizeibehörden zu düpieren. Die Geschäftsführung sei noch dieselbe wie früher, die Versammlungen würden noch immer von Nöbel als Vorsitzenden geleitet, auch dieselben geschäftlichen Angelegenheiten kämen noch so zum Austrag wie vordem. Auch hätten gerade in letzter Zeit verschiedene von Nöbel veranstaltete Festlichkeiten (geschlossene Tanzkränzchen) stattgefunden. Noch verschiedene andere Sachen wurden vorgebracht, die den Beweis liefern sollten, daß ein Verein bestehe. Das Gericht verurteilte Nöbel zu 75 Mk. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt. Vor der Strafkammer in Elberfeld wurden von den Zeugen der Staatsanwaltschaft, das heißt von der Velberter Polizei, dieselben Argumente hervorgehoben, wie vor dem Schöffengericht in Velbert. Der Staatsanwalt schloß sich dem Urteil des Erstrichters vollständig an. Nöbel bestritt aufs entschiedenste das Bestehen eines Vereins. Das Abhalten von Tanzkränzchen schließe durchaus keinen Verein in sich, die Geschäftsführung sei eine ganz andere wie vordem, der Polizeibehörde gehe es doch fürwahr nichts an, wie der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes seine Geschäfte regele. Daß er (Nöbel) die Streikgelder für die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auszahle, könne ebenfalls nicht dazu benützt werden, einen Verein zu konstruieren. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Landee, plädierte für Freisprechung. Er widerlegte mit großem Geschick alle Argumente des Staatsanwaltes. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt des Verteidigers, Nöbel wurde freigesprochen. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. So endete die Staatsaktion der Hochwohllöblichen in Velbert. Der Herr Polizeikommissär Oelsner wird sich nun wohl zufrieden geben müssen.

6000 Mitglieder in Bielefeld.

Die in Bielefeld im Jahre 1891 mit einer Mitgliederzahl von 114 Kollegen ins Leben getretene Verwaltungsstelle ist nunmehr auf die stattliche Höhe von 6000 Mitgliedern gelangt. Zur Feier dieses frohen Ereignisses hat die dortige Ortsverwaltung eine achtseitige, mit hübschem Titelbild versehene und von Gerisch & Co. sauber ausgeführte Festschrift herausgegeben, die es verdient, mit als Beweis dafür angeführt zu werden, daß den Gewerkschaftern der Idealismus durchaus nicht abhanden gekommen ist. Kollege Severing, der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle, hat ein schwungvolles Einleitungsgedicht und einen ausführlichen Rückblick auf die Entwicklung der Verwaltungsstelle geliefert. Auch die übrigen Beiträge: „Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen" von Josef Köhner; „Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die beiden Zweige der modernen Arbeiterbewegung" von Karl Hoffmann; „Unsere gegnerischen Organisationen" von Karl Spiegel; „Die Bedeutung der Arbeitersekretariate für die Gewerkschaften" von Albert Schulz und „Zahlen beweisen" sind sämtlich gut geschrieben und lesenswert. Den wackeren Bielefelder Kollegen rufen wir zu: Bravo! Fahret so fort!

Vom Anarcho-Lokalismus.

Am 28. und 29. Dezember haben (natürlich in Berlin) die lokalistischen Töpfer „getagt". Diese Sorte von Organisation umfaßt 660 Mitglieder, ihre Führer suchen aber nach dem bekannten Rezept, das, was ihnen an Macht fehlt, durch Phrasen zu ersetzen. Auf dieser Konferenz wurde auch vom Generalstreik gesponnen, allerdings nicht das bekannte Friedebergsche Garn, sondern eine sozusagen materieller gefärbte Nummer. Der Vorwärts weiß augenscheinlich noch nicht recht, was er dazu sagen soll. Es ist ja möglich, daß es ihm allmählich etwas unheimlich wird vor der Richtung, zu deren Aufpäppelung er trotz der Beschlüsse des Halberstädter Gewerkschaftskongresses und der sozialdemokratischen Parteitage mit beigetragen hat.

Teuerungszulagen überall,

nur nicht für Arbeiter, das ist mit wenigen Ausnahmen die Signatur unserer Zeit. Dem Halleschen Volksblatt ist folgendes Schriftstück auf den Tisch geflogen:

Mitteldeutsch-Sächsische Gruppe des Vereins deutscher Eisengießereien.

15. Dezember 1905.

P. P.

Unter Hinweis auf die weiter fortschreitende Verteuerung aller Rohstoffe sehen wir uns genötigt, eine vom 1. Januar 1906 ab geltende Erhöhung unserer Verkaufspreise anzuzeigen. Es werden die bisherigen Preise für Bauguß, Maschinenguß, Massenartikel sowie für sämtliche Handelsgußwaren um 1 Mk. pro 100 Kilogramm erhöht werden. Für Stückpreise tritt gleichfalls ein Aufschlag ein. (Es folgen die Unterschriften von 20 Firmen.)

Unsere Kollegen in Halle haben in zwei großen Versammlungen, die von etwa 2000 Personen besucht waren, beschlossen, sich wegen einer Teuerungszulage an die Unternehmer zu wenden. Wir werden ja sehen, ob diese die Teuerung nur soweit anerkennen, wie sie selbst von ihr betroffen werden, oder ob sie sich veranlaßt sehen, einen Teil des gesteigerten Profits den Arbeitern zukommen zu lassen. Noch eins ist uns dabei aufgefallen. Unter den 20 Unterschriften befinden sich die von 16 Nichtmitgliedern. Die Mitteldeutsch-Sächsische Gruppe des Vereins deutscher Eisengießereien nimmt demnach für sich das Recht in Anspruch, auch die Interessen von Nichtmitgliedern zu vertreten. Hoffentlich werden sie nicht mit zweierlei Maß messen und in Zukunft auch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband das Recht zuerkennen, im Namen sämtlicher Metallarbeiter zu wirken.

Was lesen die Breslauer Metallarbeiter?

Die Verwaltungsstelle Breslau unseres Verbandes hat eine Statistik über das Verhältnis ihrer Mitglieder zur Parteipresse und zum Vereinsleben veranstaltet. Es sind im ganzen 2684 Fragekarten eingegangen, die sich auf etwa zwei Drittel der Mitgliedschaft erstrecken. Danach wurde die Volkswacht, das Breslauer Parteiblatt, in 1716 Exemplaren gelesen. Gar keine Zeitung lasen 557 und 411 begnügten sich mit bürgerlicher Zeitungskost, zum Teile minderwertigster Art. Dem Sozialdemokratischen Verein gehörten nur 431 Kollegen an. In dem Drittel der Mitglieder, die an der Statistik nicht beteiligt sind, ist ohne Zweifel das Verhältnis noch ungünstiger. Die Sächsische Arbeiter-Zeitung bemerkt dazu:

Ein trauriges Resultat, besonders im Hinblick auf das Verhältnis zur politischen Organisation!

Wir müssen bedauern, daß die Sächsische Arbeiter-Zeitung nicht die Objektivität etwas weiter getrieben und auch noch abgedruckt hat, was die Volkswacht, die dieser Fall doch am meisten angeht, dazu sagt. Dies Blatt sagt:

„Immerhin kann man nur bei oberflächlicher Betrachtung der Ziffern mit dem Ergebnis der Statistik wirklich unzufrieden sein. In Anbetracht der kolossalen Entwicklung, die gerade der Deutsche Metallarbeiter-Verband im nunmehr verflossenen Jahre durchgemacht hat, konnte ein anderes Resultat gar nicht erwartet werden. Die drohende Aussperrung nötigte die Indifferenten zu vielen Hunderten auf einmal, im Verband Schutz zu suchen. Sie kamen der Not gehorchend und nicht der inneren Überzeugung wegen. Solche Massen können nun unmöglich im Handumdrehen in klassetzende und denkende Proletarier verwandelt werden. Es dauert geraume Zeit bis das Werk der Erziehung vom vollen Erfolg gekrönt ist. Wir zweifeln nun keinen Augenblick, daß die Metallarbeiter mit vollem Eifer ans Werk gehen werden, um die geistige Bildung der zugeströmten Mitkämpfer zu heben; wir zweifeln auch nicht, daß dies gelingen wird, so daß die nächste derartige Statistik ein ganz anderes Bild aufweisen dürfte."

Das ist ein verständiges Urteil. So wie in Breslau liegt die Sache in der großen Mehrzahl unserer Verwaltungsstellen. Es scheint aber, daß sie wegen ihrer übergroßen Einfachheit nicht von jedermann begriffen werden kann. Außerdem wollen wir noch in aller Bescheidenheit bemerken: so sehr wir wünschen, daß alle Mitglieder der Gewerkschaften die sozialdemokratischen Parteiblätter nicht nur lesen, sondern auch abonnieren und ihnen jede mögliche Unterstützung zuteil werden lassen, so haben die Gewerkschaften doch eigentlich auch noch etwas anderes zu tun, als — wie das die Meinung einzelner Parteiblätter zu sein scheint — nur für die Parteipresse Abonnenten zu sammeln. Nach unserer Meinung geschieht von der Partei selbst viel zu wenig, ihrer Presse genügende Verbreitung zu verschaffen.

„Machen Sie sich von der Partei frei!"

So hat Herr Dr. Freund, der Vorsitzende der Versicherungsanstalt Berlin, den Arbeitervertretern im Vorstand der Anstalt geraten, als sie sich zu fragen erlaubten, weshalb der Vorstand plötzlich die Hypothek, die er beim Bau des Berliner Gewerkschaftshauses für billigen Zinsfuß gegeben hatte, wieder zurückgezogen hat. Nach einigen Winkelzügen wurde Herr Freund sehr deutlich. Die Gewerkschaften seien mit der Sozialdemokratie zu eng verbunden. Die Sozialdemokratie diskreditiere die Gewerkschaften; würden sie weiter von ihr abrücken, so könnten sie sich hoher bürgerlicher Gönnerschaft erfreuen. Es ist nicht das erstemal, daß den Gewerkschaften dieser Rat erteilt wird. Als die Auseinandersetzungen in der Presse über den Vorwärtskonflikt noch im Gange waren, konnte man in den Blättern mit bürgerlicher Gesinnung diesen Rat öfters finden. Verlorene Liebesmühe! Die Gewerkschaftsmitglieder, deren Erkenntnis so weit vorgeschritten ist, daß sie sich in politischen Dingen ein selbständiges Urteil bilden können, werden nach wie vor zu dem Schluß kommen, daß die einzige politische Partei, die ihre Interessen konsequent und ehrlich vertritt, nur die Sozialdemokratische Partei ist.

Aussperrung nach Altersklassen.

Die Arbeitgeber-Zeitung wirft in Nr. 53 vorigen Jahes einen Rückblick auf das Jahr 1905. Wie es bei ihr nicht anders sein kann, behandelt sie die Ausgestaltung der Organisation der Unternehmer, die Gründung des Arbeitgeber-Verbandes, die Rückversicherungsstelle bei Streiks u. s. w., um sich dann ihrem Lieblingsthema, den Aussperrungsmethoden, zuzuwenden. Dabei macht sie zu ihren früheren Mitteilungen (siehe Nr. 51 der Metallarbeiter-Zeitung vorigen Jahres) einige Ergänzungen, sie schreibt, daß Dr. Menck drei Methoden befürwortet habe: „1. diejenige nach dem ABC-System, 2. die prozentuale Aussperrung nach Altersklassen, 3. die reine Altersklassenaussperrung. Da über die letztere Art der Teilaussperrung in der Öffentlichkeit noch nichts bekannt ist und sie unserer Ansicht nach die meiste Anwartschaft auf allgemeine Berücksichtigung seitens der organisierten Arbeitgeber hat, so mag sie an dieser Stelle in aller Kürze erklärt werden. Nach der reinen Altersklassenaussperrung beschließt der betreffende Arbeitgeber-Verband, daß alle Arbeiter bis zu zwanzig Jahren entlassen werden sollten, solange gewisse, als unberechtigt erklärte Streiks und Sperren nicht aufgehoben werden. Als Erkennungszeichen dienen die Quittungskarten der Invalidenversicherung. Bleibt diese Maßregel wirkungslos, so folgt eine weitere Aussperrung etwa der Arbeiter im Alter von 20 bis 22 Jahren, dieser eintretendenfalls wieder die der Arbeiter bis zu 24 Jahren. Man sieht, daß auf solche Art in erster Linie die jüngeren Arbeiter, die erfahrungsgemäß zu aller Zeit und an allen Orten das Hauptkontingent der unruhigen Elemente bilden, getroffen werden, während die älteren Arbeiter, welche zumeist nur gezwungenermaßen an der Bewegung teilnehmen, immer nur im Notfall zur Entlassung gelangen. Gleichzeitig wird es möglich sein, die alten und bewährten Leute ruhig weiter zu beschäftigen, so daß mit ihrer Hilfe eine Fortführung der Betriebe, wenn auch in beschränktem Maße, denkbar ist. Es steht zu hoffen, daß diese zweifelsohne äußerst humane und dabei den Arbeiterorganisationen doch recht fühlbare Methode der Gegenwehr gegen den Streikterrorismus alsbald die prinzipielle Billigung des „Vereins Deutscher Arbeitgeber-Verbände" erhält, damit die großen Vollaussperrungen, welche in ihren Folgen bedenkliche Ähnlichkeit mit Generalstreiks besitzen, in Zukunft mehr und mehr von der Bildfläche verschwinden."

Die Register der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung und des Herrn Dr. Menck haben nur den Fehler, daß sie verschiedene Löcher aufweisen, zu deren Verstopfung schon noch mehrere Spezialmethoden erfunden werden müssen. Im übrigen können die Herren unbesorgt sein: Die Arbeiterschaft wird die „äußerst humane Methode" der Aussperrung in jeder Form richtig zu würdigen und danach ihr Verhalten einzurichten wissen. Jung und Alt muß vollzählig in die gewerkschaftlichen Organisationen eintreten!

Hirsch-Dunckeriana.

Ein Hirsch-Dunckerscher Gewerkvereinsführer bei Kardinal Fischer. In der Rheinischen Zeitung von 4. Januar wird berichtet: „Wie uns mitgeteilt wird, hat der Hauptvorsitzende des Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, W. Gleichauf, um eine Audienz bei Kardinal Fischer nachgesucht und sicherem Vernehmen nach auch „bewilligt" bekommen. Mittlerweile mag Gleichauf schon wieder in Berlin sein und in seiner Eigenschaft als Redakteur des Regulator seinen Mitgliedern die Fähigkeit der Gewerkvereinsleitung im „Verhandeln" kund tun. Der zweite Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine des Bezirksverbandes Aachen hat am 27. November in Eschweiler die zwei folgenden, von katholischen Geistlichen gestellten Anträge angenommen: 1. In Zukunft dürfen keine Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftler mehr in katholische Arbeitervereine aufgenommen werden. 2. Es sollen in den Arbeitervereinen mehr als bisher die Ziele der Gewerkschaften bekannt gemacht und darauf hingewirkt werden, die Mitglieder den christlichen Gewerkschaften zuzuführen. — Diese Beschlüsse scheinen den Lebensnerv des Gewerkvereins im Aachen-Eschweiler Bezirk getroffen zu haben. Anders läßt sich die Aufregung, die den Vorstand des Gewerkvereins ergriffen hat, nicht deuten. Ob es Gleichauf erreicht hat, den Kardinal zu überzeugen, daß Religion nicht in wirtschaftliche Vereinigungen hineingehört, oder was wohl die Hauptsache ist, daß die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine harmlose, „staatserhaltende" Arbeiter sind, wissen wir nicht. Das ängstliche Bemühen der Gewerkvereinler, in gutem Lichte zu erscheinen, rührt nicht erst von gestern auf heute. Der Gründer der Gewerkvereine, Dr. Max Hirsch, war es, der kurz nach Erlaß des Sozialistengesetzes, durch das fast alle Gewerkschaften aufgelöst wurden, bei dem damaligen Minister des Innern, dem Todfeind der Arbeiterbewegung, bettelnd um Gnade für seine Gewerkvereine bat. Die Gewerkvereinsleitung hat Ursache, sich jedes Mittel unzbar zu machen, um die fliehenden Mitglieder beisammen zu halten. Eine wunderliche Organisation, die so wenig eigene Werbekraft hat, daß sie solche Mittel anwenden muß."

Schade, daß der Bittgang des großen Taktikers Gleichauf nicht für den Kinematographen aufgenommen wurde. Welch zugkräftiges Werbemittel würde das für die Gewerkvereine abgeben.

* * *

Streikbrecher gesucht durch den Regulator. Darüber wird uns geschrieben: „Seit der ersten Hälfte des Novembers 1905 streiken die Former und Gießereiarbeiter bei der Firma Eisenwerke Bensing & Co. in Tangermünde, weil mit den Herren Bensing eine Verständigung über die Arbeitsverhältnisse und Verbandszugehörigkeit der Arbeiter nicht zu erzielen war. Dem Regulator, Organ des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, ist es auch in diesem Fall vergönnt gewesen, von der Firma Bensing & Co. ein Inserat zu erhalten, durch das Streikbrecher gesucht werden. Prompt erschien dasselbe in Nr. 52 des Jahrganges 1905. Man darf ja die Mitglieder nicht für die verurteilenswerten Sünden der Leitung verantwortlich machen, aber verlangen kann jeder ehrliche Mann, daß solchen Manipulationen, wie der Streikbrechervermittlung und der gedankenlosen Schimpferei auf den Metallarbeiter-Verband von den Mitgliedern ein Ende gemacht wird. Geschieht das nicht bald, dann muß auch der nachsichtigste Mensch jede Berührung mit dem Gewerkverein auf das peinlichste meiden. Das ist bedauerlich, wenn man bedenkt, daß die Gewerkvereinsmitglieder zum großen Teile Arbeiter, also Klassengenossen sind. Sogar Sozialdemokraten halten sich noch in dem Gewerkverein auf. Die Gewerkvereinsagitatoren geraten stets in große Wut, wenn ihren Mitgliedern empfohlen wird, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. Wir müssen aber gestehen, daß die beklagenswerten Vorgänge des Gewerkvereins am besten beseitigt werden, wenn alle einsichtigen Männer des Gewerkvereins für die Auflösung des Gewerkvereins sorgen und den mannhaften Mitgliedern raten, sich dem Verband anzuschließen. Der Gewerkverein kann nichts für die Metallarbeiter leisten, er kann nur die Kräfte zersplittern. Also fort mit ihm!"

Der Vorwärts hatte in Nr. 303 vom vorigen Jahre auch eine Notiz über die Streikbrechervermittlung des Regulator gebracht und darauf hingewiesen, daß sich in der Metallarbeiter-Zeitung die Sperrnotiz befindet. Darauf sandte ihm Gleichauf eine „Berichtigung" des Inhaltes, daß dem Regulatur weder von der eigenen, noch von einer anderen Organisation Mitteilung gemacht worden sei. Das kann richtig sein, es ist aber doch eine faule Ausrede, denn in der Redaktion des Regulator wird nichts so eifrig durchgesucht als die Metallarbeiter-Zeitung, also hatte man Kenntnis von dem Streik in Tangermünde. In Nr. 1 bringt es der Regulator sogar fertig, zu behaupten, daß in Tangermünde überhaupt kein Streik bestand. Um seine blamable Streikbrechervermittlung à la Artern u. s. w. zu bemänteln, beschuldigt er uns, wir hätten uns des gleichen Vergehens schuldig gemacht, indem wir über Scheibenberg keine Sperrnotiz aufgenommen haben. Der Regulator kennt unsere Bestimmungen ganz genau, er weiß, daß selbst unsere eigenen Ortsverwaltungen diesbezügliche Anträge an den Vorstand richten müssen. Was geht es also die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung an, wenn ihr ein beliebiger X oder Z ohne Angabe seiner Adresse, ohne Beidruck eines Organisationsstempels, einmal durch Postkarte von Scheibenberg, das andere Mal von Halle a. S. aus Mitteilung von einem Streik macht? Es ist eine bodenlose Frechheit des Regulators, seine Streikbrechervermittlung mit unserem Verhalten in eine Linie stellen zu wollen.

Christliches.

Aus Bayern wird uns geschrieben: Schreiber dieses konnte dieser Tage in das Statut eines katholischen Arbeitervereins Einsicht nehmen. Es kann nur nützlich sein, aus dem Statut einiges mitzuteilen. Bemerkenswert ist schon das „Vereinsgelöbnis", das unterschriftlich zu bestätigen ist: es lautet: „Als neu aufgenommenes Mitglied des ‚katholischen Arbeitervereins' verpflichte ich mich, die Statuten des Vereins treu zu befolgen. Insbesonders verspreche ich, den Ruf des Vereins nicht zu schädigen durch ausschweifenden Lebenswandel oder durch Verleumdungssucht. — Ich gelobe in meinem Familienleben und in meinem Beruf strenge Gewissenhaftigkeit, in religiöser Hinsicht festes Bekenntnis des Glaubens und eifrige Teilnahme an den pflichtgemäßen Gottesdiensten. Ferner verpflichte ich mich, den Versammlungen, wenn immer möglich, beizuwohnen. Dies alles gelobe ich zu Ehren des heiligen Joseph, zum Besten des Vereins und zu meinem eigenen Heile. Auf dieses Versprechen hin gebe ich Handschlag und Manneswort und bestätige es durch meine Unterschrift. Auch verpflichte ich mich, außer den monatlichen Vereinsbeiträgen noch den durch gemeinschaftliche Beratung bei der Generalversammlung vereinbarten freiwilligen Beitrag zur Unterstützung erkrankter Mitglieder zu leisten." Nach diesem „Gelöbnis" kann man schon einen Schluß auf den Inhalt des Statuts ziehen. Der Zweck des Vereins, der unter dem Schutz des heiligen Joseph steht, ist: „1. Religiosität und Sittlichkeit seiner Mitglieder zu fördern; 2. festes Zusammenhalten derselben gegen alle staats- und kirchenfeindlichen Bestrebungen zu erzielen und 3. materielle Unterstützungen den Mitgliedern angedeihen zu lassen. (Politische Bestrebungen sind ausgeschlossen.) Zur Erreichung dieses Zweckes sollen dienen: 1. der regelmäßige Besuch des Gottesdienstes an Sonn- und Feiertagen, sowie der öftere Empfang der heiligen Sakramente, an Ostern und im Allerseelenmonat womöglich gemeinsam. 2. Vereinsversammlungen mit Vorträgen belehrenden und bildenden Inhalts. 3. Anschaffung einer Bibliothek. 4. Unterstützung erkrankter Mitglieder. 5. Besorgung von Spareinlagen." — Die katholischen Arbeitervereine sind bekanntlich, trotz der angeblichen politischen Neutralität, nur Rekrutenschulen für die Zentrumspartei. Der religiöse Aufputz ist nur das Mittel zum Zweck, die Schäfchen hübsch im Pferch beisammen zu halten. Bei der sorgsamen Auswahl der Vereinsmitglieder sollte man gar nicht meinen, daß noch besondere schriftliche und mündliche Gelöbnisse erforderlich wären. Kann doch nur jeder unbescholtene, unselbständige (unselbständig ist in dem Falle besonders gut!) katholische Arbeiter Mitglied werden, der das 18. Lebensjahr erreicht hat und keinem kirchenfeindlichen Verein angehört. Ein unbescholtener Arbeiter sollte doch in so sittenreiner Gesellschaft vor Gefahren ohne weiteres gesichert sein. Interessant sind die Bemerkungen, die sich auf die Unterstützungen beziehen. Abgesehen davon, daß darauf kein rechtlicher Anspruch besteht, heißt es, daß jeder geleistete Zuschuß als Liebesgabe (!) zu betrachten ist. Die Rechte der Mitglieder bestehen auch darin, in den Monatsversammlungen Anträge und Beschwerden, sofern sie nicht dem Verein und dessen gedeihlichem Wirken schädlich sind, in maßvoller Weise vorzubringen und bei Abstimmungen mitzuwirken. (!) Wie schon gesagt, man sollte glauben, daß Mitglieder solcher Vereine vor allem bösen Tun bewahrt blieben. Aber der sündhafte Geist scheint über sie nicht weniger Gewalt zu haben wie über „Unglaubige". Man vernehme nur, aus welchen Gründen Ausschlüsse von Mitgliedern erfolgen. „... Insbesondere ziehen glaubens- und kirchenfeindliche Grundsätze, lasterhafte Gewohnheiten, wie Trunksucht, gewohnheitliches Fluchen, Unsittlichkeit, Verleumdungssucht, fortgesetzter roher Widerspruchsgeist gegen die Anordnungen der Vorstandschaft, Hang zu Streitigkeit und Uneinigkeit, leichtsinniges Schuldenmachen, offenbare Nachlässigkeit in Erfüllung kirchlicher und beruflicher Pflichten, unerlaubte Bekanntschaften bei jungen Leuten ꝛc. den Ausschluß nach sich." — Da man annehmen muß, daß die Statuten nicht „zum Staat" da sind, sondern daß ihre Bestimmungen auch praktisch ausgeführt werden, so entsteht die Frage: Wer überwacht die Mitglieder und wer hinterbringt dem Herrn Präses — der entweder der Ortspfarrer ist oder von diesem ausgewählt und vom Bischof bestätigt sein muß — alle begangenen Sünden und Verstöße wider das Statut? Wenn man's genau betrachtet, so hat ein solcher Arbeiterverein fast alle Ähnlichkeit mit einem Denunzierklub. Die Früchte einer solchen „Erziehung" können keine guten sein. Aus dem Mitgeteilten geht klar hervor, mit welchen Mitteln in den katholischen Arbeitervereinen gearbeitet wird. Die Mitglieder sind dort nur Werkzeuge, die dem Willen des Herrn Präses, der stets ein strammer Zentrumsmann ist, zu folgen haben.

* * *

Wie in Bayern, so sind die katholischen Arbeitervereine auch anderwärts beschaffen, nur mit weniger Verschleierung des eigentlichen Zweckes. So berichtete die Berliner Volkszeitung am 30. Dezember, daß der Betriebsführer der Grube La Houve in Lothringen einen Bergmann nach den Ursachen und dem Zwecke der Gründung des katholischen Arbeitervereins befragt und darauf folgenden Bescheid erhalten habe: „Beweggrund zur Gründung: Die Arbeiter der sozialdemokratischen Organisation zu entreißen durch eine katholisch-christliche Arbeiterorganisation. Zweck des Vereins: Die religiöse, sittliche, soziale und wirtschaftliche Hebung seiner Mitglieder nach den Grundsätzen der Enzyklika Rerum novarum vom 17. Mai 1891 und des Fuldaer Pastorale. Mittel: 1. Heilighaltung der Sonn- und Feiertage und den mehrmaligen gemeinschaftlichen Empfang der heiligen Sakramente. 2. Pflege der Berufs- und Standestugenden u. s. w. 3. Geeignete Einrichtungen zur Förderung der materiellen Interessen der Arbeiter. 4. Durch Vermittlung von Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis, Versöhnung der Gegensätze zwischen Unternehmer und Angestellten unter Ausschluß des Streiks ꝛc. 5. Gesellige Unterhaltung." Dieselben Leute, die nicht müde werden, die sozialdemokratischen Arbeiter wegen ihrer Gesinnung anzufeinden, jammern nun darüber, daß dem betreffenden Bergmann vom Betriebsführer die Alternative gestellt wurde, entweder aus dem katholischen Arbeiterverein auszutreten oder mit seinen beiden Söhnen die Grube zu verlassen. Die Westdeutsche Arbeiterzeitung, das Organ der katholischen Arbeitervereine, nennt den Vorgang eine grausame Freiheitseinschränkung. Das trifft zu, aber die München-Gladbacher haben kein Recht zur Entrüstung, da sie selbst die Intoleranz gegen Andersdenkende zum Prinzip erhoben haben.

Mehr Praxis!

Der Vorwärts druckt in seiner Nr. 303 vom vorigen Jahre die beiden Schlußabsätze unseres Artikels „Mehr Theorie“ in Nr. 51 der Metallarbeiter-Zeitung ab und bemerkt dazu:

Die sogenannten „Angriffe auf die Gewerkschaften“, das heißt die Kritiken an der von gewissen Gewerkschaftsbeamten befürworteten und ausgeübten Taktik, finden bekanntlich in den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die doch „die Praxis“ hoffentlich nicht weniger kennen als ihre Angestellten, eine begeisterte Zustimmung. Die Gewerkschaftsredakteure und -beamten bringen eben zum großen Teil ebenso wenig die Ansichten und die Stimmung der Massen zum Ausdruck wie sozialdemokratische Redakteure.

Der Versuch des Vorwärts, unsere Ausführungen zu entkräften, ist gründlich mißraten. Wir sind schon in seinen Spalten der Beteuerung begegnet, daß man ein „äußerst warmes Herz“ für die Gewerkschaften habe, und daß nur die Gewerkschaftsbeamten die Karnickel seien, die man „leider“ bekämpfen müsse. Um dem Vorwärts den Weg zu dieser Ausrede zu verlegen, haben wir uns wohl gehütet, von Angriffen aus Parteikreisen **auf die Gewerkschaften** zu sprechen. Aber — legst du nicht aus, so lege unter — das hindert den Vorwärts keineswegs, uns in die Schuhe zu schieben, wir hätten solche Ausführungen gemacht. Doch das nur nebenbei. Wir wollen bereitwilligst zugeben, daß es stellenweise einigen mit der genügenden Suada ausgerüsteten Leuten gelungen ist, Stimmung gegen die doch nun einmal notwendigen Gewerkschaftsbeamten zu machen. Es sollte aber eigentlich nicht nötig sein, den Vorwärts darauf hinzuweisen, daß an einigen Orten zustande gekommene Mehrheitsbeschlüsse doch **keine sachlichen Beweise** sind. Bis jetzt hat der Erfolg den verlästerten Gewerkschaftsbeamten recht gegeben. Was hat man mit den Anwürfen auf die Gewerkschaftsbeamten erzielt? Konfusion hat man angerichtet. Siehe Berlin! In Nr. 50 der Metallarbeiter-Zeitung brachten wir auf Seite 400 ein Zitat aus dem „Fähnlein der sieben Aufrechten“ von dem auch im Vorwärts geschätzten Gottfried Keller. Darin kommt der Satz vor: „Darum buhle nicht um den Beifall der Lärmenden und Unruhigen, sondern sieh auf die Gelassenen und Festen.“ Dieser Satz paßt nicht nur für Redner, sondern auch für **Redaktionen**. Ein großer Teil der Parteiblätter sieht bereits ein, daß die Treibereien gegen die Gewerkschaftsbeamten zu einer Schädigung der ganzen Arbeiterbewegung führen müssen. In die Redaktion des Berliner Parteiblatts ist diese Erkenntnis aber noch nicht eingedrungen.

Daß dort tatsächlich falsche Ansichten über Gewerkschaftsangelegenheiten herrschen, mußten wir bereits in unserer Nr. 47 vom vorigen Jahr, Seite 375, zweite Spalte, feststellen. **Wir warten heute noch auf Antwort.** Inzwischen sind wir in die Notwendigkeit versetzt worden, einen zweiten Fall feststellen zu müssen. In Nr. 305 vom vorigen Jahr lesen wir:

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission nimmt in seiner letzten Nummer noch einmal das Wort, um sein seltsames Eingreifen in den Vorwärts-Konflikt zu rechtfertigen. Das Blatt wundert sich, daß es nicht nur in Partei-, sondern auffallenderweise selbst in Gewerkschaftskreisen Widerspruch erfuhr. Das liegt lediglich an seiner schiefen Auffassung, daß es in jenem Konflikt gewerkschaftliche Grundsätze zu verteidigen galt.

Es ist niemand eingefallen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der ausgeschiedenen Redakteure verschlechtern zu wollen oder ihnen einen ökonomischen Nachteil zuzufügen. Das haben sie selbst nicht behauptet und dagegen haben sie auch nicht angekämpft. Es ist niemand eingefallen, ihnen das Koalitionsrecht zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile zu nehmen. Sie haben auch nicht gekämpft um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen; sie stritten für ihren politischen Einfluß. Sie traten nicht in den Streik, sondern stellten die Kabinettsfrage; sie führten keinen gewerkschaftlichen Kampf, sondern unternahmen eine politische Aktion! Das Korrespondenzblatt kann sich deswegen, so oft es will, den Versuch abquälen, der Vorwärts-Konflikt hätte auch nur das geringste mit der Gewerkschaftsbewegung oder Gewerkschaftsgrundsätzen zu tun; es wird dabei immer wieder auf Widerspruch und Kopfschütteln in weiten Kreisen der Partei und Gewerkschaften stoßen.

Es ist auffallend, daß der Vorwärts in dem zweiten Absatz dieser Notiz den Gewerkschaften lediglich Aufgaben **materieller Natur** zuschreibt. Dem Vorwärts scheint demnach unbekannt zu sein, daß die Gewerkschaften auch **ideelle** Aufgaben haben und diese auch nach besten Kräften erfüllen. Daß der Vorwärts dies aus Unkenntnis oder Zufall oder aus sonst einem Grunde ignoriert, beleuchtet — um eine von wunderschöner Logik zeugende Stilblüte des Vorwärts zu gebrauchen — „wie mit einem **grellen Scheinwerfer**“ seine schiefe Stellung zum Gewerkschaftswesen überhaupt.

Preußen in Deutschland — hinterher!

„Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat die **tägliche Arbeitszeit** in den Haupt- und Nebenwerkstätten der preußisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung **auf neun Stunden herabgesetzt**. In den Eisenbahndirektionsbezirken Berlin, Frankfurt a. M., Magdeburg und Posen, wo alle Einrichtungen für die Kürzung der täglichen Arbeitszeit getroffen sind, ist der neunstündige Arbeitstag mit dem 2. Januar d. J. eingeführt worden. In den übrigen Direktionsbezirken soll die Neuerung gleichfalls eingeführt werden, sobald feststeht, daß nach den örtlichen Verhältnissen irgendwelche Bedenken gegen die Einführung des neunstündigen Arbeitstags nicht vorliegen.“

So wird amtlich gemeldet. Übrigens, hat das aber lange gedauert! Soviel ist gewiß: vorläufig wird der preußische Staat selber davon wohl keinen Vorteil haben. Man bedenke nur, was es allein für Tinte und Papier gekostet hat, ehe diese, dem dummen Untertanenverstand so einfach erscheinende Maßnahme „genügend vorbereitet“ waren.

Vom Ausland.

Schweiz.

Der Streik im Walzwerk Thun ist früher als man noch vor wenigen Tagen hoffen durfte beendet. Gerade um die Weihnachtszeit, wo alle Welt von dem „Frieden auf Erden“ predigt, war der Kampf, der nun schon sieben Wochen dauerte, ein sehr erbitterter geworden. Auf Betreiben des Direktors **Funk**, der durch seine preußische Schneidigkeit schon eine traurige Berühmtheit geworden, war ein Streikukas erschienen, der folgende Bestimmungen enthielt: „1. Jede Verhinderung arbeitswilliger Arbeiter des **Metallwerkes Selve** in Thun an der Ausübung ihrer Berufsarbeit, sowie der Versuch dazu durch Aufforderungen, Drohungen, Mißhandlungen oder andere Mittel, ist untersagt. 2. Wer dieser Verordnung zuwiderhandelt, ist zu verhaften und wird mit Buße von 1 bis 200 Franken oder mit Gefängnis von 1 bis 3 Tagen bestraft. **Ausländer**, welche wegen Widerhandlung gegen diese Verordnung zu Strafe verurteilt werden, sind auszuweisen. 3. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches bleiben vorbehalten.“

Diese Maßnahme gegen die Arbeiter hatte aber die gewünschte Wirkung nicht, die Arbeiter hielten aus. Der Direktor Funk hatte jede Unterhandlung mit dem Metallarbeiter-Verband abgelehnt, gleichzeitig aber kleine Versprechungen in bezug auf Lohnerhöhung gemacht. Die Streikenden wählten nun den Rechtsanwalt **Lohner** in Thun als Vermittler, um aus den verbindlichen Versprechungen etwas positives zu gewinnen. Die Unterhandlungen, die zwischen Herrn Selve und Rechtsanwalt Lohner geführt wurden, führten zu einer Einigung, die als ein großer Erfolg für die Streikenden betrachtet werden kann. Herr Selve versprach eine **allgemeine Lohnerhöhung von 10 bis 15 Prozent innerhalb Monatsfrist**, eine weitere Lohnerhöhung ist in Aussicht gestellt. **Das ganze Aufsichtspersonal samt dem schneidigen Direktor Funk**, das sich durch rücksichtsloses Auftreten den Haß der Arbeiterschaft erworben hatte, **wird ersetzt.** Sämtliche verheiratete Streikende sind wieder sofort eingestellt, 10 bis 15 Streikbrecher entlassen worden. Herr Selve gab außerdem bestimmte Zusicherung, daß er sich bemühen werde, in Zukunft ein besseres Verhältnis zwischen den Arbeitern und der Geschäftsleitung herzustellen.

So ist nun auch dieser Kampf zugunsten der Streikenden beendet worden, trotz 170 Streikbrechern und trotz des famosen Streikukases der Berner Regierung, dank der Einigkeit und Entschlossenheit der organisierten Arbeiter und nicht zuletzt dank der Macht des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes.

Schweden.

Obwohl der siebzehnwöchige Konflikt in der Eisenindustrie mit einem Vergleich zwischen Unternehmern und Arbeitern geendet hat und dadurch die während des Kampfes entstandene gegenseitige Mißstimmung eigentlich behoben sein sollte, scheinen es die Industriellen immer noch nicht verwinden zu können, daß sie bei diesem Kampfe die Arbeiterorganisation nicht haben niedergezwungen. Wie anders wäre es zu verstehen, daß sie jetzt, entgegen der von ihnen übernommenen Verpflichtung, neue Arbeitskräfte nur aus den Reihen der vom Streik her gebliebenen Arbeitslosen zu ziehen, das nicht tun, sondern **im Ausland Arbeitskräfte anzuwerben suchen.** Das kann doch lediglich nur zu dem Zwecke geschehen, um das mit den Arbeitern getroffene Übereinkommen nach und nach zu durchbrechen. Man sucht mittels mit Land und Leuten und der Sprache nicht vertrauten Arbeitern zu diesem Ziele zu gelangen. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß sich hiesige Unternehmer, sei es direkt, sei es unter Benutzung von Mittelspersonen, auch nach Deutschland wenden, werden hierdurch die deutschen Kollegen eindringlichst vor Zuzug nach Schweden gewarnt. Sie haben die schwedischen Kollegen in ihrem Kampfe moralisch und, soweit es ihre eigenen Kämpfe zuließen, auch finanziell unterstützt und werden nun wohl nicht durch Zuzug das Errungene ihnen streitig machen wollen.

England.

In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts verschlechterten sich die Arbeitsverhältnisse im großen und ganzen unaufhaltsam, während die Lebensmittelpreise und besonders in den Großstädten die Wohnungsmieten stiegen. Dabei war es in vielen Fällen nicht möglich, einen Rückgang der Arbeitslöhne zu bekämpfen, so daß oft die Arbeiter froh sein konnten, wenn es ihnen gelang, die Löhne stabil zu erhalten. In jüngster Zeit scheint eine Wendung zum Besseren eingetreten zu sein. Schuld daran ist besonders **die lebhafte Nachfrage nach Eisen und Stahl.** Besonders große Sendungen **von Roheisen** gehen nach den Vereinigten Staaten und nach Deutschland. Auch Südamerika und Südafrika sind gute Abnehmer. Ebenfalls ist auf dem inländischen Markte die Nachfrage bedeutend gestiegen, zumal der amerikanische Rohstahl dem englischen keine Konkurrenz macht. Man spricht bereits von einer „Knappheit der Vorräte“. — Der Schiffbau ist ebenfalls stark beschäftigt. Allein die Aufträge der schottischen Werften belaufen sich auf 536000 Tons. Unter den Aufträgen befinden sich auch viele von **deutschen** Reedereien.

Frankreich.

Paris. Der seit 29 Jahren in Paris bestehende Deutsche Sozialdemokratische Leseklub verlegte sein Verkehrslokal nach Rue de Valois, Nr. 9, Restaurant Semm (Palais Royal). Die Klubräume in diesem ehemaligen königlichen Schlosse, im Zentrum der Stadt gelegen, mit dem herrlichen Blick auf die Riesengärten des Palais Royal, sind der Sammelpunkt aller deutschsprechenden Sozialisten in Paris. Jeder Genosse ist dort herzlich willkommen, findet brüderliche Aufnahme, Rat und kostenlose Unterweisung jeder Art. Parteiblätter und eine große Bibliothek stehen zur Verfügung. Unterricht in der französischen Sprache wird unentgeltlich erteilt. An jedem Samstag Abend beginnt die Versammlung um 9 Uhr. Es wird ein Referat gehalten, an das sich Diskussionen anschließen. Unter Führung eines Kunstverständigen werden jeden Sonntag die Pariser Museen und sonstigen Kunstsammlungen besucht. Ein deutscher Vereinsarzt, ein Zahnarzt, ein Rechtskundiger erteilen gegen mäßiges Honorar Ratschläge. Es wird allen nach Paris reisenden Genossen in ihrem eigensten Interesse geraten, den Deutschen Sozialdemokratischen Leseklub aufzusuchen.

Literarisches.

Sozialistische Monatshefte. Das soeben erschienene Januarheft enthält: Dr. **Leo Arons**: Die Volksschulvorlage im preußischen Landtag. — **Ed. Bernstein**: Politischer Massenstreik und Revolutionsromantik. — **James Ramsay MacDonald**: Sozialistische Praxis. — **Adolf von Elm**: Der Vorwärtskonflikt und die Partei. — **Richard Calwer**: Disziplin und Meinungsfreiheit. — **Max Schippel**: Neue Einwanderungsbeschränkungen in den Vereinigten Staaten. — **Robert Schmidt**: Sozialpolitik für die Landarbeiter. — **Theodor Leipart**: Die Streikstatistik der Gewerkschaften. — **Otto Hué**: Bemerkungen zur Kartellenquete. — **Otto Kringen**: Monarchie oder Republik. — **Hugo Bourgin**: Proudhon. — **Rundschau**: Wirtschaftliche Politik. Sozialpolitik. Soziale Kommunalpolitik. Sozialistische Bewegung. Gewerkschaftsbewegung. Genossenschaftsbewegung. Sozialpädagogische Bewegung. Frauenbewegung. Philosophie. Sozialwissenschaften. Bildende Kunst. Dichtkunst. Musik. Bücher. Das Heft enthält eine Karikatur von P. J. Proudhon, gezeichnet von Honoré Daumier. — Preis des Heftes 50 Pf.

1649—1789—1905. Unter diesem Titel ist im Verlag der Buchhandlung Vorwärts soeben eine Revolutionsnummer erschienen. Sie weckt in Wort und Bild die Erinnerung an die gewaltigen revolutionären Kämpfe Englands im Jahre 1649, sowie der großen französischen Revolution des Jahres 1789 und zeigt zugleich den wesentlichen Unterschied in den Mitteln und Zielen der früheren Revolutionen und der jetzigen in Rußland. Das 16 Seiten starke Heft kostet 20 Pf.

Der verlorene Sohn. Dieser berühmt gewordene Roman des englischen Schriftstellers „**Hall Caine**“ gelangt vom 1. Januar ab in der Zeitschrift **In Freien Stunden**, herausgegeben von der Buchhandlung Vorwärts, zum Abdruck.

Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 14. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Jahr der Revolution. — Industrieller Kapitalismus in Österreich. Von Emil Lehmann. — Die Aufgaben der Sozialdemokratie Rußlands. Programmartikel aus der ersten Nummer des russischen sozialdemokratischen Tagblattes „Natschalo“ (Der Anfang). — Der Sozialismus in Spanien. Von Juan A. Melia (Madrid). — Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. Eine Erwiderung von Josef Steiner (Paris). — Literarische Rundschau: Ferdinand Freiligraths Werke. Von K. K. Festschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus zur Jahrhundertfeier seines Bestehens. Von ad. br. — Notizen: Von der Versicherungsanstalt für die Pfalz. Von E. G.

Nachtrag.

Zur Aussperrung auf der Neptunwerft in Rostock

wird uns geschrieben: Zwei Tage vor Silvester hat die Direktion in den bürgerlichen Blättern ein Inserat erlassen, durch das sie alle **unorganisierten Arbeiter auffordert, die Arbeit wieder aufzunehmen.**

Zunächst ist aus dieser Maßnahme nunmehr mit Sicherheit zu schließen, daß die Aufnahme der Neptunwerft in den Schiffbaumacher-Verband eine vollzogene Tatsache ist. Sodann aber hat damit die Direktion auch die Maske vollkommen fallen lassen. Man kann sie niemandem, auch dem voreingenommensten Menschen nicht, mehr einreden wollen, daß es ihr nicht einzig und allein darum zu tun war, zunächst den ihr unbequemen Tarifvertrag los zu werden, sodann aber auch der Organisation einen vernichtenden Hieb zu versetzen! Und das eine steht nun außerdem noch wunderlegbar fest: Gerade der Paragraph, der dem Tarifvertrag für die Arbeiter einen hohen, ja den **höchsten** Wert gab, ist zuerst von der Direktion gebrochen worden, und hat dazu geführt, daß jetzt die Direktion den ganzen Vertrag los sein will! Es ist das der Paragraph, der festlegt, daß, wenn der Arbeiterausschuß und die Direktion über den Preis einer Akkordarbeit nicht einig werden, das Gewerbegericht als Einigungsamt in letzter Instanz entscheiden soll. Wie lange es in Rostock gedauert hat, ehe das Gewerbegericht zum Entscheid sich bereit erklärte, und wie schließlich dieser Entscheid durch die Werftdirektion **hintertrieben** wurde, das haben wir in Nr. 51 vorigen Jahres ausführlich dargelegt.

Welche Wirkung hat nun die Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit durch Unorganisierte gehabt? **Sie war ein Schlag ins Wasser!** Wohl haben sich einige dreißig Männeken gemeldet — aber einen Teil davon konnte die Direktion gar nicht brauchen, weil die Vorbedingungen zu ihrer Beschäftigung fehlen: sie sind keine gelernten Handwerker. Zurzeit „arbeiten“ auf der Werft: 41 Meister und Vorarbeiter, 137 **Lehrlinge** und 130 bis 140 andere Arbeiter, worunter sehr wenig handwerksmäßig gelernte. Zur Kontrolle bei dem Streikbureau der fünf Gewerkschaften melden sich täglich zweimal 1150 Mann. Davon aber sind verhältnismäßig wenig nicht bezugsberechtigte, so daß das Organisationsverhältnis, sowie der ganze Stand der Sache als sehr günstig bezeichnet werden können. Die Arbeiterschaft sieht also in aller Ruhe der Entwicklung der Dinge entgegen.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Samstag, 13. Januar:
Altenburg. Tivoli, halb 9 Uhr.
Baden-Baden. Bratwurstglöckle, 9.
Hall, Schwäb. Germania, 8 Uhr.
Heidenheim. Krone, 8 Uhr.
Krefeld. Bastern, Peterstraßenecke, 9.
Neumarkt (Oberpf.). Gr. Baum, ½9.
Schmiedeberg. Kretschmann, 8 Uhr.

Sonntag, 14. Januar:
Brake a. d. W. Vereinigung, nachm. 4.
Essen (Klempner). Thomas, vorm. 11.
Essen-Altendorf. Troschke, abds. 6.
Essen-Werden. Gustavsburg, n. 5.
Hannov.-Ld. Heizgsm. Langestr. 2, 10.
Lechhausen. Zur Kirche.
Mülheim a. Ruhr. Hollenberg, v. 11.
Suhl-Albrechts. Nachm. 3 Uhr.
Warstein. Böckeler, nachm. 5 Uhr.
Zorge. Weißes Roß, abends 8 Uhr.

Montag, 15. Januar:
Offenbach a. M. Gewerkschaftsh., ½9.
Stettin IV. Bredow. Schützenh., ½9.
Zerbst. Ferhland, halb 9 Uhr.

Dienstag, 16. Januar:
Berlin (Klempner). Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.

Mittwoch, 17. Januar:
Fürstenwalde. Schloßkellerei, halb 9.
Gaggenau. Post, halb 9 Uhr.
Vegesack (Former). Schäfer, halb 9.

Donnerstag, 18. Januar:
Rathenow Goldarb. Kristallpalast, ½9

Freitag, 19. Januar:
Differdingen. Theis-Rollinger, ½9.
Essen-Altenessen. Bollenz, 8 Uhr.

Samstag, 20. Januar:
Aachen. Neue Welt, 8¾ Uhr.
Aschaffenburg. Bayr. Hof, halb 9.
Bayreuth. Höhl, Kreuz 13, 8 Uhr.
Biberach a. d. R. Schatten, halb 9.
Bonn a. Rh. Faßbender, 9 Uhr.
Bunzlau. Drei Kronen, halb 9 Uhr.
Colmar i. E. Goldener Adler, halb 9.
Dessau. Burgkeller, Amalienstr., ½9.
Dortmund. Steinmann, halb 9 Uhr.
Driesen. Rittergutsgarten, 8 Uhr.
Emden. Bellevue, halb 9 Uhr.
Erfurt. Tivoli, halb 9 Uhr.
Finsterwalde. Naundorf, halb 9 Uhr.
Freiburg i. B. Schwanke, halb 9.
Gevelsb.-Vogelsang. Heukeroth, ½9.
Guben. Friedensallee, halb 9 Uhr.
Kaiserslautern. Zur Burg, halb 9.
Kelsterbach. Schmiedt, 9 Uhr.
Ludwigsburg. Krone, halb 9 Uhr.
Ludwigshafen. Neue Post, halb 9.
Lüdenscheid. Rüggeberg, halb 9 Uhr.
Marburg. Daniel Fesberg, halb 9.
Metz. Uhlemann, Karlstraße, 8 Uhr.
Neustadt a. d. H. B. Krug, halb 9.
Neustadt i. S. Gesellschaftshaus, ½9.
Oberursel. Kühler Grund, 9 Uhr.
Ohrdruf. Topis Rest, halb 9 Uhr.
Penig. Schützenhaus, halb 9 Uhr.
Rosenheim. Sterngarten, 8 Uhr.
Rostock. Warnowhalle, halb 9 Uhr.
Schmiedeberg. Waldesruh, halb 9.
Schweidnitz. Zeltgarten, 8 Uhr.
Siegmar. Lindenschlößchen, 9 Uhr.
Weimar. Koch, halb 9 Uhr.
Wolfenbüttel. Blauer Engel, 11 Uhr.
Zeitz. Kämpfe, Schützenstr. 8, halb 9.
Zuffenhausen. Kirchtal, halb 9 Uhr.

Sonntag, 21. Januar:
Bochum. Schäfer, Ringstr., vorm. 10.
Bochum-Linden. Moll, vorm. 10 Uhr.
Coburg. Himmelsleiter, vorm. halb 10.
Grimma i. S. Jägerhof, nachm. ½3.
Koblenz. Goldener Ring, vorm. 10.
Merseburg. Funkenburg, vorm. 10.
Mülh. a. Ruhr-Oberh. Hermanns 11.
Mülh. a. R.-Styrum. Antrop, n. ½3.
Neuwied. Lindenhof, Heddersd., n. 3.
Rathenow (Klempn.) Refeld, vorm. 10.
Stettin. Grabower Schützenhaus, n. 2.
Suhl. Dombergsansicht, nachm. 3.
Witten. Kaase, Oberstr., vorm. 10.

Montag, 22. Januar:
Rathenow (Horna.) Cristallpalast, ½9.

Dienstag, 23. Januar:
Berlin (Schlosser). Keller, halb 9.
Solingen Messerschlg. Gewerkschftsh.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Berlin. Vertrauensleutekonferenzen. — **Süden.** Mittwoch, 17. Jan., abds. halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Bremen. Das Mitgliedsbuch des Hoblers **Paul Otto**, Haupt-Nr. 655690, ersuchen wir anzuhalten, da es gestohlen worden ist.

Düsseldorf. Den Bewerbern um die ausgeschriebene Stelle eines Agitationsbeamten für Krefeld, M.-Gladbach, Viersen, Ürdingen und Dülken zur Nachricht, daß die Stelle durch den Kollegen **Karl Kuhwald** aus Köln besetzt ist.
Die Bezirksleitung: R. Wallbrecht.

Lübeck. Bureau: **Johannisstr. 50 bis 52.** Geöffnet 9—1 Uhr und 6—8½ Uhr. — Reisegeldauszahlung nur 11—12 Uhr und 6—7 Uhr. Sonntags geschlossen.

Schw. Hall. Da der frühere Kassier **Friedrich Hinderer**, Former, sich einer Unterschlagung von Verbandsgeldern schuldig gemacht hat, werden die Kollegen allerorts ersucht, keine Sendung irgend welcher Art an ihn gelangen zu lassen.

Schweidnitz i. Schl. Bevollmächtigter: **Georg Bartmann**, Hohstraße 46, 3; Kassierer: **Gustav Köhler**, Hohstr. 2, 1, Hinterh. — Reisegeld beim Kassierer 11—1 Uhr und 7—8 Uhr abends. Arbeitslosenkontrolle bei Georg Bartmann, Hohstr. 46, 3.

Der Zentralarbeitsnachweis für Stahlinstrumentenmacher und Messerschmiede

befindet sich bei **Karl Stephan**, **Berlin W. 35**, Steglitzerstr. 73.

Der Zentralarbeitsnachweis für Bandagisten

befindet sich bei **Joseph Meißner**, **Berlin N. 37**, Straßburgerstr. 15.

Gestorben.

Altenburg. Paul Herfurth, Gürtler, 29 Jahre, Lungenleiden. — Paul Schmitt, Schlosser, 26 Jahre, Lungenleiden.

Bremen. Joh. Büntemeyer, Klempner, 24 J., Drüsenschwellung (H).

Bunzlau. Paul Baum, Klempner, 22 Jahre, Lungenschwindsucht.

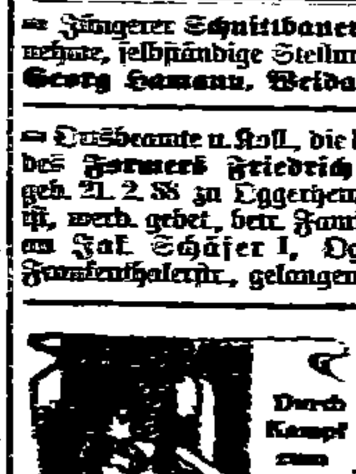
Meißen. Bernh. Winkler, Schlosser, 54 Jahre, Herzschlag.

= Jüngerer **Schnittbauer** für angenehme, selbständige Stellung gesucht. **Georg Hamann, Weida i. Thür.**

= Ein tücht. **Feilenhauer** wird gesucht bei **Aug. Torgau**, Feilenhauer, **Luxemburg-Bahnhof**, Mühlenweg 66.

= Ortsbeamte u. Koll., die d. Aufenth. des **Formers Friedrich Schäfer**, geb. 21. 2. 88 zu Oggersheim, bekannt ist, werd. gebet., betr. Familienangel. an **Jak. Schäfer 1**, Oggersheim, Frankenthalerstr., gelangen zu lassen.

Der **Schnittbauer** (Schlosser) **Oswin Ewald Schwarz**, geb. 7. 1. 1880 zu Oberpfannenstiel b. Aue i. Erzgeb., wird ersucht, sein. betrübt. Eltern ein Lebensz. zu geben. Die Koll., desselb. sowie d. **Verbandskolt.**, die s. Aufenth. kennen, werd. herzl. gebet., diesbez. Nachr. an **Chr. Schwarz, Aue i. E.**, Albertstr. 10, gelangen zu lassen. [560



Die Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter der Firma

Alexander Schlicke & Co.

Stuttgart, Rötestrasse 16 B

empfiehlt sich den verehrlichen Gewerkschaftsvorständen, Mitgliedern und Gesellschaften zur Herstellung aller **Arbeiten in Buchdruck** bei sorgfältiger und gediegener Ausführung sowie solider Berechnung.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötestraße 16 B.